

1-001

ПОНЕДЕЛНИК 19 МАЙ 2008 Г.

LUNES 19 DE MAYO DE 2008

PONDĚLÍ, 19. KVĚTNA 2008

MANDAG DEN 19. MAJ 2008

MONTAG, 19. MAI 2008

ESMASPÄEV, 19. MAI 2008

ΔΕΥΤΕΡΑ 19 ΜΑΪΟΥ 2008

MONDAY, 19 MAY 2008

LUNDI 19 MAI 2008

LUNEDÌ 19 MAGGIO 2008

PIRMDIENA, 2008. GADA 19. MAIJS

2008 M. GEGUŽĖS 19 D., PIRMADIENIS

2008. MÁJUS 19., HÉTFŐ

IT-TNEJN, 19 TA' MEJU 2008

MAANDAG 19 MEI 2008

PONIEDZIAŁEK, 19 MAJA 2008

SEGUNDA-FEIRA, 19 DE MAIO DE 2008

LUNI 19 MAI 2008

PONDELOK 19. MÁJA 2008

PONEDELJEK, 19. MAJ 2008

MAANANTAI 19. TOUKOKUUTA 2008

MÅNDAGEN DEN 19 MAJ 2008

1-002

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING
Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1-003

1 - Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

1-004

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, 8. Mai 2008, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

1-005

2 - Erklärung der Präsidentschaft

1-006

Der Präsident. – Liebe Kollegen und Kollegen! Am vergangenen Mittwoch, dem 14. Mai 2008, verübte die Terrororganisation ETA erneut einen Anschlag in Spanien. Ein Mitglied der Guardia Civil, Juan Manuel Piñuel, wurde Opfer einer Autobombe vor der Polizeikaserne von Legutiano (Álava). Das Europäische Parlament verurteilt diesen verabscheuungswürdigen Mord auf das Schärfste und ebenso die verabscheuungswürdige Tat, die zur Verletzung der Wachleute führte.

Im Namen des Europäischen Parlaments möchte ich den Familienangehörigen unserer aller tiefste Trauer und aufrichtige Anteilnahme zum Ausdruck bringen. Ich möchte ebenso unsere Solidarität mit dem spanischen Volk, seinen Behörden, demokratischen Institutionen und Sicherheitskräften bekunden.

Ich darf Sie bitten, des ermordeten Polizeibeamten in Stille zu gedenken.

(*Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.*)

1-007

3 - Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

1-008

4 - Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

1-009

5 - Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

1-010

6 - Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

1-011

7 - Prüfung von Mandaten: siehe Protokoll

1-012

8 - Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

1-013

9 - Anfragen zur mündlichen Beantwortung und schriftliche Erklärungen (Vorlage): siehe Protokoll

1-014

10 - Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

1-015

11 - Hinfällige schriftliche Erklärungen: siehe Protokoll

1-016

12 - Mittelübertragungen: siehe Protokoll

1-017

13 - Petitionen: siehe Protokoll

1-018

14 - Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

1-019

15 - Erklärung der finanziellen Interessen: siehe Protokoll

1-020

16 - Tagungskalender 2009: siehe Protokoll

1-021

17 - Unterzeichnung von Rechtsakten, die im Mitentscheidungsverfahren angenommen wurden: siehe Protokoll

1-022

Bernd Posselt (PPE-DE). – Herr Präsident! Im Zusammenhang mit der Kalenderabstimmung ist eine Unterlage verteilt worden, in der ein Wahltermin am ersten Wochenende im Juni blau eingetragen ist. Sie wissen selbst, dass seit 1979 alle Europawahlen immer am zweiten oder dritten Wochenende im Juni stattgefunden haben. Ich möchte fragen, wer wann beschlossen hat, die Europawahlen im nächsten Jahr zum ersten Mal auf das erste Wochenende im Juni vorzuverlegen.

1-023

Der Präsident. – Herr Kollege! Wir nehmen Ihre Bemerkungen zu Protokoll und werden Ihnen dann in der angemessenen Weise eine Antwort geben.

1-024

18 - Arbeitsplan

1-025

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, 15. Mai 2008, gemäß Artikel 130 und 131 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden.

1-026

Hartmut Nassauer (PPE-DE). – Herr Präsident! Einmal jährlich – und zwar erstaunlicherweise im Mai – pflegen die Ausschüsse alle in Straßburg zu tagen. Ein sachlicher Grund dafür ist nicht ersichtlich. Und so kommt es, dass heute Abend Ausschüsse tagen, während gleichzeitig ihre Themen auf der Tagesordnung des Parlaments stehen.

Das ist ein unhaltbarer Zustand! Die Lösung kann eigentlich nur darin liegen, dass künftig die Ausschüsse in Straßburg tagen und wir das Plenum nach Brüssel verlegen, um diesen Konflikt zu lösen. Aber im Ernst: Es ist unhaltbar, in welchem Ausmaß, vor allem in den letzten beiden Jahren, die Ausschüsse hier in Straßburg tagen, während wir Plenarsitzungen haben und Fraktionssitzungen – und das entgegen allen Erklärungen, dass dies nicht stattfinden soll. Jetzt haben wir sogar eine *cooling off periods*. Es besteht keinerlei sachliche Notwendigkeit, die Ausschüsse hier in Straßburg mit Plenararbeit kollidieren zu lassen. Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie sich mit allen Ihren Möglichkeiten ernsthaft darum bemühen wollten.

(*Beifall*)

1-027

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Nassauer! Ich werde diesen Tatbestand, den Sie vorgetragen haben, der Konferenz der Präsidenten unterbreiten und ich bin zuversichtlich, dass wir dann hoffentlich eine zufriedenstellende Lösung finden werden.

Zum Entwurf der Tagesordnung wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag:

Keine Änderung.

Dienstag:

Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt, eine Erklärung der Kommission zur Lage der Roma in Italien ohne Entschließungsanträge in die Tagesordnung von Dienstagnachmittag aufzunehmen.

1-028

Martin Schulz, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte unseren Antrag präzisieren. Wir beantragen eine Erklärung der Kommission nicht nur zur Lage der Roma in Italien, sondern zur Lage der Roma dort und in Europa insgesamt. Wir haben heute in unserer Fraktion darüber diskutiert, dass es zur Zeit eine sehr schwierige Situation in Italien gibt. Wir wollen aber nicht verhehlen, dass die Situation nicht allein auf Italien beschränkt ist, und dass die Frage des Schutzes von Minderheiten, die Frage der Integration der Roma in die Gesellschaften in Europa kein speziell italienisches Problem ist. Dort tritt dieses Problem nur zur Zeit massiv zu Tage.

Wir wollen von der Kommission wissen, was sie in den letzten Jahren mit den umfangreichen Mitteln, die wir zur Verfügung gestellt haben, unternommen hat, um Projekte vor Ort wirksam zu unterstützen, um zu vermeiden, dass es zu Situationen kommt, wie wir sie jetzt in Italien erleben.

Wir beantragen also eine generelle Aussprache, ausgehend von der Situation in Italien, aber bitte nicht beschränkt auf Italien, das möchte ich ausdrücklich vermeiden. Wir haben viele andere Dinge zu berücksichtigen, nicht nur die italienische Situation. Wir wollen vor allem von der Kommission wissen, was sie in der Vergangenheit getan hat und was sie in der Zukunft noch weiter unternehmen will. Deshalb wären wir dankbar, wenn die Kommission am Dienstag eine solche Erklärung abgeben könnte.

1-029

Monica Frassoni, a nome del gruppo Verts/ALE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Gruppo Verde/Alleanza libera europea sostiene questa proposta e la sostiene nei due casi sia perché riteniamo che sia importante discutere di quello che succede intorno ai rom nell'Unione europea come tale – avendo però bene in testa quello che è successo negli ultimi giorni in Italia – e anche perché sappiamo tutti che esistono dei mezzi attraverso i quali l'Unione europea può intervenire, ma questi mezzi non sono conosciuti e non se ne discute.

Da tutti e due i punti di vista siamo perfettamente d'accordo di avere questo dibattito, ma temo che non sarà l'ultimo, almeno per quello che riguarda l'Italia.

1-030

Joseph Daul, au nom du groupe PPE-DE. – Monsieur le Président, nous n'avions pas prévu cela à la Conférence des présidents, mais bien sûr, l'ordre du jour le permet. Nous avions eu un débat en septembre 2007. Le problème des roms est un vrai problème pour l'ensemble de l'Europe, aussi pour la Roumanie, et nous l'avons constaté quand nous étions en Roumanie. Nous avons un débat qui se prépare, je crois, pour le mois de septembre à ce sujet-là. Est-ce qu'il ne serait pas mieux, et notre groupe le propose, qu'on voit d'abord en commission LIBE le problème qui se pose en Italie, et qu'on ne fasse pas un débat officiel sans qu'il soit préparé ici au Parlement? Voilà la position du groupe PPE-DE.

1-031

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Mittwoch, Donnerstag:

Keine Änderung.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

1-032

Hannes Swoboda (PSE). – Herr Präsident! Der Ordnung halber möchte ich anführen, dass wir eine Verschiebung der Abstimmung über den Bericht Grosch beantragen werden, bei dem es um die Ruhezeiten und die Frage der Busfahrer geht. Es gibt eine prinzipielle Einigung zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerseite, und das wollen wir auch im Bericht Grosch beinhaltet sehen. Ich möchte den anderen Fraktionen nur ankündigen, dass wir diese Verschiebung der Abstimmung beantragen werden.

1-033

19 - Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

1-034

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgen die Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen.

1-035

Erna Hennicot-Schoepges (PPE-DE). – Monsieur le Président, depuis plus de deux ans, un poste d'universitaire à la représentation du Parlement à Luxembourg est vacant. Je voudrais savoir quel est le résultat de la publication du poste, pourquoi il y a eu un candidat qui n'avait pas toutes les pièces dans son dossier, quelles sont ces pièces? Pourquoi est-ce qu'il n'y a pas eu d'information à ce sujet? Et j'aimerais savoir quelles sont les intentions de l'administration concernant le remplacement de ce poste vacant depuis si longtemps?

1-036

Antonio Masip Hidalgo (PSE). – Señor Presidente, muchas gracias por sus palabras al principio de este Pleno en favor de la familia del guardia civil asesinado, en favor de las fuerzas armadas españolas y, desde luego, en favor del pueblo español. Gracias, señor Presidente.

Creo que la unidad de todos nosotros en contra del terrorismo es el único camino para derrotar a ETA y derrotar a los terroristas.

Creo que la unidad de todos los demócratas europeos debe manifestarse apoyando a los Gobiernos de España y Francia en esta tarea común, y no valen las aventuras que se han producido en el reciente pasado con divisiones absurdas. Mostrémonos unidos todos en contra del terrorismo.

1-037

Jelko Kacin (ALDE). – 28. aprila je moralno letalo makedonske letalske družbe MAT s šestinosemdesetimi potniki, namenjeno v Egipt, prisilno pristati v Istanbulu, ker mu grške oblasti niso dovolile preleta grškega zračnega prostora.

Februarja grške oblasti niso izdale dovoljenja MAT-u za čarterske polete na Krf, kot razlog pa so navedle ime letalske družbe: MAT (Macedonian Airlines). Namen evropskega sporazuma o skupnem zračnem prometu, ki je bil podpisan junija 2006, je vzpostavitev širšega skupnega zračnega prostora s sosednjimi državami, tudi z bivšo jugoslovansko republiko Makedonijo.

Grške oblasti so na podlagi dogovora dolžne odobrili prošnjo MAT. Grška blokada MAT-ovih poletov predstavlja kršitev zakonodaje, dogovorov EU in mednarodnega pravnega reda na področju letalstva. Navajanje imena letalske družbe, kot podlage za njegovo odločitev, pa je v nasprotju s skupnimi evropskimi vrednotami.

Zanima me, kaj bodo evropske institucije storile in kaj bo storila Komisija, da se preneha s to diskriminаторno prakso proti državi kandidatki za članstvo Evropske unije, ki je v nasprotju s prostim pretokom oseb, blaga in storitev.

1-038

László Tőkés (Verts/ALE). – Tisztelt elnök úr! A kelet-közép-európai térségben a kommunizmus káros örökségével a környezetvédelem terén is szembe kell néznünk. Ezt semmiképpen sem tekinthetjük belügynek, hanem valamennyiünk közös, európai ügyének. Országainkat, köztük Romániát is, a rendszerváltozás majdnemhogy felkészületlenül érte a környezetvédelmi stratégiák kidolgozása terén.

Hartmut Nassauer néppárti képviselőnek a környezet büntetőjogi védelméről szóló jelentését támogatva szorgalmazom, hogy az uniós jogszabályok szigorítása és betartatása által büntetőjogi felelősséget viseljenek azok, akik súlyos környezetvédelmi károkat okoznak.

A ciátechnológiát be kell tiltani Verespatakon, Roşia Montană-n. A székelyföldi és más romániai területeken zajló erdőpusztítás szintén a környezetet károsítja. Az Erdélyben épülő autópálya komoly környezeti károkat okozhat. Ukránában tovább tart a Bisztroje-csatorna építése. Bulgáriában újabb atomerőmű épül, miután a kozlodui erőmű bezárására kötelezték a tagállamot. Ezekre oda kellene fokozottan figyelnünk.

1-039

Sylvia-Yvonne Kaufmann (GUE/NGL). – Herr Präsident! In der Auseinandersetzung um den Vertrag von Lissabon wird in Deutschland von einigen linken Gruppen unter Berufung auf die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten behauptet, in Europa würde die Todesstrafe wieder eingeführt, um – wie es heißt – Menschen zwecks Niederschlagung eines Aufstandes exekutieren zu dürfen. Im Kern ist das eine unerhörte Verhöhnung der EMRK, die den unantastbaren Kern des europäischen Wertesystems und damit das Symbol eines auf Frieden und Freiheit und Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Europas darstellt.

Ich bin empört, dass den Menschen auf diese Weise vor der EMRK, der die EU gemäß dem Vertrag von Lissabon beitreten soll, Angst gemacht wird. Außerdem protestiere ich entschieden dagegen, dass der Vertrag von Lissabon von einigen Linken mit Hitlers Ermächtigungsgesetz von 1933 gleichgesetzt wird. Das ist nicht nur völlig absurd, sondern impliziert darüber hinaus eine ungeheuerliche Verharmlosung des deutschen Faschismus. Das überschreitet die Grenzen von Anstand und Moral!

1-040

Gerard Batten (IND/DEM). – Mr President, Britain is one of seven countries proposing legislation to adopt a Council framework decision for common rules on the enforcement of legal decisions rendered *in absentia*. It will mean that a British citizen can be tried, convicted and sentenced in a foreign country without their presence in a court of law, and then removed to that country for imprisonment. They will find themselves in a position not of defending themselves in a trial, but of proving themselves innocent after a conviction.

Whilst there is a provision for retrials, not all EU Member States recognise retrials under their legal systems. This will further destroy the principle of habeas corpus and the freedom from arbitrary arrest and imprisonment traditionally enjoyed by British citizens and fundamental to English law and freedoms. Everything that was good about Britain is gradually being destroyed by membership of this malignant organisation known as the European Union.

1-041

Слави Бинев (NI). – Уважаеми г-н председател, уважаеми дами и господа, действията на управляващите в България през последните седмици отново ни убеждават, че те нямат абсолютно никакво намерение и желание да се справят с основния проблем, който стои пред нашата държава: реформата в съдебната система и вътрешният ред. Вместо да бранят живота и правата на гражданите, президент, премиер, прокуратура, МВР и столичен кмет са се сраснали здраво и използват властовите си лостове единствено за политически рекет над инакомисленците.

Още по-лошото е, че огромна част от медиите в България, които трябва да бъдат най-големият гарант за невъзвратимостта на демократичния път на развитие на държавата, се обвързват с финансовите интереси на криминалитета и със силните на деня, като стават техни яростни защитници и съучастници.

Всеки, който има различно мнение от управляващите, е тотално заглушаван и лишен от достъп до обществеността. За съжаление всичките ни опити да повдигнем и дискутираме тези въпроси в България срещат яростния отпор на корумпираната власт, затова сме принудени да потърсим съдействие от Европейския съюз и да спасим държавността в нашата държава.

1-042

Ρόδη Κράτσα-Τσαγκαροπούλου (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να αναφερθώ στην κρισιμότατη και άκρως ανησυχητική κατάσταση που επικρατεί στο Λίβανο.

Έχουμε παρακολουθήσει στο Κοινοβούλιο μας και έχουμε συζητήσει πολλές φορές τις συνέπειες μιας παρατεταμένης κρίσης από την εμπλοκή στη λειτουργία των θεσμών, την αδυναμία εκλογής Προέδρου Δημοκρατίας, την οικονομική κρίση που οφείλεται στις καταλήψεις στο εμπορικό και διοικητικό κέντρο, το φόβο τρομοκρατικών επιθέσεων

Η κατάσταση αυτή αποκορυφώθηκε με τη βία κάθε μορφής που εξαπέλυσε η Χεζμπολά, ως αντίδραση στην κυβερνητική απόφαση που έθιγε τη λειτουργία του δικού της ανεξέλεγκτου τηλεπικοινωνιακού δικτύου.

Κύριε Πρόεδρε, ήθελα να υπενθυμίσω ότι στο Κατάρ βρίσκεται σε εξέλιξη μια δύσκολη απόπειρα εθνικής συνεννόησης. Ας προσπαθήσουμε με κάθε τρόπο κι εμείς να ενθαρρύνουμε αυτόν τον εθνικό διάλογο, που πρέπει να γίνει υπενθυμίζοντας το γενικό συμφέρον και ενδιαφέρον των πολιτών του Λιβάνου για ευημερία, ασφάλεια και εθνική ανεξαρτησία. Ας αξιοποιήσουμε όλες τις δυνατότητες που μας δίνει η συμφωνία σύνδεσης που έχουμε με τη χώρα αυτή.

1-043

Proinsias De Rossa (PSE). – Mr President, I would invite you to join with me, on behalf of the European Parliament, in sending good wishes for success to all the troops from the European Union Member States serving in Chad. That high-risk EU mission, sanctioned by the United Nations, will have 4 000 Member State troops on the ground, seeking to protect and assist the 430 000 refugees and internally displaced people currently living in 42 camps. It includes many hundreds of Irish troops who are following in the proud tradition of the Irish army's peacekeeping and humanitarian role.

This mission is an example of what we in Europe can do now, and indeed an indication of what we could do even more effectively and in a more timely fashion as soon as we can implement the humanitarian aid, the Petersberg tasks and the common foreign and defence policy provisions of the Lisbon Treaty.

I would urge you, Mr President, to convey our good wishes to the troops on the ground.

1-044

Graham Watson (ALDE). – Mr President, I rise on the situation of the Roma minority and citizens from new Member States in Italy. In recent days there have been police raids on Roma communities in Rome. 118 of those detained have been ordered to be expelled immediately and the new mayor has said that he will expel 20 000 people. There have been arson attacks on Roma camps in the suburbs of Naples, with the mob preventing fire services getting in to extinguish the fires. Hundreds of immigrant families have fled for their lives and there are reports of a number of children missing. My colleague, Viktória Mohácsi, has been in Rome. She has sent worrying reports and I hope she will have an opportunity to respond to the Council's statement tomorrow.

We know attacks in many of our Member States on immigrant communities are a problem, but the level of violence in Italy is unusual. The OSCE has accused Italy of stigmatising migrants and it seems to me that the nature of the recent election campaign has led to a culture of impunity for those carrying out these attacks. Even Commissioner Frattini, who was the first to lecture the new Member States on the integration of ethnic minorities, is now questioning the Schengen Agreements. This issue is of Europe-wide concern. It goes to the heart of the reasons for founding the European Union and I would urge the Commission and the Council urgently to discuss the matter to see what can be done to help.

1-045

Ewa Tomaszewska (UEN). – Panie Przewodniczący! Na szczytcie w Limie do rezolucji „ubóstwo i wykluczenie społeczne”, zgłoszone zostały poprawki o charakterze proaborcyjnym przez posłankę do Parlamentu Europejskiego. Problematyka ta wykracza poza zakres uprawnień decyzyjnych instytucji Unii Europejskiej. W takich sprawach decyduje prawo krajowe.

Podczas obrad Komisji Spraw Społecznych, Programów Wymian, Środowiska, Edukacji i Kultury w głosowaniu odrębny dla przedstawicieli parlamentów obu kontynentów reprezentanci Parlamentu Europejskiego odrzucili tę poprawkę, co oznacza, że komisja jej nie przyjęła. Nie było zgodnej akceptacji obu parlamentów. Pomiędzy obradami komisji a obradami plenarnymi zmieniono tryb głosowań na głosowanie wspólne przedstawicieli obu parlamentów. Poprawki przeszły głosami parlamentarzystów amerykańskich. Zaakceptowanie takiego postępowania oznaczałoby, że każdy z nas może wprowadzać do dokumentów międzynarodowych w imieniu Unii Europejskiej zapisy wykraczające poza jej mandat, na jej odpowiedzialność. Protestuję przeciw takim praktykom.

1-046

Daniel Strož (GUE/NGL). – Vážený pane předsedo, kolegové, domnívám se, že příslušné orgány a instituce Společenství by se měly urychleně zabývat tak závažným fenoménem, jakým je vznik polovojenských nacionalistických organizací v některých členských státech. Konkrétně mám na mysli Českou republiku a Maďarsko. Jak známo, v těchto zemích za tolerance státních orgánů vznikly tzv. národní gardy. Tyto krajně pravicové organizace mají sloužit k podpoře nacionalismu, rasismu, zastrašování příslušníků jiných národností a také levicově smýšlejících občanů. To se zcela jasně prokázalo před několika dny v Praze. Zatímco maďarská garda především přispívá ke špatným vztahům mezi Maďary a okolními národy, česká národní garda, rovněž šovinistická, se stává nástrojem zastrašování nejen levice, ale všech demokraticky smýšlejících občanů. Nebezpečnost těchto organizací, jejichž existence je neslučitelná s Evropou jako projektem přátelství mezi národy, je posilována tím, že se do jejich řad hlásí jak bývalí, tak současní příslušníci státních ozbrojených složek. Důrazně na tyto skutečnosti upozorňuji.

1-047

Thomas Mann (PPE-DE). – Herr Präsident! Kürzlich entschied die Konferenz der Präsidenten, dass die Intergroups an Einfluss verlieren sollen. Unsere Sitzungen dürfen nur noch donnerstags in Straßburg stattfinden. An diesem Tag können aber zum Beispiel Menschenrechtsexperten nicht teilnehmen. Sie stehen von 15.00 bis 16.00 Uhr auf der Rednerliste der Dringlichkeitsdebatten. Darüber hinaus reisen die meisten Abgeordneten donnerstagnachmittags in die Wahlkreise und haben oft stundenlange Rückwege vor sich.

Bei allem Verständnis für ausreichend Zeit zugunsten der legislativen Arbeit sind Intergroups unentbehrlich. Wir haben uns freiwillig zusammengeschlossen, um die Themen zu erarbeiten, für die in den Ausschüssen keine Zeit bleibt, etwa Tibet oder Familie und Schutz der Kinder oder Vierte Welt oder Baltikum oder Tierschutz usw. Wir sind sichtbar, wir sind hörbar und wir sind für eine Vielzahl von Initiativen des Europäischen Parlaments verantwortlich. Ausgerechnet den aktiven Abgeordneten wird jetzt ein Maulkorb verpasst, sie werden ausgebremst und vor vollende Tatsachen gestellt, nämlich dass man dienstags und mittwochs nicht mehr tagen darf. Sorgen Sie, Herr Parlamentspräsident, bitte dafür, dass diese Fehlentscheidung korrigiert wird!

1-048

Der Präsident. – Ich will das nicht kommentieren, aber der Präsident des Parlaments ist nicht so mächtig, wie Sie das anzunehmen scheinen. Aber ich werde mich natürlich um die Angelegenheit kümmern.

1-049

Magda Kósáné Kovács (PSE). – Köszönöm, elnök úr! A múlt héten fogadta Vatikánban a pápa a magyar katolikus püspöki kari konferencia tagjait. Az audiencián a katolikus egyházfő értékelte a magyar egyház tevékenységét, kritizálta a szekuláris államot, amely szerinte a családokat sújtja, bírált a bejegyzett élettársi kapcsolatról szóló törvényt, mert az törvényesíti az élettársi kapcsolatban élők együttélését és polgári jogot ad a melegek együttélésének is. Kijelentette, hogy a jogszabály nemcsak az egyház tanításaival, hanem a magyar alkotmánnyal is ellentétes.

A szekuláris Európában a tagországok nem avatkoznak bele vallási kérdésekbe, és az egyház nem helyezi ideológiai nyomás alá az államot. A Lisszaboni Szerződés garantálja az alapvető emberi jogokat, beleértve a vallás szabadságát, és intézményes kapcsolatot teremt az EU és az egyházak között.

Ez az együttműködés azonban csak kölcsönösségen alapulhat, ezért nyomatékosan kérjük Barroso elnök urat, hogy önmagára vállalt felelőségi körében eljárva kezdeményezzen párbeszédet a katolikus egyházzal a szekuláris Európa és az európai értékek védelmében. Köszönöm szépen.

1-050

Tunne Kelam (PPE-DE). – Mr President, I would like to continue the topic raised by my colleague, Thomas Mann, about moving intergroup meetings to Thursday afternoons. If the point is to help MEPs to concentrate more on plenaries, I really doubt it. In a way it is our job to be *Mädchen für alles*, to divide our time between different activities, and such a step also cannot prevent most MEPs leaving Thursday afternoon, because they have to catch their planes to reach their homes, to meet their voters the next day, Friday. And I am afraid that in this way the intergroups will unfortunately be placed between the hammer of plenaries and the anvil of constituencies. I think it would deal a crippling blow to their vibrant activities.

Maybe the best way is to trust intergroups to find the most practical and flexible modus vivendi by themselves, and I am encouraged by your response to Thomas Mann, Mr President.

1-051

Catherine Guy-Quint (PSE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, il est inquiétant d'avoir à rappeler à la Commission qu'elle est responsable d'une mise en œuvre équitable des politiques européennes sur chaque territoire national.

Or, en France, l'État a retiré à la seule région d'Auvergne la délégation de gestion du Fonds social européen aux Plans locaux pour l'insertion et l'emploi. Cette position est incompréhensible. Le bilan de gestion de ces structures est excellent. Cette décision partisane met en danger la vie de ces structures qui, depuis des années, travaillaient à l'insertion sociale des plus démunis.

La Commission européenne doit rappeler à l'État français ses devoirs de cohérence et de respect des règles de mise en œuvre des fonds européens. Il ne peut pas y avoir d'applications sectaires, partisanes, des accords avec l'Union européenne sur un même territoire.

1-052

Toomas Savi (ALDE). – Mr President, the opening of negotiations on a new EU partnership and cooperation agreement with the Russian Federation has experienced certain setbacks, owing to the behaviour of some Member States, that many might perceive as obstructionist. I am glad the EU Council Presidency, the Commission and Lithuania have reached a consensus that enables us to renew the old agreement, which expired last year.

In delaying negotiations with Russia we are sawing off the branch on which we are sitting. There are several topics, from the environment and energy to visa regimes, immigration, cross-border projects and unresolved issues relating to Georgia and Moldova, that require a comprehensive political agreement on common objectives and measures. I trust that the Commission will use its mandate in the negotiations to the best interests of all the Member States.

1-053

András Gyürk (PPE-DE). – Köszönöm a szót, elnök úr! Tisztelt képviselőtársaim! A közelgő szibériai orosz–EU csúcs új lehetőségeket teremthet. A találkozó fontos eredménye lehet az a kétoldalú szerződés, amely hosszú távon határozhatja meg a két fél viszonyát. Ehhez az energetikai kérdéseknek központi szerepet kell kapniuk az említett megállapodásban, a kölcsönösséggel előtt tartásával.

A kölcsönösség kialakításának egyik legfontosabb feltétele, hogy Oroszország ratifikálja az Energia Chartát. A szóban forgó megállapodás átlátható viszonyokat teremt az energiapiacon, hozzájárul az ellátás biztonságához és ösztönzi a befektetéseket. Ez utóbbiak Oroszország számára is létfontosságúak. A fejlesztések elhanyagolása miatt ugyanis bármikor előfordulhat, hogy Oroszország nem tud eleget tenni vállalásainak. Az Energia Charta Kreml általi ratifikálása tehát közös érdek.

A küszöbön álló csúcstalálkozó sikere abban rejlik, hogy a tagállamok a rövid távú megfontolások árnyékából kilépve készek-e egységes hangot megütni a közös érdek védelmében. Köszönöm szépen, elnök úr!

1-054

Pervenche Berès (PSE). – Monsieur le Président, vous avez indiqué tout à l'heure que vous n'aviez pas tous les pouvoirs. Pour autant, je suis certaine que vous avez les pouvoirs de mettre en œuvre les décisions de la Conférence des présidents.

Celle-ci a fort justement décidé, le 24 avril dernier, de demander aux questeurs de remettre en cause leur décision du 26 septembre 2007, par laquelle ils accordaient des moyens à l'intérieur du Parlement européen pour le *European Business and Parliament Scheme*.

Nous avons adopté, lors de notre dernière session, un rapport Stubb/Friedrich sur la question des lobbies. Mais franchement, que dans l'institution parlementaire, s'installent des représentants du patronat, il me semble que cela conduit à un mélange des genres, à un déséquilibre de nos relations avec les partenaires sociaux, qui est totalement contraire à toute la tradition parlementaire que nous connaissons au sein de l'Union européenne.

Et je ne comprends pas pourquoi, après cette décision de la Conférence des présidents, nous avons reçu un carton d'invitation de M. Vidal-Quadras, vice-président du Parlement en votre nom, pour une cérémonie de lancement de ce *European Business and Parliament Scheme* le 3 juin prochain.

J'espère, Monsieur le Président, que vous mettrez toute votre autorité à rétablir l'ordre au sein de cette maison et à faire respecter la décision de la Conférence des présidents.

1-055

Филиз Хакъева Хюсменова (ALDE). – Уважаеми г-н председател, колеги, предстои поредният мониторингов доклад за България. Като заместник-председател на комисията по регионално развитие и като член на партия „Движение за права и свободи“, която е част от управляващото мнозинство, следя отблизо изпълнението на Договора за присъединяване на България към Европейския съюз. Категорична съм, че в последния месец правителството на страната ни отново направи дисекция на проблемните области на развитие и заяви твърда воля за справяне с тях.

Показателно е, че за да се подобри усвояването на средствата от европейските фондове, беше създаден нов пост на заместник министър-председател, който ще контролира и координира оперативните програми. Чрез него ще се подобри комуникацията с Европейската комисия и ще се следи за точното и коректно изпълнение на поеманите ангажименти.

В ход са структурни промени, които оптимизират работата на администрацията в министерствата и държавните агенции. Бяха направени персонални промени в правителството, изменя се законодателната рамка за вътрешния ред и сигурността и се сменят кадри от висшия ешелон на властта. Новият министър на вътрешните работи предприема мерки за борба с корупцията и престъпността.

България извърява своя път на сближаване със страните-членки и вярвам, че европейските институции ще оценят обективно усилията на страната ни.

1-056

Laima Liucija Andrikienė (PPE-DE). – Kalbésiu dėl Europos Sajungos diplomatinio atstovavimo Baltarusijoje.

Visai neseniai pradėjo veikti Europos Komisijos biuras Minske. 14 valstybių narių turi diplomatines atstovybes Baltarusijos sostinėje. Dar dvi ES valstybės – Nyderlandai ir Suomija – Baltarusiją dengia iš kitų ES valstybių. Tačiau net 11 valstybių narių Baltarusiją dengia iš Maskvos. Tai Austrija, Belgija, Graikija, Danija, Ispanija, kai kurios kitos, ir, deja, šiuo metu ES pirmininkaujanti Slovėnija. Manau, kad siunčiame klaidinančią signalą Baltarusijos žmonėms, ypač dabar, kai jiems taip sunku atsilaikyti režimo kėslams paaukoti Baltarusiją Rusijai. Manau, kad atėjo laikas kreiptis į Tarybą ir į valstybes nares, kad ES Baltarusiją dengtų iš savo teritorijos, o ne iš Maskvos.

1-057

Der Präsident. – Damit ist dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

1-058

20 - Strafrechtlicher Schutz der Umwelt (Aussprache)

1-059

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Hartmut Nassauer im Namen des Rechtsausschusses über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (KOM(2007)0051 – C6-0063/2007 – 2007/0022(COD)) (A6-0154/2008).

1-060

Hartmut Nassauer, Berichterstatter. – Herr Präsident! Die Europäische Union greift zum Mittel des Strafrechts. Es sollen also namens der Europäischen Union künftig auch Strafen ausgesprochen werden, und zwar zunächst wegen Verstößen gegen das Umweltrecht. Das ist ein weit reichender und bemerkenswerter Schritt, denn das Strafrecht ist der Europäischen Union eigentlich entzogen. Es gehört sogar zum Kernbereich der mitgliedstaatlichen nationalen Souveränität.

Deswegen musste der Weg zu dieser Richtlinie auch erst über zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs eröffnet werden. Kurios genug, denn sowohl Rat als auch Kommission und Parlament sind sich seit langem darüber einig, dass Umweltrecht auch mit Hilfe von Strafmaßnahmen umgesetzt werden darf: Es hat einiger Jahre bedurft, ehe geklärt war, wer hier tätig werden darf – die Mitgliedstaaten im Rahmen von Rahmenbeschlüssen oder die Gemeinschaft in Gestalt der Richtlinie.

Der Europäische Gerichtshof hat sich – was nicht überrascht – der Haltung der Kommission angeschlossen. Im Übrigen ist der Streit sicherlich auch für die Zukunft entschärft, da der neue Vertrag von Lissabon diese Problematik aufnimmt und zugunsten der Gemeinschaft noch weitergehender löst, als das durch die Entscheidungen des EuGH schon einmal geschehen ist.

Hier liegt auch der Grund dafür, dass wir ein *first reading agreement* abgeschlossen haben. Wir wollten nämlich vermeiden, dass das Verfahren von neuem beginnen muss, wenn in diesem Jahr keine Lösung zustande kommt. Mit Rücksicht auf geänderte materielle Rechtsgrundlagen und im Hinblick auf die anstehenden Europa-Wahlen hätte zweifellos beträchtliche Zeit vergehen können, bis ein entsprechendes Gesetz hätte geschaffen werden können. Deswegen waren wir einmütig der Meinung, dass wir alles daransetzen müssen, um eine Lösung in erster Lesung zu erzielen. Mit "wir" meine ich die slowenische Ratspräsidentschaft – ich bedauere außerordentlich, dass sie hier heute nicht vertreten ist, zumal ich gerade aus diesem Anlass eine dezente Krawatte angelegt habe –, die Kommission und – und das möchte ich besonders hervorheben – die Kolleginnen und Kollegen Schattenberichterstatter, die sehr kollegial und kooperativ waren und sehr sachlich mitgearbeitet haben. Die Arbeit war eine reine Freude.

Das neue Gesetz enthält drei Säulen, die ich wenigstens kurz zitieren möchte. Erstens haben wir nicht nur tatbestandsmäßige Handlungen definiert, die künftig unter Strafe stehen sollen, sondern auch in einem Anhang festgelegt, welche Vorschriften im Einzelnen als Grundlage für ein strafbares Handeln herangezogen werden können. Das folgt dem strafrechtlichen Bestimmtheitsgebot. Nicht irgendein Umweltverstoß, sondern der Verstoß gegen präzise in einem Anhang festgelegte Gesetze begründet eine mögliche Strafbarkeit. Es war wichtig, dass dies hier verankert worden ist.

Der zweite Punkt ist gewissermaßen die Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsprinzips. Die Keule des Strafrechts kann nicht gegen jeden auch noch so lächerlichen Verstoß geschwungen werden, sondern er muss von einigem Gewicht sein. Deswegen ist Bagatellunrecht aus der Strafbarkeit ausgeschlossen worden.

Drittens haben wir auch festgelegt, dass nur rechtswidriges Verhalten Grundlage für Strafbarkeit sein kann. Diese drei Grundsätze haben wir übereinstimmend in dem Entwurf verankert. Ansonsten haben wir auch durchaus die Definitionen verbessert. Ich bin nun sehr gespannt auf die Debatte. Ich bedanke mich nochmals bei allen Kolleginnen und Kollegen, die diesen Kompromiss möglich gemacht haben.

1-061

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Nassauer! Sie hatten die besondere Qualität Ihrer Krawatte angesprochen. Das war auch mir aufgefallen, aber ich habe nicht gewagt, dazu eine Bemerkung zu machen. Aber nachdem Sie es selbst getan haben, möchte ich Ihnen doch gerne bestätigen, dass mir das auch aufgefallen ist.

1-062

Jacques Barrot, vice-Président de la Commission. – Monsieur le Président, je n'ai pas tout à fait la même cravate, mais je partage tout à fait l'excellent travail de M. Nassauer, que je veux remercier beaucoup pour son travail.

La Commission se réjouit de l'aboutissement des négociations avec le Parlement et le Conseil, et du fait qu'un accord en première lecture apparaît possible. Une fois encore, c'est un succès pour les trois institutions et cela montre, Monsieur le Président, que la procédure de codécision est très efficace, même lorsqu'il s'agit de dossiers complexes et difficiles. Je dois dire que le rapporteur de la commission juridique, M. Nassauer, le rapporteur pour avis de la commission de l'environnement, les rapporteurs fictifs, ont tous beaucoup travaillé, et de manière constructive, avec la Présidence du Conseil et la Commission, pour trouver dans le trilogue informel ce compromis qui est aujourd'hui devant vous.

M. Nassauer a bien expliqué, par conséquent je vais être bref. C'est vrai que pour la protection efficace de l'environnement, il est essentiel que la politique communautaire complète soit transposée effectivement. Le droit pénal est un outil indispensable à cet égard. Pour les délits les plus graves, seule l'épée tranchante du droit pénal peut avoir un véritable effet dissuasif tout en reconnaissant, comme vous l'avez très bien dit, la nécessité de respecter le principe de relativité.

Alors, la Commission aurait souhaité le rapprochement du niveau de sanction, mais l'arrêt de la Cour de justice d'octobre 2007 ne rend pas cela possible sur la base légale du traité, et il faut respecter le jugement de la Cour de justice. Mais même sans ce rapprochement du niveau des sanctions, la directive contribuera de manière significative à une protection plus efficace de l'environnement, notamment par son effet dissuasif. Les États membres vont se mettre d'accord sur les définitions de délits environnementaux, sur le champ de responsabilités des entreprises pour ces délits, sur la nécessité de prévoir des sanctions efficaces, proportionnées et dissuasives.

Voilà pourquoi nous voulons et nous souhaitons vivement que, compte tenu du chemin parcouru, tout cela puisse aboutir. La Convention du Conseil de l'Europe sur la protection de l'environnement par le droit pénal a été signée ici, à Strasbourg, il y a dix ans. Et elle n'est toujours pas en vigueur! Il est donc grand temps de créer, finalement, un instrument efficace dans le droit européen en matière de droit pénal pour la protection de l'environnement. Je compte sur le soutien du Parlement pour qu'on atteigne bientôt ce but et je remercie encore le rapporteur.

Pour conclure, la Commission doit faire des déclarations qui font partie du compromis agréé avec les législateurs. Alors, je vais en donner lecture, Monsieur le Président. La déclaration n° 1: la Commission européenne prend note de l'amendement suivant adopté par la commission parlementaire juridique. Lorsqu'une activité continue s'avère, après un certain temps, donner lieu à des dommages causés à l'environnement qui peuvent, à leur tour, entraîner une responsabilité pénale en vertu de la présente directive, la question de savoir si l'auteur du dommage a agi de propos délibéré ou par négligence devrait être déterminée par rapport au moment où l'auteur a pris conscience ou aurait dû prendre conscience des faits constituant l'infraction, et non par rapport au moment où l'auteur a commencé son activité. Il convient de ne pas perdre de vue, à cet égard, que l'octroi préalable d'une autorisation, licence ou concession ne devrait pas constituer un moyen de défense dans ces circonstances. La Commission européenne comprend parfaitement les préoccupations exprimées dans cet amendement. Ces questions relèvent de la compétence des États membres et nous faisons confiance aux États membres pour prendre en considération ces questions importantes.

Déclaration n° 2 de la Commission européenne: la législation dérivée liée à l'annexe 2 de la présente directive en matière de santé et de sécurité afin de protéger la population et l'environnement contre les risques liés aux activités impliquant des radiations ionisantes a été adoptée sur la base du traité Euratom. Ainsi, les obligations pour les États membres d'introduire des sanctions pénales en application de la directive couvrent aussi les comportements illicites en violation des dispositions de la législation adoptée sur la base du traité Euratom et doivent être définies par référence à cette législation.

Pardonnez-moi d'avoir donné lecture de ces deux textes, mais j'étais obligé de le faire. Voilà et maintenant, Monsieur le Président, je vais écouter avec attention le débat.

1-063

Dan Jørgensen, ordfører for udvalg fra Miljø, Folkesundhed og Fødevaresikkerhed. – Hr. formand! Jeg vil starte med at sige, at der ikke kun er grund til at rose hr. Nassauers slips. Der er også grund til at sige mange pæne ting om hans store arbejde i forbindelse med at finde et kompromis i denne vanskelige sag. Det er en meget vigtig beslutning, vi nu træffer. Et af de store problemer med EU's miljøpolitik er, at den desværre ikke bliver implementeret ens i de enkelte lande og specielt ikke bliver håndhævet ens i de enkelte lande. Det er altså det problem, vi nu prøver på at løse med dette store skridt fremad. Vi vil i fremtiden sikre, at de samme overtrædelser vil blive straffet i alle EU-lande, lige meget hvor en sådan overtrædelse måtte blive begået. Jeg noterer mig også og glæder mig over, at vi har fået nogle definitioner på, hvad sådanne overtrædelser består i. Vi har fået en klar liste, som vi understreger ikke skal være statisk, men netop dynamisk, og som viser, hvornår man forbryder sig mod miljøpolitikkens grundprincipper. I Miljøudvalget har vi været meget optagede af at sikre, at specielt habitatområder blev beskyttet, og vi er glade for, at det er kommet med. Vi havde gerne set, at det også i højere grad var blevet specificeret, hvor hårde straffene skulle være. Det kunne desværre ikke lade sig gøre på nuværende traktatsgrundlag, men vi er alt i alt meget glade for resultatet. Det er et stort skridt fremad for miljøbeskyttelsen.

1-064

PRESIDÊNCIA: MANUEL ANTÓNIO dos SANTOS
Vice-Presidente

1-065

Γεώργιος Παπαστάμποκος, εξ ονόματος της ομάδας PPE-DE. – Κύριε Πρόεδρε, το περασμένο καλοκαίρι η Ελλάς υπέστη μία από τις μεγαλύτερες καταστροφές στη νεώτερή της ιστορία. Πάνω από 60 νεκροί, πολλοί τραυματίες, χλιάδες αποτεφρωμένα στρέμματα συνιστούν τον τραγικό απολογισμό των πυρκαγιών στη δυτική Πελοπόννησο, την Αττική, την Εύβοια. Ανάλογες καταστροφές γνώρισαν τα προηγούμενα χρόνια κι άλλα μεσογειακά κράτη της Ένωσης, όπως η Ισπανία και η Ιταλία, αλλά και η Πορτογαλία.

Το αδίκημα του εμπρησμού των δασών στο βαθμό που θέτει σε κίνδυνο ανθρώπινες ζωές και το φυσικό πλούτο μιας περιοχής, συγκαταλέγεται αναμφισβήτητα μεταξύ των πλέον βαρυτάτων και ειδεχθών εγκληματικών πράξεων στον καιρό μας.

Η πρόταση οδηγίας της Επιτροπής σχετικά με την προστασία του περιβάλλοντος μέσω του ποινικού δικαίου, ανεξάρτητα από την τελική της έκβαση -από την έκβαση δηλαδή της σχετικής δικαιοπαραγωγικής διαδικασίας, που θα οφείλεται περισσότερο σε διαφορές νομοτεχνικής φύσεως και λιγότερο σε ζητήματα ουσίας- κινείται στη σωστή κατεύθυνση και θα αποτελέσει εργαλείο αιχμής για την αποτελεσματικότερη προστασία του περιβάλλοντος τα προσεχή έτη.

Θα ήθελα να ευχαριστήσω προσωπικά το συντάκτη της έκθεσης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, τον κ. Nassauer, για την εναισθησία που επέδειξε νιοθετώντας σε συμβιβαστική τροπολογία του, πρόνοια για τη συμπερίληψη της πράξης του εμπρησμού ως ποινικού αδικήματος. Θα ήθελα επίσης να ευχαριστήσω τα μέλη της Ισπανικής αντιπροσωπείας του Ευρωπαϊκού Λαϊκού Κόμματος, που υποστήριξαν την εν λόγω τροπολογία μου.

1-066

Manuel Medina Ortega, *en nombre del Grupo PSE*. –

Señor Presidente. Creo que, dentro de unos años, se hablará de esta sesión del Parlamento Europeo como de una sesión que ha establecido un precedente importante en el desarrollo del Derecho de la Unión Europea.

La Unión Europea, en principio, carece de competencias en materia de Derecho Penal. Se trata de competencias estatales. Como señalaba el ponente, las dos sentencias del Tribunal de Justicia han abierto el camino a una cierta competencia comunitaria en materia penal, pero es una competencia limitada.

El Sr. Jørgensen señalaba que no se trata de un tema de armonización, sino de aproximación legislativa, y en este aspecto creo que tanto el Parlamento, a través de su ponente Sr. Nassauer, como el Consejo y la Comisión, la Presidencia eslovena y el Comisario Barrot, han contribuido a llegar a un acuerdo que, en este momento, creo que es aceptable para todos.

Estamos hablando como he dicho antes no de aproximación legislativa, sino de armonización. Vamos a armonizar los tipos penales, que es el principio del Derecho Penal y, como ha dicho el Sr. Nassauer, con un precisión jurídica, la calificación penal no puede ser de carácter general o arbitraria.

Respetamos el principio de proporcionalidad, eliminando desde luego las sanciones mínimas, y establecemos el principio de la antijuridicidad. No se pueden condenar conductas que no sean punibles.

Yo creo que la declaración de la Comisión, sobre todo la declaración relativa a la negligencia y al momento de fijación de la responsabilidad, van a servirnos para seguir progresando en esta materia. Por ahora, no podemos ir más lejos. Creo que solamente podremos ir más lejos con la modificación del Derecho sustantivo de la Unión Europea, con las nuevas normas constitucionales; pero este Parlamento, junto con el Consejo y la Comisión, está haciendo todo lo posible para asentar el Derecho de la protección del medio ambiente con las normas penales, de conformidad ya con el viejo convenio del Consejo de Europa, que había previsto la fijación de responsabilidad penal por infracción de normas ambientales. Muchas gracias.

1-067

Diana Wallis, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, as has already been said, we should thank Mr Nassauer for his work on this first-reading agreement; also particular thanks should go to the Commission for helping us get there in the end.

As Mr Medina has just said, it has been and will be a noteworthy first-reading agreement. It is historic in the development of the codecision process and particularly for this House to be involved in setting penalties in relation to criminal law. It really is a noteworthy development. This directive will at last bring legal certainty in an area where in the past we have witnessed a rather undignified ping-pong between the European Court of Justice and the various arms of the European legislature. Now we have some certainty and some clarity.

Above all, it is a big plus for protection of the environment. Over the years, as a member of the Committee on Petitions, I have noted that it is damage to the environment that most frequently brings our citizens to seek our help in implementing what they see should be European law. Now at last we will be able to say that we have – or should have – the effective means to make sure that European environmental law is indeed implemented and enforced as our citizens expect across the European Union.

But not only that – there is another strong message for this Parliament here. One of the things we insisted on in this agreement was the so-called correlation tables. These would enable us to see, in this very complex piece of legislation, exactly where Member States insert European legislation into their national law. This is something that we are serious about as a Parliament and at last we have been heard. I think it goes a long way towards showing our competence and growing effectiveness as a legislature, which augurs well for the coming entry into force of the Lisbon Treaty.

1-068

Monica Frassoni, a nome del gruppo Verts/ALE. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il mio gruppo di solito non ama gli accordi di prima lettura, perché spesso avviliscono la qualità della legge, nella fretta e nella pressione per avere un accordo. Devo dire, onorevole Nassauer, che se un anno fa mi aveste chiesto se secondo me saremmo arrivati ad un accordo *bipartisan* sulla protezione dell'ambiente in materia penale, avendo come relatore l'onorevole Nassauer e in prima lettura, probabilmente non ci avrei creduto. Eppure è successo, grazie al prezioso lavoro di squadra che abbiamo saputo e potuto realizzare, reso possibile anche dall'osservanza scrupolosa delle procedure informali di dialogo con la Commissione e con il Consiglio che hanno coinvolto, nel limite del possibile, il relatore, ma anche i relatori ombra e, ovviamente, il lavoro molto prezioso della commissione ambiente. Voglio quindi anch'io ringraziare veramente di cuore il relatore e i colleghi, i miei collaboratori, perché questo risultato è importante, come già tutti gli altri hanno detto.

Presidente, è indubbio che la sentenza della Corte non ci ha permesso di fissare le sanzioni e questo ci ha tarpato un po' le ali, ma è anche per questa ragione che spero che dopo questo voto noi collettivamente, Unione europea, non ci dimenticheremo di questa questione. Io penso che dovremo riprendere con energia questo tema quando il trattato di Lisbona sarà ratificato.

Come tutto nella vita, naturalmente anche questa direttiva non è perfetta. A noi, per esempio, non piace molto il complicato allegato che fa una lunga, anche se completa lista, delle direttive cui questa nuova legge si dovrà applicare. Avremmo preferito semplicemente un sistema proposto dalla Commissione e approvato dalla commissione ambiente, che rendeva molto chiaro che tutta una serie di delitti venivano automaticamente considerati da punire penalmente al di là delle direttive di riferimento.

Non ci piace neanche tantissimo il fatto che il periodo di trasposizione sia di due anni. Pensiamo che si sarebbe potuto fare meglio e siamo anche noi, come ha già detto l'onorevole Wallis, estremamente contenti che sia entrato l'obbligo di fare le tavole di correlazione da parte degli Stati membri, cioè gli Stati membri ci devono dire rapidamente come applicano le leggi, cosa che molto spesso non fanno.

Noi comunque siamo assolutamente soddisfatti e contenti del fatto che una serie di reati oggi non potranno più essere depenalizzati. Io vengo da un paese, l'Italia, dove questa tentazione è esistita, è stata realizzata e sono contenta che con questa direttiva caccia, distruzione di siti naturali, abusivismi e altre questioni di questo tipo non potranno più essere impunite.

1-069

Jens Holm, för GUE/NGL-gruppen. – Det är inget tvivel om att den som bryter mot miljölagstiftningen ska straffas. Straffen måste vara kännbara och avskräckande så att man undviker miljöbrott i framtiden. Men ska vi harmonisera straffrätten? Ska EU bestämma påföljder – fängelsestraff, böter och andra saker? Nej, det är upp till medlemsländerna att besluta om.

Risken med harmoniseringslagstiftning är alltid att progressiva länder blir tvungna att sänka nivån på sin lagstiftning. Det är inte acceptabelt. Om vi överläter beslutsrätten på detta område till EU, vad blir då nästa steg? Självklart ska EU verka för att medlemsstaterna ska bli bättre på att arbeta med miljölagstiftning. Man kan och ska sprida goda exemplar, och man kan hjälpa och stödja de medlemsstater som av olika skäl ligger efter. Att sätta upp tabeller med konkreta indikatorer där man kan jämföra medlemsstaterna är ett utmärkt exempel. Då skapar vi ett system som har stor legitimitet och som är demokratiskt förankrat. Så jobbar vi också bäst för att värvna miljön.

1-070

Aloyzas Sakalas (PSE). – Mr President, I would like to thank the rapporteur for collaborating so thoughtfully and to say how pleased I am that we managed to find a solution in our discussions which everyone could accept. Having said that, I would like to make three points.

Firstly, I fully support the idea this report has to be adopted before the Lisbon Treaty enters into force. This will mean that all Member States will have to apply criminal sanctions in accordance with the new directive sooner rather than later. The burning of forests in Greece should be very instructive for all of us.

Secondly, I would like to stress the desirability of the new wording for point 'h' of Article 3 in relation to any conduct which causes 'the significant deterioration of a habitat within a protected site'. This represents a considerable improvement over the narrower wording originally proposed by the rapporteur.

Thirdly, our most controversial discussions concerned the annexes. In this connection, I note that the scope of Member States' competence will not be limited thereby, with regard to Article 176 of the EC Treaty. In addition, a list of relevant Community legislation will provide the necessary legal certainty required in the context of the criminal law. This approach also avoids the need to define certain terms, such as water or waste, in the directive. For this reason, I support the introduction of the two annexes to the directive.

I fully support the document proposed by Mr Nassauer.

1-071

Mojca Drčar Murko (ALDE). – V Odboru za okolje smo pričakovali, da bo vzpostavitev skupnih standardov okoljske kazenske politike segla dlje od tega kompromisa in da bo poleg zakonodaje Skupnosti zajela tudi zakonodaje držav članic. Pokazalo pa se je, da je doseženi kompromis za zdaj skrajna meja sprejemljivega. Tudi tak je velik korak naprej v zaščiti okolja, saj za huda okoljska kazniva dejanja, našteta v aneksu, napoveduje uporabo učinkovitih, sorazmernih in odvračilnih kazenskih sankcij.

Glede kaznovalne politike držav, ki se bo razvila na tej podlagi, želimo opozoriti na pravilo modernega kazenskega prava, po katerem višina zagroženih kazni ni toliko pomembna, kot je zanesljivost kazenskega pregona. Da bodo torej storilci vedeli, da nikjer v Evropi ne bodo imeli varnega zatočišča.

1-072

Hiltrud Breyer (Verts/ALE). – Herr Präsident! Es ist in der Tat sehr zu begrüßen, dass sich die Kommission von den EU-Mitgliedstaaten nicht hat bangemachen lassen und einen Vorschlag zur Bestrafung von Umweltsünden vorgelegt hat. Es wäre wünschenswert, wenn es eine Einigung in erster Lesung gäbe, denn es darf nicht länger sein, dass Verstöße gegen die Umwelt als Kavaliersdelikt betrachtet werden. Es ist auch positiv, dass gerade heute, da die UN-Konferenz zum Artenschutz begonnen hat, Naturschutzgebiete im Gesetzesvorschlag besser und klarer definiert werden und dass klarer wird, was ein Verstoß ist.

Allerdings ist es bedauerlich, dass es keine Sanktionen gibt und dass ein Verstoß nicht generell als strafbare Handlung betrachtet wird. Das schafft leider Schlupflöcher, gerade beim Schutz von Fauna und Flora, wo Verstöße nicht generell geahndet werden und viele sich hinter ihrem Nichtwissen verstecken können. Von daher wäre es folgerichtig auch gut gewesen, wenn die Gentechnik unter diese Richtlinie fallen würde. Kriminelles Vorgehen im Umweltbereich muss bestraft werden und ich hoffe, dass wir damit einen Meilenstein setzen können, um deutlich zu machen, dass die Umwelt ein schützenswertes Gut ist und wir alles tun müssen, damit Verstöße gegen Umweltbestimmungen geahndet werden.

1-073

Jacques Barrot, Vice-Président de la Commission. – Monsieur le Président, le débat vient de montrer en effet que nous franchissons là une étape importante; enfin, nous la franchirons, si, comme nous le souhaitons, ce texte, et je voudrais encore remercier M. Nassauer pour la part qu'il y a prise, est évidemment un texte qui, comme le disait Mme Frassoni, dit "les délits ne seront plus dé penalisés". Je crois que c'est ça qui est important. Nous avançons vraiment. Je veux d'ailleurs vous indiquer que la Commission n'était pas très favorable, au départ, à des annexes mais, même si la Commission est toujours d'avis qu'une telle annexe n'est pas nécessaire, il est acceptable de l'inclure comme souhaité par la majorité des États membres. L'annexe, comme prévue pour le vote, est complète, et inclut tous les instruments importants de la législation environnementale qui peuvent être significatifs pour les délits définis dans la directive.

Alors, bien sûr, on ne peut pas non plus imaginer une liste exhaustive, cela aurait été dangereux aussi d'avoir la prétention de cette exhaustivité d'une liste. Par contre, ce que je crois maintenant et que je voudrais simplement rappeler, Monsieur le Président, à Mesdames et Messieurs les parlementaires, c'est qu'après l'adoption de cette directive, les États membres auront dix-huit mois pour transposer son contenu dans leur droit national et là, évidemment, la Commission surveillera minutieusement ce processus de transposition. À la lumière du cadre juridique, elle réévaluera la nécessité de proposer des instruments législatifs additionnels.

Voilà, je crois qu'en effet, il faudra un screening particulièrement vigilant pour que cette transposition soit effectivement conforme à l'esprit qui a conduit le Parlement européen à cette législation. C'est 24 mois le compromis? Oui, c'est un compromis, 24 mois. J'étais plus ambitieux. Ceci étant dit, la Commission s'engage aujourd'hui à être très vigilante sur la transposition de ce texte qui marque en effet un progrès majeur pour la protection de l'environnement en Europe.

1-074

Hartmut Nassauer, Berichterstatter. – Herr Präsident! Um mit dem letzten Punkt, der Umsetzungsfrist, zu beginnen: Dies hier ist ein Präzedenzfall. Kollege Medina hat zu Recht darauf hingewiesen, dass nun alle Umweltrechte der Gemeinschaft durchforstet werden müssen und sich im Hinblick auf die neuen Tatbestände sozusagen strafrechtlich bewähren müssen. Das geschieht zum ersten Mal und ist sehr umfänglich. Deswegen hat es Sinn, wenn wir hier den Mitgliedstaaten nicht nur 18 Monate Zeit lassen, sondern 24.

Im Übrigen will ich mich jetzt nur noch einmal an die Kommission wenden. Herr Kommissar Barrot, vielleicht ist das derzeit nicht unbedingt Ihr Zuständigkeitsbereich, aber in Zukunft doch. Die Kommission hat jetzt eine neue Möglichkeit, sie verfügt über ein neues Instrumentarium, das wie gesagt im Kern und grundsätzlich Sache der Mitgliedstaaten ist. Ich glaube, dass die Kommission gut beraten ist, wenn sie von diesen Möglichkeiten mit Vorsicht Gebrauch macht. Die strafrechtliche Bewährung von Gemeinschaftsrecht ist ja nicht auf das Umweltrecht beschränkt, sondern kann im Prinzip auf alle anderen Gemeinschaftsfelder übertragen werden. Deswegen glaube ich, dass die Kommission gut beraten ist, wenn sie dies hier sehr sorgfältig überlegt. Denn das Strafrecht ist das letzte Mittel, um einem Recht zur Durchsetzung zu verhelfen, und kein Mittel, was man jeden Tag einsetzt. Die Mitgliedstaaten werden von alledem nicht furchtbar begeistert sein. Übrigens sind die Urteile des Europäischen Gerichtshofs –um es ganz vorsichtig zu umschreiben – in der Rechtslehre und der Rechtswissenschaft mit größter Zurückhaltung aufgenommen worden.

Deshalb mein Rat an die Kommission: Machen Sie vorsichtigen Gebrauch von diesen Mitteln. Umso wirksamer wird es sein, wenn es nachher konkret umgesetzt wird.

1-075

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar na quarta-feira, 21 de Maio de 2008.

1-076-500

21 - Previsão de receitas e despesas do Parlamento Europeu para o exercício de 2009 (debate)

1-077

Presidente. – Segue-se o relatório do Deputado Janusz Lewandowski, em nome da Comissão dos Orçamentos, sobre a previsão de receitas e despesas do Parlamento Europeu para o exercício de 2009 (2008/2022(BUD)) (A6-0181/2008).

1-078

Janusz Lewandowski, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Oceniając plan wydatków i dochodów Parlamentu Europejskiego w roku 2009 bierzemy pod uwagę szczególne uwarunkowania i wyzwania tego przyszłego roku i co do tego, jakie są to wyzwania, jesteśmy tutaj zgodni. Mianowicie trzeba dostosować Parlament do zwiększych kompetencji po spodziewanym wejściu w życie traktatu lizbońskiego, czekają nas wybory, trzeba sfinansować kampanię wyborczą, zostaną wprowadzone nowe zasady wynagradzania posłów i mniejmy nadzieję przejrzyste zasady zatrudniania i wynagradzania asystentów.

Nie wszystko co jest wyzwaniem przeszłego roku zostało skwantyfikowane, a zatem uwzględnione w planie wydatków na przyszły rok. Jeżeli się pojawią taka sytuacja, naturalną odpowiedzią na niepewność jest rezerwa budżetowa i o tym właśnie rozmawialiśmy w czasie naszego spotkania z biurem Parlamentu, które w naszym slangu budżetowym nazywamy "preconciliation". Z satysfakcją podkreślam dobry klimat tego spotkania i uwzględnienie wielu naszych sugestii. Mianowicie: zintegrowano z budżetem nowe etaty dla Parlamentu w liczbie 65 projektowanych etatów, część pieniędzy wkładając do rezerwy. Utworzono tak zwaną rezerwę lizbońską w związku z tym, że czekamy na wyniki prac specjalnie powołanej grupy, aby zbadać zależność pomiędzy traktatem lizbońskim, a nowymi potrzebami Parlamentu. Komisja Budżetowa odniosła się do roszczeń grup politycznych i uznała potrzebę zasilenia kadrowego, ale musi to być podporządkowane zasadom dyscypliny budżetowej, mianowicie *reemployment* bierze górę nad powoływaniem nowych etatów.

W zakresie nieruchomości i polityki budowlanej oczekujemy w maju długofalowej strategii, tym bardziej, że sumy przeznaczone i na razie będące w rezerwie wraz z przesunięciami z roku bieżącego są istotne. Znaleźliśmy w budżecie kwotę 3,4 mln euro na usuwanie azbestu z budynku SDM w Strasburgu. Z uwagi na niezbyt chłubny dla nas rozgłos rozliczeń z miastem Strasburg i uczulenie w tej materii, sprawa wymaga wykłarowania i tego dotyczącej poprawki. Idą one tak daleko, iż żądają rezerwy na te środki. Nie wchodzę tutaj w inne kwestie o dużym ciężarze finansowym, mianowicie informatyzację *Visitors Center*, dodatkowe serwisy dla członków Parlamentu. Na podkreślenie przede wszystkim zasługuje fakt, iż nadal znajdujemy się poniżej progu 20% ogólnych wydatków administracyjnych instytucji europejskich. Te 20% to nie jest żaden cel sam w sobie, ale mądre samoograniczenie, które zwiększa naszą wiarygodność gdy oczekujemy dyscypliny budżetowej od innych instytucji. Mam nadzieję, że przedstawiony plan wydatków jest bliski temu, jaki będzie ostatecznym budżetem Parlamentu. Mam nadzieję, że podtrzymamy klimat zaufania, który jest w dużej mierze zasługą osobistą pana Sekretarza Generalnego Römera. W jutrzejszym głosowaniu, mamy tylko cztery poprawki, tak więc zapowiada się ono gładko.

Na koniec dziękuję wszystkim, którzy przyczynili się do tego iż procedura pilotażowa, a więc postrzegana jako kłopotliwa, jak dotąd przebiega sprawnie i mam nadzieję, że będzie tak aż do ostatecznego uchwalenia budżetu Parlamentu.

1-079

Reimer Böge, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, dass es zu diesem Bericht Lewandowski nur vier Änderungsanträge gibt, belegt eigentlich, wie hervorragend und solide der Berichterstatter im Vorfeld seine Arbeit geleistet und versucht hat, sich mit den Fraktionen zu arrangieren. Es belegt vielleicht auch, dass wir mit diesem so genannten Pilotprojekt in der Zusammenarbeit zwischen Präsidium und dem Haushaltsausschuss in diesem Jahr zunächst einmal als ersten Schritt einen erfolgreichen gemeinsamen Ansatz gesucht haben – auf der Grundlage der unterschiedlichen Verantwortung und im Vorfeld verbunden mit einer sehr intensiven Diskussion, sowohl mit dem Präsidium als auch mit der Verwaltung dieses Hauses –, so dass manches frühere Missverständnis oder auch Unverständnis einfach auch im Sinne der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens aus dem Weg geräumt werden konnte.

Es ist auch wichtig – gerade zum Zeitpunkt der Diskussion über die Umsetzung des Reformvertrags –, noch einmal deutlich zu machen, dass das Parlament strikt der Haushaltsdisziplin verpflichtet bleibt und in der aktuellen Situation zunächst einmal nicht über die 20 %-Grenze der Rubrik 5 hinausgehen wird.

Es ist auch wichtig, hier noch einmal deutlich zu machen, dass es ja fast eine Kulturrevolution ist – immerhin ein guter Anfang –, dass das Präsidium jetzt selbst entschieden hat, die Mittel bestimmter Posten in die Haushaltsreserve einzustellen und nicht eben mal einen Verwaltungsvorschlag so durchzuwinken, sondern eine intensivere inhaltliche Diskussion darüber zu führen, was sich hinter dem Parlamentshaushalt verbirgt. Das erleichtert auch dem Haushaltsausschuss die Arbeit, das erleichtert das Aufeinanderzugehen.

Natürlich werden wir, wenn wir zur ersten Lesung kommen, noch sehr viel intensiver über die Frage der Umschichtungen zur Stärkung der Ausschüsse und auch von Umschichtungen zur Stärkung der Fraktionen zu sprechen haben, damit wir im Sinne des Reformvertrags unsere Arbeit erfolgreich machen können.

Um es sehr deutlich zu sagen: Ich erwarte – auch aufgrund der Plenumsbeschlüsse und aufgrund der Vorgespräche, die wir mit dem Präsidium geführt haben –, dass das Präsidium in dieser Woche heute oder Mittwoch wirklich die notwendigen Entscheidungen zur Frage der Assistentenregelung, des Assistentenstatuts und der anderen auf dem Tisch liegenden Fragen trifft. Da gibt es klare Plenumsentscheidungen, man braucht sie im Präsidium nur umzusetzen, um wirklich Konsequenzen aus der internen und der öffentlichen Debatte zu ziehen.

1-080

Thijs Berman, namens de PSE-Fractie. – Hoe lang moet het nog duren dat ten minste één op de tien assistenten van parlementsleden hier werkt zonder enige sociale bescherming in een oerwoud van allerlei contracten dat totaal onhelder is en dat de verdenking wekt van fraude?

Tekens als de Socialistische Fractie een poging doet om de assistenten van de leden een behoorlijk contract te geven, met alle normale garanties van sociale zekerheid, dan komt de PPE-DE-Fractie met pogingen om de komst van zo'n statuut voor assistenten tegen te houden. Het woord "statuut" is werkelijk taboe bij de PPE-DE-Fractie. Ditmaal moet het woord "statuut" vervangen worden door "regeling". En dat is geen simpel woordspelletje. Dit Parlement moet ten aanzien van de arbeidsvooraarden een voorbeeld zijn, maar het loopt hopeloos achter bij wat binnen de EU al lang doorgewone normen zijn. Zonder een eensluidend statuut krijgen onze medewerkers nooit de bescherming waar zij gewoon recht op hebben.

Dit ene punt, het statuut voor assistenten, is daarom belangrijk en het amendement met het oog op de schrapping hiervan zou een smet zijn op het verder prima verslag van collega Lewandowski. Ik ben het eens met zijn commentaar en met dat van Reimer Böge. De begroting blijft binnen de perken ondanks de nadering van grotere verantwoordelijkheden voor dit Parlement met het nieuwe Verdrag. Er zal wél meer duidelijkheid moeten komen over ten eerste de verdeling van het personeel en ten tweede over het verwijderen van asbest uit de gebouwen van het Europees Parlement. Duidelijkheid hierover moet de expliciete voorwaarde zijn voor het loslaten van de bedragen die wij hiervoor in reserve willen plaatsen.

1-081

Anne E. Jensen, for ALDE-Gruppen. – Hr. formand! Parlamentets budget vedtages først i oktober, men med hr. Lewandowskis betænkning bakker vi principielt op om det forslag til budget 2009, som Præsidiet vedtog i april, og ikke mindst om den dialog om detaljerne i forslaget, som gennemføres som et pilotprojekt i år. Jeg synes, at de første erfaringer viser, at det er nyttigt med sådan en dialog. Det betyder, at budgettet gennemgås i detaljer af de politisk ansvarlige, og at Budgetudvalget inddrages seriøst. Det er godt. Dialogen har meget fokuseret på personalebehovet i forbindelse med Lissabontraktatens nye opgaver for Parlamentet og ikke mindst spørgsmålet om at sikre, at behovene dækkes gennem mulige omrokeringer, førend vi begynder at tale om at udvide medarbejderstabben. Vi har jo set store stigninger i medarbejderstabben med udvidelsen af EU, og nu må vi have en konsideringsperiode, hvor vi gennemgår personalebehovene nøje.

Vi er også blevet enige om at få en langsigtet strategiplan for bygninger og deres vedligeholdelse inden udgangen af denne måned. Også her er det nødvendigt at overveje den fremtidige politik. At detaljer er interessante, viser asbestosagen. Vi er overraskede over, at der er afsat udgifter til bortskaffelse af asbestos i SDM-bygningen, for da Parlamentet købte bygningen, fik vi at vide, at der ikke var noget asbestos! ALDE-Gruppen støtter således socialisternes forslag om at lægge pengene i reserve.

Sidst, men ikke mindst vil også jeg understrege behovet for, at vi nu får vedtaget en ordning for assistenterne, sådan som det har været drøftet med Parlamentets generalsekretær Harald Rømer. Det må ikke slå fejl denne gang. Vi er nødt til at få ordnet denne sag.

1-082

Wiesław Stefan Kuc, w imieniu grupy UEN. – Panie Przewodniczący! Przedstawiony przez pana posła Janusza Lewandowskiego projekt rezolucji Parlamentu Europejskiego w sprawie preliminarza wpływów i wydatków Parlamentu Europejskiego w roku budżetowym 2009 wraz z projektem preliminarza godzi oczekiwania w zakresie realizacji zadań Parlamentu w tym szczególnym roku – chodzi o realizację zadań związanych z wejściem w życie traktatu lizbońskiego, wyborami do Parlamentu, ze zmianą statutu posła, a także z polityką w zakresie nieruchomości, poprawą obsługi posłów, oszczędnością energii i tak dalej – z dalszymi oszczędnościami w budżecie. To, co cały czas było wielokrotnie mówione na temat całego budżetu Unii – że nie można więcej zrobić za mniej środków – okazuje się możliwe. Wiedza i ogromne doświadczenie pana posła Lewandowskiego i nas wszystkich oraz doskonała współpraca z Prezydium dokonały cuda. Moja grupa polityczna będzie głosowała za przyjęciem projektu rezolucji.

1-083

Gerard Batten, on behalf of the IND/DEM Group. – Mr President, on 21 April the Bureau adopted preliminary draft estimates totalling over EUR 1.5 billion for the cost of the European Parliament. 2009 will see the impact of the Lisbon Treaty – if indeed it is ratified by all Member States.

We were told that the Lisbon Treaty – in fact, the European Constitution by another name – was just a tidying-up exercise which would simplify the workings of Parliament. But EUR 2 million is being asked for by officials to cover the additional costs that will be created by the Treaty and 65 new jobs will be required in Parliament alone to help political groups understand it. This is all being approved before the Treaty is ratified in Britain and before the people of Ireland have had their say in a referendum.

Of course, Parliament has already decided that it will ignore the decision of the Irish people if they vote ‘no’, and, in order to encourage the Irish to vote ‘yes’, the EU has promised Ireland another EUR 332 million in funding. Let us hope that the Irish do not hold their freedom so cheap. But as that great Englishman, Ken Dodd, once remarked, every cloud has a silver lining, plus VAT.

The report notes that there is an additional need for more money for the Visitors’ Centre. I have always thought that the more visitors that come to Parliament and see the great talking shop and legislative sausage-machine in action, the more they will turn against it.

If every European citizen could see the chaotic and shambolic way in which legislation is voted on in this Parliament, then there would be a party like the UK Independence Party in every EU Member State. That, at least, would be money well spent.

1-084

Μαργαρίτης Σχοινάς (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, πιστεύω ότι κάνουμε μια πολύ καλή αρχή όσον αφορά τον προϋπολογισμό του Κοινοβουλίου για το 2009. Πρόκειται για μια αρχή ρεαλιστική και για μια αρχή πολιτική, διότι δεν πρέπει να ξεχνάμε ότι το 2009 είναι εκλογική χρονιά.

Πιστεύω ότι τρία είναι τα ποιοτικά χαρακτηριστικά αυτού του σχεδίου που συζητάμε σήμερα, τα οποία μας επιτρέπουν να μιλάμε για ένα καλό ξεκίνημα.

Πρώτο είναι η πειθαρχία, διότι αντίθετα από όσα ακούμε από τους ευρωσκεπτικιστές το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για τρίτη συνεχόμενη χρονιά μένει κάτω από το όριο του 20% για τις διοικητικές δαπάνες, αποδεικνύοντας δηλαδή, αντίθετα με αυτά που λένε οι ακραίες φωνές στην Ευρώπη, ότι αυτό είναι ένα Κοινοβούλιο το οποίο δουλεύει με πειθαρχία και λογική.

Δεύτερο ποιοτικό στοιχείο είναι ότι για πρώτη φορά οι ανθρώπινοι πόροι αντικατοπτρίζουν τις αυξημένες ανάγκες που θα έχουμε για συναπόφαση με τη νέα Συνθήκη. Έχουμε λοιπόν ένα οργανόγραμμα με διαφάνεια, ξεκάθαρο.

Και το τρίτο είναι η κτιριακή πολιτική. Πιστεύω ότι εδώ πρέπει να είμαστε γενναιόδωροι. Όταν μιλάμε για απαμιστοποίηση, πρέπει να ξέρουμε ότι η ασφάλεια δεν έχει κόστος, δεν έχει τιμή. Πρέπει λοιπόν να είμαστε

γενναιόδωροι και έχυπνοι, έτσι ώστε να δουλεύουμε όλοι -και εμείς και οι συνάδελφοι των υπηρεσιών- σε ένα περιβάλλον που θα εξασφαλίζει την υγεία στο χώρο εργασίας.

Φυσικά, αυτή είναι η αρχή. Δεν είμαστε ακόμη έτοιμοι. Το φθινόπωρο θα έχουμε την πρώτη ανάγνωση. Πιστεύω ότι η πολύ καλή συνεργασία μεταξύ της Επιτροπής Προϋπολογισμών και του Προεδρείου γι' αυτά τα θέματα πρέπει να συνεχισθεί και περιμένουμε από το Προεδρείο να ευρίσκεται σε άμεση και αλ' ευθείας επαφή μαζί μας, έτσι ώστε τα επόμενα στάδια της 1^{ης} και της 2^{ης} ανάγνωσης να είναι πραγματικά σε σταθερό έδαφος.

1-085

Vladimír Maňka (PSE). – Blahoželám spravodajcovi ku kvalitnej správe. Tento rozpočet je špecifický tým, že musí zohľadniť nové významné skutočnosti. Ratifikáciu Lisabonskej zmluvy, voľby do Európskeho parlamentu, zavedenie nového štatútu poslancov, verím, že aj štatútu asistentov. Ale musíme zohľadniť a efektívne nastaviť aj parametre v oblasti politiky nehnuteľnosti vrátane výdavkov na údržbu a ochranu životného prostredia. Aby sme mohli správne rozhodnúť, potrebujeme v tejto oblasti dlhodobú stratégiju, ktorú budeme môcť posudiť už v budúcom mesiaci.

Naším hlavným poslaním je pripravovať kvalitnú legislatívu. Návrh systému riadenia vedomostí, služby v oblasti tlmočenia, prekladov a analytická služba knižnice prinesú vyššiu kvalitu a úsporu zdrojov. Aj to je dôvod, aby sme pred prvým čítaním rozpočtu mali k dispozícii všetky potrebné analýzy, na základe ktorých preukážeme našim občanom, že ich financie využívame zodpovedne.

1-086

Jan Mulder (ALDE). – Net als vele anderen ben ik ook van mening dat er zo snel mogelijk een statuut moet komen voor de assistenten van de parlementsleden. Dat kan ons in de toekomst een heleboel narigheid besparen.

Iets over de gebouwen. Toen wij een aantal jaren geleden in Straatsburg een aantal gebouwen aankochten, speelde het al dan niet vóórkomien van asbest een grote rol. Er werd een expertise uitgevoerd en gezegd: er is asbest in de gebouwen – dat is het geval bij alle gebouwen die in die tijd zijn gebouwd –, maar het is absoluut niet gevaarlijk. Op basis daarvan hebben wij de gebouwen aangekocht. Er werd op geen enkele wijze gezegd dat wij die asbest spoedig zouden moeten verwijderen.

Ik vind dan ook dat de administratie op de verkeerde weg is wanneer zij dat nu vraagt, want als het zou moeten gebeuren, dan moet het gebeuren op kosten van de gemeente Straatsburg. Zolang wij daarover geen zekerheid hebben denk ik niet dat wij op kosten van dit Parlement moeten beginnen aan het verwijderen van asbest uit deze gebouwen. Wij moeten eerst duidelijkheid hebben van de gemeente Straatsburg, want die moet het betalen.

1-087

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN). – Panie Przewodniczący! Zabierając głos w tej debacie chcę zwrócić uwagę na trzy kwestie.

Po pierwsze, jeżeli traktat lizboński zostanie ratyfikowany przez wszystkie państwa członkowskie, to rok 2009 będzie pierwszym okresem funkcjonowania Parlamentu w oparciu o ten traktat. Zwiększą się zarówno kompetencje samego Parlamentu Europejskiego, ale także pojawi się obowiązek konsultacji proponowanych aktów prawnych z parlamentami państw członkowskich. Spowoduje to zapewne wyraźny wzrost kosztów funkcjonowania: zatrudnienie dodatkowych pracowników, większe koszty ekspertyz czy konsultacji.

Po drugie, rok 2009 to także rok nowych wyborów do Parlamentu, a szczególnie wprowadzenie statutu posła, co niewątpliwie będzie wiązało się z wyraźnym wzrostem wydatków Parlamentu.

I wreszcie po trzecie, według szacunków ekspertów w roku 2009 średnia roczna inflacja w Unii wyniesie około 4 %, co będzie rzutowało na wyraźny wzrost kosztów rzeczowych funkcjonowania Parlamentu.

Mam nadzieję, że wszystkie te czynniki zostaną wzięte pod uwagę przy przygotowywaniu ostatecznego projektu budżetu Parlamentu Europejskiego.

1-088

Valdis Dombrovskis (PPE-DE). – Priekšsēdētāja kungs, godātie kolēģi! Runājot par 2009. gada Eiropas Parlamenta budžeta tāmi, es vispirms gribētu apsveikt ziņotāju ar to, ka viņa stingrā pieejā budžeta izdevumiem ir attaisnojusies un Eiropas Parlamenta kopējais izdevumu līmenis nākošgad nepārsniegs 20 procentus no kopējiem ES administratīvajiem izdevumiem. Tādējādi neraugoties uz 2009. gadā gaidāmajām izmaiņām Eiropas Parlamenta darbā — atbilstoši Lisabonas līgumam pieaugošs likumdošanas darba apjoms, deputātu atalgojuma sistēmas maiņa, kā arī sabiedrības informēšanas kampaņa saistībā ar Eiropas Parlamenta vēlēšanām — kopējais izdevumu apjoms saglabāsies iepriekš nospraustajās robežās. 2009. gada budžeta kontekstā vajadzētu arī reāli izvērtēt atsevišķu ambiciozu projektu atdevi. Pirmkārt te ir runa par Eiropas Parlamenta interneta televīzijas projektu. Lai izvērtētu šī un līdzīgu projektu lietderību, vajadzētu apkopot datus par Eiropas Parlamenta interneta televīzijas apmeklētību un cik tad īsti skatītāju ir piesaistīti par šiem daudz miljonu ieguldījumiem. Runājot par Eiropas Parlamenta komunikācijas politiku un gaidāmo sabiedrības informēšanas kampaņu,

lielāks uzvars būtu liekams uz decentralizētu komunikāciju caur Parlamenta informācijas birojiem dalībvalstīs. Tādā veidā komunikācija ar iedzīvotājiem dažādās dalībvalstīs notiek daudz efektīvāk nekā centralizēti. Paldies par uzmanību!

1-089

Brigitte Douay (PSE). – Monsieur le Président, une fois encore, dans ce débat budgétaire, il nous faut remercier M. Lewandowski pour son rapport très équilibré. Et une fois encore, je tiens à souligner l'importance de l'année 2009 pour la démocratie européenne, année qui verra le renouvellement du Parlement et de la Commission et qui sera donc une année essentielle pour la communication de nos institutions envers les citoyens.

Mais pour que ceux-ci se sentent intéressés, concernés par les questions européennes et qu'ils s'impliquent massivement dans le processus électoral, encore faut-il que la communication émanant des différentes institutions soit cohérente et lisible. Dans cette perspective, et pour la meilleure efficacité, une bonne coopération entre les trois principales institutions, qui communiquent directement ou d'une manière décentralisée par l'intermédiaire de leur représentation dans les États membres, est primordiale à un an des prochaines élections.

C'est dans cet esprit que mon groupe a déposé l'amendement n° 2 au rapport de M. Lewandowski. Il s'agit, en effet, d'un enjeu citoyen auquel nous sommes tous profondément attachés dans ce Parlement.

1-090

Ville Itälä (PPE-DE). – Arvoisa puhemies, kiiän mietinnön esittelijää Lewandowskia, joka on tehnyt erinomaista työtä, ja haluan kiinnittää muutamaan asiaan huomiota.

Avustajien järjestelmä: tuen sitä mitä mietinnön esittelijä on esittänyt. Hän toteaa täällä, että asia on tärkeää ja se on ratkaistava viimeistään tämän mietinnön kautta.

Ja sitten täällä puhuttuun asbestiongelmaan. Ennen kuin myönnätään mitään rahoitusta, on selvitetävä, kuka on vastuullinen, kuinka paljon rahaa todella tarvitaan, ja on oltava selkeä suunnitelma, miten tässä asiassa edetään. On ihan selvää, ettemme voi työskennellä rakennuksessa, josta yllättäen löytyykin asbestia, sen jälkeen kun me olemme sen itsellemme ostaneet.

Haluaisin myös kiinnittää huomiota siihen, että EMAS-järjestelmästä on puhuttu pitkään, mutta selkeät suunnitelmat tältä osin puuttuvat. Toivoisin myös, että parlamentin enemmistö on selkeästi päättänyt, että hallinto laatii esityksen siitä, että sijoitamme ympäristöystävällisempin kulkuneuvoihin – niihin, joita me täällä joka päivä käytämme – ja tältäkin osin suunnitelmat vielä puuttuvat.

1-091

Esko Seppänen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, hyväksyn periaatteessa tämän Lewandowskin mietinnön, mutta me äänestämme kuitenkin tyhjää johtuen siitä, että parlamentin budjetista äänestetään syksyllä lopullisessa muodossaan, ja parlamentin ensimmäinen budjettiehdotus on puutteellinen. Kokemuksemme mukaan se syksyllä täsmentyy, ja sen takia emme voi vielä ottaa kantaa lopulliseen muotoiluun, joka syksyllä tulee esiteltäväksi.

Kiinnitän myönteisessä mielessä huomiota pääsihteeri Rømerin lausuntoon, jonka mukaan matkakulukorvaukset tullaan seuraavassa parlamentissa maksamaan nimenomaan todellisten kulujen mukaan kaikilta osin, ja että tässä kohdin ei sovelleta minkäänlaisia välialkais- ja tilapäisratkaisuja.

Yhdyn Mulderin kritiikkiin Strasbourgin rakennusohjelmaa kohtaan, joka on meidän näkökulmastamme petos, jos me joudumme asbestiremonttiin.

1-092

Janusz Lewandowski, sprawozdawca. – Panie Przewodniczący! Po pierwsze pożądane, przejrzyste uregulowanie zasad wynagradzania asystentów nie powinno być terenem przetargu i sporu grup politycznych, gdyż jest to wspólna odpowiedzialność całego Parlamentu w sytuacji, w której zwraca się on w przyszłym roku o odnowienie mandatu zaufania. Po drugie klimat zaufania pomiędzy nami a Prezydium będzie tym lepszy im częściej i lepiej będziemy informowani ex-ante o przedsięwzięciach mających znaczenie finansowe. Po trzecie sens prac budżetowych polega właśnie na tym, aby przygotować się na najbardziej prawdopodobny scenariusz przyszłego roku. Odpowiedzią na niepewność jest rezerwa budżetowa i dotyczy to także niepewności związanej z traktatem lizbońskim i jego konsekwencjami.

1-093

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação terá lugar amanhã, 20 de Maio de 2008.

Declarações escritas (artigo 142º)

1-094

Nathalie Griesbeck (ALDE), par écrit. – Le rapport qui nous est présenté aujourd'hui vise à ce que les membres de notre institution se prononcent sur le budget prévisionnel du Parlement européen pour 2009.

Il s'agit d'une année charnière au cours de laquelle notre assemblée sera renouvelée, au cours de laquelle interviendront également d'importants changements dans le statut des députés et de leurs assistants, et surtout, de la première année d'entrée en vigueur du traité de Lisbonne qui confère à notre institution davantage de responsabilité et donc un travail accru.

Je souhaite apporter mon soutien au projet prévisionnel que nous a soumis le bureau du Parlement. Tout en tenant compte de l'augmentation des besoins financiers auxquels le Parlement sera confronté, ce projet nous maintient en deçà du seuil de 20% de la dépense prévue au titre V. Les efforts de rationalisation de notre administration doivent se poursuivre pour optimiser encore davantage son efficacité, notamment par le redéploiement des effectifs.

Je souhaite enfin souligner qu'une analyse d'impact des besoins engendrés par l'entrée en vigueur du traité simplifié est en cours et qu'il sera possible d'ajuster les crédits prévisionnels jusqu'au vote de la première lecture du budget à l'automne prochain.

1-095

22 - Comércio de matérias-primas e de produtos de base (debate)

1-096

Presidente. – Segue-se o relatório do Deputado Jens Holm, em nome da Comissão do Comércio Internacional, sobre o comércio de matérias-primas e mercadorias (2008/2051(INI)) (A6-0134/2008).

1-097

Jens Holm, föredragande. – Bästa ledamöter! Först ett stort tack till alla skuggföredraganden för ett gott samarbete.

Vi har alla tagit del av bilderna från den senaste tidens hungerskris. På kort tid har jordbrukspriserna, inte minst på livsmedel, skjutit i höjden. Detta kommer som ett dråpslag mot många utvecklingsländer som är kraftigt beroende av livsmedelsimport och redan tidigare levde på marginalen. Förhoppningsvis kan detta betänkande om internationell handel med råvaror hjälpa till att råda bot på en del av dessa problem. Att utrota hungern och fattigdomen är ju åtaganden som vi har slutit upp bakom i och med undertecknandet av de s.k. millenniemålen. FN:s generalsekreterare Ban Ki-moon varnade nyligen för att de höjda livsmedelspriserna äventyrar millenniemålens viktigaste målsättning, nämligen att halvera fattigdomen i världen. Så det är hög tid för snabba åtgärder.

Inte minst den senaste tidens livsmedelskris har visat att i synnerhet mat inte är vilken råvara som helst. Om inte ens ett elementärt krav om att mänsklig mat inte är tillräcklig för att överleva kan uppfyllas blir retoriken om utveckling inte mycket värd. Man bör därför vara försiktig med att göra livsmedel till en internationell handelsvara som andra. Ändå har världens utvecklingsländer tvingats att avreglera sin livsmedelspolitik och gå från produktion för nationella behov till exportproduktion. Detta är politik från IMF, Världsbanken, USA och också EU, som har pressat fram dessa krav. Genom att avskaffa skyddstullar och subventioner har många utvecklingsländer blivit extremt sårbara för kraftiga prisfluktuationer på livsmedel och råvaror. Ta t.ex. Haiti, som tidigare var självförsörjande på ris. År 1995 tvingade Internationella valutafonden detta land att sänka ristullarna. In strömmade statssubventionerat ris från USA och den lokala produktionen slogs sönder. Idag är tre fjärdedelar av allt ris som konsumeras i Haiti importerat från USA.

Detta betänkande hoppas jag kan ge oss verktyg för att möta de problem och utmaningar som den osäkra råvaruhandeln ger oss. Några av de saker som vi fokuserar på i detta betänkande är stöd till utvecklingsländerna att diversifiera sina ekonomier så att de kommer ifrån en situation där de enbart exporterar en eller två råvaror till att tillåta en mera avancerad produktion med mer förädlade produkter. Det talas också om vikten av policyutrymme i utvecklingsländerna. Det måste innebära att dessa länder faktiskt har möjlighet och ekonomiskpolitiska verktyg att t.ex. stödja en utveckling av det inhemska jordbruket. Vi kräver också att EU-kommissionen ser över finansieringssystemet Flex som har till syfte att stabilisera priserna på råvaror. Vi tar också upp jämställdhetsdimensionen i handeln med råvaror, eller snarare bristen på den. Det är otroligt viktigt att vi alltid tar hänsyn till just genusdimensionen när internationella handelsavtal ska förhandlas fram.

Detta betänkande rör också rätvis handel. Rätvis handel kan användas som ett redskap just för att stödja småskaliga producenter i utvecklingsländer samt att öka pressen på en höjning av sociala och miljömässiga standarder i dessa länder. Vi kräver att alla EU:s institutioner tillämpar principen om rätvis handel i sin offentliga upphandling och andra uppköp.

Vi tar också upp problemet med den växande animaliekonsumenten, d.v.s. att kött- och mejeriprodukter efterfrågas allt mer och att detta leder till en ökad efterfrågan på spannmål till djuruppfödning istället för till att föda mänsklig mat.

Det finns en hel del andra saker som vi också tar upp. Jag skulle slutligen vilja säga att detta arbete har blottat EU:s verkliga ansikte. Medan vi på vår kant har försökt att tala om utvecklingsländernas behov och villkor har den europeiska

industrin med hjälp av sina representanter i Europaparlamentet försökt att föra fokus till företagens kortsiktiga kommersiella intressen om att ha en stabil tillgång på billiga råvaror.

Jag vill uppmana alla att bifalla de ändringsförslag som kommer från vänstergruppen, socialisterna och de gröna. I synnerhet ändringsförslag nr 20 och 21 är viktiga. Då kan vi balansera detta betänkande så att vi får en starkare utvecklingsdimension.

1-098

Janez Potočnik, Member of the Commission. – Mr President, I should like to thank Parliament for giving us the opportunity to discuss access to raw materials, which is an issue that is high on the European Union agenda, especially in the light of our competitiveness agenda. Let me first thank the rapporteur and the shadow rapporteurs for the report, which embraces numerous areas such as climate change, poverty alleviation and development.

Development is indeed a key issue in this context. I will therefore briefly touch on development issues, before addressing our concerns and actions regarding the proliferation of measures restricting access to raw materials.

The fight for poverty alleviation and development, as well as food security, is high on the Commission's agenda. You are well aware that the European Union is the world's largest donor of development funding. Also in the specific field of raw materials, the Commission has undertaken several development-oriented programmes: for instance, through FLEX, the Commission supports developing countries' national budgets, where there has been a drop in export-related fiscal revenue.

The Commission also promotes the transparent management of tax revenues generated by the exploitation of raw materials and natural resources through several initiatives such as EITI, the Kimberley Process and the FLEGT programme. Let me also refer to our Everything But Arms programme, which grants duty-free access to imports of all products from least developed countries (except arms), allowing them to diversify their exports.

Let me now turn to our key concern, which is from the trade perspective. It takes two to trade. We need to import and we need to export. It is therefore critical to ensure that access to raw materials in third countries is free from unjustified distortions such as quotas, export duties and export bans.

Today, unfortunately, this is not the case. On the contrary, third countries' appetite to impose export restrictions is increasing. Our specific concerns are those imposed by some key emerging economies as part of their aggressive industrial policy objectives. Let me underline that we are not focusing on poorer developing economies but rather on large emerging economies.

Measures imposed by these countries result in distorted competition at global level which damages European industry. Unfortunately, the size of the problem is growing. By now at least 20 countries have put in place measures affecting exports of importance to the European Union. We have counted over 450 restrictions affecting various raw materials. Most, if not all, European industrial sectors are concerned, directly or indirectly.

What can be done? The work carried out so far shows that there is no quick-fix solution even if the elimination of export restrictions is high on our agenda already, be it in bilateral free trade agreements or in the World Trade Organisation, but we will do more.

First, it will be important to develop an overall strategy for access to raw materials. In this respect, the Commission is working on a communication which will include an important trade component. Any such strategy evidently should fully and coherently take up all policy areas, including critical issues such as food security, development and the environment.

All means will have to be used to their maximum. A sustainable and coherent policy on access to raw materials would therefore combine: firstly, negotiations securing international commitments in the WTO and bilateral context; secondly, enforcement of WTO rules and existing agreements; and thirdly soft measures such as dialogue and alliance-building. While none of these elements is new, it is their combination and their coherent use which will determine their strength. This will be discussed at a conference with stakeholders later this year.

Considering the importance of access to raw materials, the Commission welcomes the discussions in Parliament on this issue. The Commission particularly welcomes the amendments to the first draft of the report. The report now highlights more clearly the significance of this issue. It proposes ways to tackle this issue in a constructive manner, such as enforcement of agreements and negotiations with partner countries. We stand ready to fully cooperate with Parliament in designing and implementing our further strategy.

1-099

Daniel Caspary, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Ich freue mich sehr, dass Sie, Herr Potočnik, uns heute zur Verfügung stehen. Kommissar Mandelson zieht es ja wieder einmal vor, zu irgend welchen wichtigen Konferenz in der Welt zu reisen, statt mit uns im Parlament über für die europäische

Industriepolitik wesentliche Dinge zu diskutieren. Umso begeisterter bin ich, dass Sie das Thema deutlich besser und klarer und zukunftsgerichteter dargestellt haben, als es unser Handelskommissar je hätte tun können.

Ich freue mich sehr über das Ergebnis, das wir in den Ausschussberatungen erzielt haben, denn der Berichterstatter hat leider in seinem ursprünglichen Entwurf bei all den positiven Aspekten, die er im Hinblick auf die Entwicklungsländer diskutiert hat, unsere Industrieinteressen vollkommen aus den Augen verloren. Wir haben im Außenhandelsausschuss diese industrielpolitischen Interessen in einem ersten Teil des Berichts ergänzt. Die Kerninhalte sind mittlerweile auch eindeutig. Wir müssen eine klare Ausrichtung an der Sicherung der Rohstoffversorgung der europäischen Industrie haben. Wir haben hier – wie der Herr Kommissar zu Recht ausgeführt hat – große Schwierigkeiten.

Im Bereich der WTO brauchen wir dringend bessere Regelungen mit dem Ziel, möglichst Verbote von handelsverzerrenden Maßnahmen wie Exportzöllen einzuführen. Wir brauchen einen freien Marktzugang zu den Rohstoffen auf dem Weltmarkt. Es ist untragbar, wenn Länder wie China und andere Staaten Rohstoffe zu industrielpolitischen Zwecken missbrauchen.

Wir müssen alles daran setzen – in den multilateralen Verhandlungen, aber auch in bilateralen Verhandlungen –, dass wir diese Marktzugänge auch tatsächlich offen halten. Dass die Kommission beim WTO-Beitritt der Ukraine eingeknickt ist und Exportzölle teilweise toleriert hat, ist untragbar und ein schlechtes Beispiel. Dass wir beim WTO-Beitritt Saudi-Arabiens *dual pricing* akzeptiert haben und unsere europäische petrochemische Industrie deswegen Riesenschwierigkeiten hat, ist untragbar. Wenn ich mir ansehe, was im Moment bei den Verhandlungen im Hinblick auf den WTO-Beitritt Russlands passiert, dann bin ich auch nicht sehr hoffnungsvoll und wünsche mir, dass die Kommission hier wirklich darauf achtet, dass es nicht zu weiteren handelsverzerrenden Maßnahmen kommt.

Herzlichen Dank noch mal allen Kollegen für den Bericht! Ich hoffe, dass wir in der Plenarabstimmung morgen nicht allzu viel verändern.

1-100

PRESIDENZA DELL'ON. LUISA MORGANTINI
Vicepresidente

1-101

Francisco Assis, em nome do Grupo PSE. – Quero começar por saudar o senhor relator. As dificuldades que hoje se verificam no acesso às matérias-primas são, em grande parte, resultado de uma alteração estrutural que se tem verificado nos seus respectivos mercados e que tem que ver com modificações que ocorreram na economia internacional.

O mercado de matérias-primas evoluía tradicionalmente de forma cíclica, passando de períodos de penúria para períodos de escassez e alcançando alguns pontos de equilíbrio. Hoje, estamos, aparentemente, a começar a ficar confrontados com uma situação nova, que é uma situação de penúria estrutural que, em grande parte, é resultado de um aumento brutal da procura que resulta da circunstância de vários países emergentes estarem a avançar rapidamente em processos de industrialização e de urbanização.

É evidente que se devem fazer apelos no sentido de, em sede própria, no quadro sobretudo da Organização Mundial de Comércio, se conseguirem alcançar consensos tendo em vista facilitar o acesso às matérias-primas. Mas isso não nos pode fazer perder de vista uma outra questão essencial: é que estamos hoje confrontados com uma situação nova ao nível destes mercados e que se manifesta na área dos alimentos, como se manifesta ao nível da própria energia. Isso obriga-nos a nós, União Europeia, que somos grandes importadores de matérias-primas, a olhar para esta questão com especial preocupação e obriga-nos desde logo, por um lado, a ver o impacto que isto pode ter em todo o mundo, porque pode levar a uma pressão excessiva no consumo de matérias-primas com consequências ambientais e de organização económica e social nos países em desenvolvimento muito negativas, mas também nos deve obrigar a nós, União Europeia, a olharmos para o nosso próprio interior e percebermos as nossas dificuldades.

Isto coloca-nos duas questões que parecem fundamentais. Uma tem que ver com a necessidade de nós, a prazo, promovermos uma revisão do nosso próprio modelo de desenvolvimento económico, porque ele não é comportável com uma situação em que há uma sobreexploração das matérias-primas. Em segundo lugar, também nos deve levar a apostar mais fortemente na investigação científica aplicada, tendo em vista garantir uma maior inovação, tendo em vista a reciclagem das matérias-primas, tendo em vista encontrar novas respostas para novos problemas que esta situação de penúria estrutural nos está a criar.

1-102

Zbigniew Zaleski (PPE-DE). – Natura nierównie rozmięściła na globie surowce pod ziemią, pożywienie i drzewa na jej powierzchni, a także ryby w wodzie. Ludzkie potrzeby są podobne, ale dla ich zaspokojenia konieczna jest solidarna eksploatacja zasobów i przemieszczanie ich w ramach międzynarodowego handlu. Sprawozdanie Holma mówi wiele na ten temat. Chcę zwrócić uwagę na kilka aspektów nawiązując do kolegi Caspariego.

Po pierwsze, rozsądna eksploatacja ograniczonych dóbr. Powtarzam: ograniczonych dóbr.

Po drugie, ochrona surowców przed wykradaniem, przed neokolonialnym wywożeniem z krajów biednych, szczególnie z Afryki. Nie mamy przejrzystości handlu tymi surowcami, prowadzonego tam przez Chiny, a także przez innych aktorów.

Tercio, gospodarka tymi surowcami powinna mieć na celu rozwój krajów biednych. To jest nasz główny cel. Korzyści winny obejmować mieszkańców, a nie tylko przedstawicieli władzy i duże, międzynarodowe koncerny.

Quarto, Unia winna prowadzić taką politykę handlu surowcami, aby nie stawać się zakładnikiem na przykład Rosji, jeżeli chodzi o gaz, a w przeszłości może Brazylii, jeżeli chodzi o cukier.

Quinto, absolutnie wspólna odpowiedzialność spada na wszystkich partnerów za eksploatację zasobów morskich. Niektóre gatunki ryb, jak wiemy, są już zagrożone wyginięciem. Podobnie z drzewostanem w Azji i Amazonii.

W konkluzji, Pani Przewodnicząca, wolny, sprawiedliwy handel musi mieć za przewodnie hasło odpowiedzialność za eksploatację ograniczonych dóbr naturalnych, tak by przyszłe pokolenia też miały do nich dostęp jako niezbędnych dla egzystencji. Podobnie trzeba pomóc krajom biednym w rozwoju technologii podstawowych produktów żywnościowych. I w tym zakresie Europa może wiele, wiele zrobić.

1-103

Маруся Иванова Любчева (PSE). – Г-жо председател, г-н комисар, отчитайки ролята на търговията в глобализация се свят, трябва да подкрепим усилията към насърчаване на лоялната търговия и на всички инициативи, които допринасят за устойчивото икономическо развитие.

Цените на сировините оказват влияние върху развитието на пазарите и в редица случаи предизвикват влошено икономическо развитие, особено в страни с дефицит на собствени сировинни източници. Това се отразява върху цялото състояние на пазара, достъпност до сировините.

Очакваните високи нива на цените на петрола и електроенергията могат и трябва да бъдат преодолявани с ефективни технологии както при добиването, така и при преработката на сировини. От тази ефективност, както и от прилагането на иновации и поддържане на силен изследователски сектор, зависи подобряване на състоянието и възможността на пазара, подобряване на диверсификацията и сигурността.

По отношение на търговията със селскостопански продукти трябва да се обърне сериозно внимание на механизма за отстраняване на тиска върху производителите, поради дисбаланса между изкуплите цени на селскостопанските продукти и сировини и цените им на пазара. Това деформира пазара, но и означава че той има своята социална цена.

1-104

Glyn Ford (PSE). – Madam President, it is a pleasure to speak on Mr Holm's report on trade in raw materials and commodities. Last month I had the privilege of attending, on behalf of Parliament, the UNCTAD XII Conference in Accra. From that conference there came a cry for help for the world's poor.

Escalating food prices are increasingly leading to rioting on the streets, and we need a fresh approach if we are to deal with this situation. The new crisis threatens to kill more in a day than have died from terrorism in the six years since 9/11. Politicians and governments may not yet have noticed, but the world's poor are seeing their children increasingly go hungry. The impact will be particularly acute in Africa, where commodity prices have more than doubled in the last 12 months and continue to soar owing to speculation, shortages and changing patterns of production. The root causes are growing demand from East Asia and the supply consequences of a failure to invest in agriculture. Climate change, written in the language of floods, droughts and record-breaking temperatures, is only making the situation worse, particularly for the world's poorest. It is therefore my hope that we adopt this resolution.

1-105

Γεώργιος Παπαστάμκος (PPE-DE). – Κυρία Πρόεδρε, η πρόσβαση σε πρώτες ύλες είναι -πράγματι- ζωτικής σημασίας για την ευρωπαϊκή οικονομία και ανταγωνιστικότητα, δεδομένου μάλιστα ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση εξαρτάται σε σημαντικό βαθμό από τις εισαγωγές πρώτων υλών από τρίτες χώρες.

Η αντιμετώπιση των φραγμών που θέτουν τρίτες χώρες στην πρόσβαση της Ένωσης σε αγορές πρώτων υλών, πρέπει να αποτελέσει προτεραιότητα στο πλαίσιο, τόσο των τρεχουνσών διαπραγματεύσεων στον Παγκόσμιο Οργανισμό Εμπορίου, όσο και των εν εξέλιξει διαπραγματεύσεων διμερών συμφωνιών ελευθέρου εμπορίου.

Τέλος, θεωρώ αναγκαίο, κυρία Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, να υπάρξουν υποστηρικτικοί μηχανισμοί και μεταφορά τεχνογνωσίας στις αναπτυσσόμενες χώρες, ως προς τη βιώσιμη και διαφανή διαχείριση της εκμετάλλευσης πρώτων υλών και φυσικών πόρων.

1-106

Σταύρος Αρναουτάκης (PSE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, είναι γεγονός ότι η ανταγωνιστικότητα των ευρωπαϊκών μας επιχειρήσεων εξαρτάται σε σημαντικό βαθμό από την προμήθεια πρώτων υλών. Απαιτείται, λοιπόν, σήμερα μια ολοκληρωμένη στρατηγική που θα εξασφαλίζει την πρόσβαση στις παγκόσμιες αγορές και η οποία ταυτόχρονα θα διασφαλίζει τη διεθνή συνεργασία, το θεμιτό ανταγωνισμό και το δίκαιο εμπόριο, το σεβασμό των περιορισμών που βασίζονται σε σοβαρά αναπτυξιακά κίνητρα στις λιγότερο ανεπτυγμένες χώρες, την προαγωγή επενδύσεων για την έρευνα και την ανάπτυξη τεχνολογιών φιλικών προς το περιβάλλον καθώς και για την ανακύκλωση.

Στόχος μας πρέπει να είναι η αειφόρος ανάπτυξη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά, και η αλληλεγγύη προς τις πτωχότερες χώρες του κόσμου.

1-107

Brian Crowley (UEN). – Madam President, I would like to thank the rapporteur for the work he has done on this report. There are three key elements that I see.

First of all there is global competition for the raw materials and commodities. We have to realise at European level that we have to be better placed to do bilateral agreements and bilateral deals if we want to succeed in getting access to these commodities.

Obviously the issue of the world trade talks is very important with regard to the long-term developments, but further leverage can be gained through our economic partnerships with the developing world. I would also caution that the giving-up of certain rights under the world trade talks for short-term access to raw materials and commodities could be to the detriment of a lot of our industry in the European Union and in particular to our agriculture.

Finally, as our previous colleague said, fairness is the most important consideration of all. We have to invest now in the developing-world countries to allow them to succeed – not just this year and next year because of the high price of oil and gas, but in 20 years' time. That should be linked to investment in their countries in education and health care for their people, to stop further problems all along the line.

1-108

Janez Potočnik, Member of the Commission. – Madam President, I would like to thank the honourable Members for their interventions. They have been quite clear on the challenges we face. It is also quite clear, on the one hand, that we have to ensure the balanced development of our work, thus focusing especially on the poorer countries and establishing the fairness that Mr Crowley talked about; on the other hand, we also have to secure fair trade rules for access by our industry to raw materials. It is a fact that the European Union is a net importer of raw materials and that it will remain so.

We are now facing stronger competition on our supply markets, as well as rising prices owing to heightened competition from a number of emerging economies. At the same time, those emerging economies are raising barriers to access to their raw materials, thereby distorting competition. Fair access to raw materials under transparent conditions is therefore an essential part of the equation in our global competitiveness strategy.

The Commission's intention in the years to come is to use all the available instruments to maintain a sustainable supply of raw materials for our industries. In doing so, it will pursue a comprehensive and balanced strategy. As Parliament rightly emphasises, that strategy must take into account not only the interests of our industries and our competitiveness, but also the interests of the poorer countries.

As regards the development angle, we must, and will, make a distinction between, on the one hand, justified measures maintained by poorer developing countries, such as export taxes, which are indispensable for those countries' budgets and, on the other hand, measures imposed by emerging economies as part of their industrial policy and which distort competition on world markets.

I appreciate Mr Assis' comment on R&D commitments, which also need to be increased in this connection. I would like to thank Parliament for supporting us on this policy. We will keep you informed on the further implementation of our strategy.

1-109

Jens Holm, föredragande. – Kommissionsledamot Janez Potočnik, vi ser fram emot kommunikén från kommissionen och konferensen. Det är bra att ni vill trycka på livsmedelssäkerheten, miljön och utvecklingsdimensionen!

Francisco Assis, jag håller helt med om att vi måste se över vår ekonomiska modell.

Zbigniew Zaleski, jag instämmer i att handeln inte får innehåra en form av nykolonial stöld av råvaror från utvecklingsländerna. Därför uppmanar jag Zbigniew Zaleski, och alla andra, att särskilt bifalla ändringsförslag nr 20 och 21. Titta extra noga på dem.

Titta även på ändringsförslag nr 26 som handlar om biobränsle. Där kräver vi miljömässiga och sociala krav på biobränslen. Det är ett stort problem att allt mer spannmål används för att producera kött, alltså att man föder upp djur med spannmål, men också att allt mer spannmål används till att framställa bränsle till våra bilar.

Det är en uppmaning till kommissionen – vi vill ha åtgärder för att minska privatbilismen och köttkonsumtionen så att vi får mer spannmål att föda människor med!

I betänkandet kräver vi skyndsamma åtgärder mot klimatförändringarna. Även handeln måste ta sitt ansvar. Vi måste reducera alla onödiga utsläpp och minska transporterna. En stor del av handeln sker med produkter som lika gärna skulle kunna produceras lokalt. Vi behöver handla mer med grön teknik och smart miljöteknik. Om vi inte gör det och om inte handeln tar sitt ansvar, då har vi snart inga råvaror kvar att handla med och då har vi heller ingen mat kvar att äta. Det är otroligt viktigt att vi faktiskt tar vårt klimatansvar fullt ut!

1-110

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì 20 maggio 2008.

1-111

23 - Creazione dell'impresa comune "Celle a combustibile e idrogeno" (discussione)

1-112

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Pia Elda Locatelli, a nome della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia sulla proposta di regolamento del Consiglio che istituisce l'impresa comune "Celle a combustibile e idrogeno" (COM(2007)0571 - C6-0446/2007 - 2007/0211(CNS)) (A6-0145/2008)

1-113

Janez Potočnik, Member of the Commission. – Madam President, first and foremost, I wish to express my gratitude to Parliament and particularly to the rapporteur, Pia Locatelli, and also to Teresa Riera Madurell, who will be replacing her, for supporting our proposal for setting up the Fuel Cells and Hydrogen Joint Undertaking.

Let me also thank each of the shadow rapporteurs for their constructive support, as well as the Committee on Budgets for its opinion.

The Fuel Cells and Hydrogen Joint Undertaking will have two founding members: the Industry Grouping and the Community. Private industry has established the Industry Grouping, and its members represent a major share of Europe's fuel cell and hydrogen companies, such as car manufacturers, energy providers, developers of fuel cells and developers of their applications. All sizes of companies are represented – from micro to multinationals.

The cooperation between the Commission and industry during the preparation of the regulation has clearly shown the strong driving force of the industry concerned. The assurance from the public side to provide stable funding on a long-term basis will provide additional confidence. As a result, we can expect a commitment of considerable additional resources from the private sector.

In addition to the two founding members of the Joint Undertaking, universities, research centres and other research organisations are presently establishing a Research Grouping that is expected to become the third member of the Joint Undertaking. Representation of the Research Grouping on the Joint Undertaking Governing Board was considered necessary owing to the importance of fundamental research to this Joint Technology Initiative (JTI).

In total, it has been estimated that the creation of this JTI will speed up, by up to five years, the delivery of robust hydrogen supply and fuel cell technologies, developed to the point of commercial take-off within the time-frame 2010-2020.

I also want to mention its relevance to our efforts in the area of energy technology acceleration, as this JTI is a very interesting model for some of the industrial initiatives that we have proposed be set up under the Strategic Energy Technology Plan.

The opinion of Parliament includes a number of very pertinent suggestions for amendments. One example is the underlining of the importance of breakthrough research. Fundamental research will be included in the R&D programme, and that will increase the probability of achieving progress and success.

Another example is clarification of the participation of the Joint Research Centre (JRC) in the activities of the Joint Undertaking. The JRC has wide competence in several areas that are of importance, and its strong future involvement will strengthen the Joint Undertaking's research.

Both the Council and the Commission look forward to receiving your input and opinion, as everyone is eager to move ahead and start implementing this important initiative without delay.

1-114

Presidente. – Avrebbe dovuto in realtà prendere la parola ora Pia Elda Locatelli come relatrice, ma aveva nominato come sostituta Teresa Riera Madurell, che però ancora non vediamo e ne lamentiamo molto l'assenza.

Quindi passo direttamente la parola agli oratori a nome dei gruppi.

1-115

Jan Březina, on behalf of the PPE-DE Group. – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur, Mrs Locatelli, for her very thorough and detailed work on this report, which deals with one of the main strategic technologies for our energy future.

I really welcome the initiative of the Hydrogen and Fuel Cells Technology Platform, the key player in achieving success. The concept of JTIs was introduced in the Seventh Framework Programme as a new mechanism to implement long-term, public-private partnership in research at European level. Up to now, four JTIs have been set up in the field of innovative medicines, embedded systems and so on. With this proposal, the fifth JTI will be set up in the field of fuel cells and hydrogen.

Faced with challenges such as electricity security, energy dependency and the often discussed mitigation of climate change, the EU needs to boost the development and deployment of cleaner and more efficient energy technologies. Fuel cells and hydrogen technologies have the potential to contribute significantly towards these goals. The non-existence of a joint European strategy has until now disqualified Europe from keeping up with the Asian countries and the United States.

As regards amendments, I support those which have been tabled in order to strengthen the proposal and to provide coherence with the other JTIs. From my own experience and communication with SMEs, I especially support amendments that put more emphasis on the innovative potential of SMEs and the specific barriers that they encounter, for example in reduced access to research infrastructure. They also need to stress the importance of breakthrough-oriented research. As was mentioned in the Implementation Plan, especially in the early stages research should form an important element of the activities of the JTIs.

In my view, this joint initiative of the public and private sector is the right path to take in order to become more competitive with the USA and other countries which have a tradition and development strategy for hydrogen research.

1-116

Silvia-Adriana Țicău, în numele grupului PSE. – Doresc și eu să felicit raportorul și să subliniez importanța acestui document. Această inițiativă este extrem de importantă pentru activitatea de cercetare. Din păcate, adesea există fonduri insuficiente sau uneori inadecvat utilizate. Contribuția maximă a comunității europene la cheltuielile administrative ale acestei întreprinderi comune va fi de 470 milioane de euro. Este posibil ca și după anul 2013 să se acorde noi fonduri, dar numai pentru proiectele pentru care s-a semnat un acord de finanțare până la 31 decembrie 2013.

Vreau să subliniez faptul că această întreprindere comună este deosebit de utilă pentru că ea implementează și este parte a Programului cadru de cercetare în special în domeniul temelor energie și transport, inclusiv aeronaumatică. Consider că acest raport este extrem de important pentru că el sprijină în mod coordonat activitățile de cercetare, de dezvoltare tehnologică, dar această inițiativă, de asemenea, va sprijini punerea în aplicare a priorităților de cercetare în domeniul comunicațiilor și tehnologiei informației privind pilele de combustie și hidrogenul, dar, de asemenea, va încuraja și sporirea investițiilor publice și private în cercetarea în domeniul tehnologiei pilelor de combustie și hidrogenului din statele membre și țările asociate.

1-117

Владко Тодоров Панайотов, от името на групата ALDE. – Европа трябва да преодолее климатичните промени и да гарантира доставките на природни ресурси. В условията на непрекъснато покачващи се цени на сировините и стоките тази задача се оказва изключително трудна.

Има решение и това са новите технологии, които ще доведат до превантивно намаляване на вредните емисии, от една страна, и по-ефективно и икономично използване на сировините, от друга. По този начин Европа ще има водеща роля при преодоляването на глобалното затопляне и ще запази конкурентоспособността си на глобалния пазар на сировини. Ето защо трябва да се инвестира повече в изследванията и новите технологии, имайки предвид конкретния потенциал на всяка една държава-членка.

Новите технологии, в частност водородните технологии и развитието на горивните елементи, ще имат решаващо значение за преодоляване на недостига на енергийни източници, опазването на околната среда и постигането на критериите, залегнали в протокола от Киото. Ние трябва да имаме предвид обаче, че тези технологии изискват

използването на метали като платина, паладий, злато и други, които са съставна част от разработваните нови устройства и съоръжения. Само чрез внедряването на нови, високоефективни и безопасни за околната среда методи за получаване и рециклиране на тези метали може да се достигне необходимото ефективно и устойчиво развитие на водородните технологии и горивните елементи.

Създаването на съвместна организация би трябвало да интегрира усилията на всички страни, които имат опит както в директното разработване на водородните технологии и горивните елементи, така и в технологията за устойчив и природосъобразен добив на необходимите сировини. Необходимо е настъпването на новите страни-членки, които имат значителен опит в това, каквато е България, в която има научни колективи, работи дълги години в това направление със значителни успехи.

1-118

Zdzisław Kazimierz Chmielewski (PPE-DE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Trudno nie zgodzić się z próbą poszukiwań korzystnych regulacji prawnych prowadzących do ustanowienia wspólnego przedsięwzięcia w dziedzinie ogniw paliwowych i technologii wodorowych. Ciekawe sprawozdanie pani Locatelli kwalifikuje tę inicjatywę jako interesujący przykład partnerstwa publiczno-prywatnego, którego celem jest wdrożenie wspólnej inicjatywy technologicznej. W opinii przesłanej na moje ręce, Rada potwierdziła jednak ogromną złożoność wyzwania technologicznego w zakresie praktycznego stosowania tych ogniw. Przed ekspertami pojawia się zatem niezmiernie trudne zadanie włączenia się do trudnych badań gwarantujących skuteczność. Niektórzy naukowcy przewidują na przykład wystąpienie istotnych ograniczeń związanych z zastosowaniem ogniw paliwowych. Przyjmując założenie, że wodór jest tylko nośnikiem energii, należy pamiętać, że jego praktyczne zastosowanie np. w ogniwach paliwowych wymaga każdorazowo wykorzystania innych źródeł energii pozwalających wytworzyć ten nośnik. Jeśli pokonamy tę trudność, wyłaniają się następne, chociażby w postaci konieczności poszukiwania odpowiednich technologii przechowywania wodoru lub jego transportu.

Zwracam uwagę na tę kwestię w kontekście dalszych prac legislacyjnych nad opiniowanym przez Parlament Europejski dokumentem, także po jego wyjściu z Parlamentu. Powiem to wprost, niejako na marginesie: mój główny ekspert twierdzi, że to się nie uda.

1-119

Janez Potočnik, Member of the Commission. – Madam President, I should like to thank the honourable Members for their comments. I would also like to say that in introducing the Joint Technology Initiatives we are truly starting out with a new concept. I sincerely hope that it works, because this new approach should be instrumental in bringing some new realities to Europe.

What we are introducing is actually a move from financing projects to financing programmes, and stronger support in the private-public partnership, and I mean 'private-public' partnership, because it is clear that initiatives and strategic research agendas are coming from technology platforms which have formed the basis for these Joint Technology Initiatives. Working together is a must, and what I am seeing in these Joint Technology Initiatives is groupings actually coming together on a European Union scale. Some of the major competitors in Europe are coming together so that, in this pre-competitive phase, they are able to pool their knowledge and strengthen Europe on the global map.

I would also like to say, in this context, that this specific technology initiative is extremely important because it relates to the energy sector, and every day we are reminded of the importance of that sector.

One of the most important objectives of the European Strategic Energy Technology Plan (SET Plan) is to accelerate the development and implementation of low-carbon technologies. I know that you are working on your opinion on the SET Plan, and am very much looking forward to hearing your views. As I said earlier, The Fuel Cells and Hydrogen JTI is an interesting model for other areas and will certainly become part of the SET Plan, once it is be approved.

Hopefully we will see the difference this makes in the future. One last thing I would like to mention, as I do not know whether the interpretation was correct, is that the European Commission will contribute up to EUR 470 million for the six years this Joint Technology Initiative is to be implemented and, of course, expects that figure to be doubled by the private sector, which will also contribute to this endeavour.

1-120

Presidente. – Certamente Riera Madurell non è qui, ma sono sicura la relatrice Pia Elda Locatelli si metterà in contatto perché le cose che ha detto il Commissario sono estremamente importanti.

La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà martedì alle 12.00.

1-121

Péter Olajos (PPE-DE), írásban. – Az elmúlt ötven évben a Föld népessége megkétszereződött, az energiafogyasztás pedig a négyeszeresére nőtt. Ezért nincs más út, mint üdvözölni és minden eszközzel támogatni az Üzemanyagcella- és Hidrogéntechnológiai Közös Vállalkozás létrehozását.

Megértem Haug képviselő asszony aggodalmait a finanszírozást illetően, azonban az anyagiak nem állhatnak e kezdeményezés útjában. A kulesszavak: innováció és életmódváltás. Ez pedig pénzbe kerül. Viszont megtérül. A modern gazdaságokban az innováció az éves GDP-növekedés 70–80%-át adja!

Hogy miért fektessünk be a hidrogénbe? Mert köztes energiahordozó. "Készletei" nem fogyhatnak el, az Univerzum leggyakoribb eleme. Azonban csak akkor tekinthető a fosszilis energiahordozók alternatívájának, ha megújuló energiákból, versenyképes áron tudjuk előállítani, és ez alatt nem bocsátunk a légkörbe szén-dioxidot vagy más üvegházhatású gázt.

Kanadában és az Egyesült Államokban már 2002-ben felismerték ennek fontosságát. Ott már többszázezer "biojárgány" rója az utakat, és folyamatosan bővül a hidrogéngázt szolgáltató töltőállomások száma. Az Unióban körülbelül 18 ezer környezetbarát modell található. A töltőállomás-lefedettség említésre sem méltó.

A végső leszakadást elkerülendő nem várhatunk e technológia és üzemanyag támogatásával, cselekedni kell. Ezúton is meghívom kollégáimat a jövő héten, május 28-án délután a Parlamentben rendezendő Greenovációs konferenciámra, ahol a tanácskozást követően a résztvevők utazhatnak is egy hidrogénbuszon és egy hidrogénautóval.

1-122

24 - Fondo comunitario del tabacco (discussione)

1-123

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Sergio Berlato, a nome della commissione per l'agricoltura e lo sviluppo rurale, sulla proposta di regolamento del Consiglio recante modifica del regolamento (CE) n. 1782/2003 per quanto riguarda il trasferimento dell'aiuto al tabacco al Fondo comunitario del tabacco per gli anni 2008 e 2009 e del regolamento (CE) n. 1234/2007 per quanto riguarda il finanziamento del Fondo comunitario del tabacco (COM(2008)0051 - C6-0062/2008 - 2008/0020(CNS)) (A6-0164/2008).

1-124

Sergio Berlato, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, la proposta della Commissione europea prevede in sostanza di estendere la trattenuta del 5% operata sugli aiuti accoppiati al tabacco anche per la campagna 2008-2009 e di utilizzare questi fondi per proseguire il finanziamento del Fondo comunitario per il tabacco che finanzia esclusivamente programmi d'informazione con l'obiettivo di migliorare le conoscenze dei cittadini europei sugli effetti nocivi del consumo di prodotti da fumo.

Ritengo preliminarmente opportuno sottolineare alcuni elementi oggettivi di riscontro. Il trasferimento di risorse dagli aiuti PAC al Fondo è un raro e positivo esempio di integrazione e cooperazione tra le politiche agricole e le politiche della salute dell'Unione europea. Essendo l'attività del Fondo importante per i cittadini dell'Unione, come rimarrà importante anche negli anni futuri, come sottolineato anche dalla Commissione, riteniamo che non si possa prevedere la cessazione del suo sostegno finanziario con l'anno 2007 o con l'anno 2009.

La trattenuta effettuata sugli aiuti accoppiati concessi agli agricoltori è da sempre l'unica fonte di finanziamento del Fondo comunitario per il tabacco. La base finanziaria di questa trattenuta si è notevolmente ridotta con la riforma dell'OCM tabacco e con la scelta fatta da alcuni Stati membri di applicare il disaccoppiamento totale, svincolando totalmente tali risorse dalla trattenuta a favore del Fondo. È necessario prevedere, attraverso un'ulteriore estensione del periodo di applicazione della trattenuta e l'aumento della percentuale della trattenuta stessa, che vengono messe a disposizione dei programmi e del Fondo risorse finanziarie sufficienti, senza alcuna spesa aggiuntiva per il bilancio dell'Unione almeno fino al termine delle attuali prospettive finanziarie, ricercando nel contempo anche altre fonti di finanziamento del Fondo.

Tra gli altri aspetti positivi del meccanismo di azione del Fondo vi è la previsione del cofinanziamento da parte dei proponenti provati di almeno del 25% dell'importo complessivo dei progetti approvati, determinando così l'aumento delle disponibilità di risorse. La commissione per l'agricoltura ha affrontato numerose volte i temi in questione e mantiene la propria linea tesa a rafforzare misure più stringenti contro il fumo e a migliorare la comunicazione ai cittadini sui suoi effetti nocivi per la salute umana.

D'altro canto, siamo pienamente consapevoli, come già documentato nella risoluzione legislativa del Parlamento europeo del 10 marzo 2004, che il livello della produzione europea di tabacco greggio, oggi ulteriormente ridotta e concentrata in poche e specifiche aree dell'Unione, rappresenta meno del 4% della produzione mondiale e non ha nessuno impatto sui consumi locali dei prodotti del fumo.

Seppure non sia questo il tema al centro della discussione odierna, è opportuno ricordare che l'Unione europea è il principale importatore mondiale di tabacco greggio e si approvvigiona da paesi terzi per oltre il 70% del proprio fabbisogno a vantaggio di tabacchi spesso prodotti in condizioni di minore controllo rispetto al prodotto europeo, principalmente da Brasile, Malawi, Argentina, Indonesia, Zimbabwe, India e Cina, determinando altresì un deficit commerciale di oltre 1,2 miliardi di euro l'anno.

D'altro canto, negli Stati membri, dove l'aiuto al tabacco è stato già completamente disaccoppiato, oltre all'annullamento dei trasferimenti al fondo, si è registrato l'abbandono totale della produzione tabacchicola senza che siano emerse alternative sostenibili dal punto di vista economico ed occupazionale, con gravissimi impatti negativi sull'intero spazio rurale interessato e senza determinare, come era logico prevedere, nessuna variazione sui consumi locali dei prodotti da fumo.

Per quanto riguarda la proposta di operare una trattenuta sugli aiuti per l'anno civile 2008, tenuto conto del fatto che i contratti di coltivazione per il tabacco del raccolto 2008 sono già da tempo conclusi, la commissione per l'agricoltura ritiene che l'accoglimento di tale proposta possa generare un grande numero di ricorsi giuridici ed un contenzioso che alla fine determinerebbe comunque un grave esclusivamente ai produttori agricoli.

La commissione per l'agricoltura considera, infine, che l'estensione della trattenuta fino alla campagna 2012 e l'aumento della percentuale di trattenuta a favore del fondo al 6% consente di costituire una dotazione finanziaria sufficiente per le azioni del fondo europeo per il tabacco fino all'anno 2013 e invita la Commissione ad elaborare un programma pluriennale che, grazie alle modifiche apportate con gli emendamenti qui presentati, potrà contare su un importo di oltre 81 milioni di euro senza nessun aggravio per il bilancio dell'Unione.

1-125

Mariann Fischer Boel, Member of the Commission. – Madam President, first of all I want to thank the rapporteur, Mr Berlato. I was very encouraged by the enthusiasm with which you made your speech tonight. I also wish to thank the Committee on Agriculture and Rural Development for the report on the Community Tobacco Fund.

In 2004 the Council adopted the tobacco reform that constrains partly coupled and partly decoupled payments for the tobacco producers in the period between 2006 and 2009. The reform allows a relatively long transitional period because the partly coupled aid can run until 2009. But we have seen – as you have rightly said – Member States that chose to decouple totally from 2006 when the reform entered into force.

The 2004 reform also included the transfer of a percentage of the tobacco aid for the years 2006 and 2007 from the tobacco producers to the Tobacco Fund. The Commission proposal prolongs the transfer of a percentage from the tobacco aid to the Tobacco Fund until the calendar year 2009.

I very much welcome the support for the transfer of part of the tobacco aid into the Community Tobacco Fund. Your report correctly stresses the major importance for the European public of the measures carried out by this fund, aimed at promoting information initiatives on the damage that tobacco can cause.

However, your request to prolong the transitional period until 2012 poses a huge problem. Such an extension of the transitional partly coupled regime is totally against the philosophy of what the Commission will propose tomorrow in its communication on the 'health check', which is moving towards more decoupled payment, to give the farmers the freedom to produce what the market wants.

So far as I have been informed, those Member States that decided from the very beginning to decouple totally the payment to tobacco producers did so because it was more profitable for the farmers to leave the sector – perhaps because of the quality of the tobacco, it was more difficult to get a decent price.

It was also agreed in 2004 that 50% of the Community support to the tobacco sector would go into the rural development measures. This will start in the budget year 2011 and go, as an additional Community support, to tobacco-producing regions. It is important to note that it is earmarked for the tobacco-producing regions. On that basis, a yearly amount of EUR 484 million has already been included in the rural development programmes for the 2007-2013 period for those Member States that are covered by the tobacco reform.

Therefore I am quite sure that it can come as no surprise that I cannot propose a prolongation of the transitional partly coupled regime, because of the agreement supported by all tobacco-producing Member States when this package on Mediterranean products was agreed in 2004. However, I am looking forward to a very animated, interesting discussion tonight.

1-126

Wiesław Stefan Kuc, autor projektu opinii Komisji Budżetowej. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Subsydowanie produkcji tytoniu, gdy równocześnie zwalcza się palenie wyrobów tytoniowych, budzi od lat wiele kontrowersji. Jednak

współnotowy fundusz tytoniowy, który obecnie stanowi 5 % kwoty subsydiów służy do finansowania badań, przeciwdziałania paleniu, działań propagandowych, szkoleniu producentów w celu umożliwienia im przedstawienia się na inną produkcję.

Byłem sprawozdawcą Komisji Budżetowej opiniującą sprawozdanie pana posła Sergio Berlato. Wydłużenie finansowania wspólnotowego funduszu tytoniowego na dwa następne lata jest bardzo słuszne, ale musimy zdawać sobie sprawę, że cele jego istnienia nie skończą się po tym okresie, bo wiadomo, że ludzie palili i palić nadal będą. Obojętnie, czy my w Europie będziemy produkowali tytoń, czy nie, to ludzie zawsze będą palili. Nawet, gdy nie będziemy subsydiowali producentów tytoniu, to problem nie zniknie i fundusz powinien istnieć nadal. Zmienić się może tylko sposób finansowania.

1-127

Ιωάννης Γκλαβάκης, εξ ονόματος της ομάδας PPE-DE. – Κυρία Πρόεδρε, χαίρομαι που έχουμε σήμερα την Επίτροπο εδώ, διότι πιστεύω ότι είναι ένας πολύ δίκαιος άνθρωπος και θα σας εξηγήσω γιατί το λέω αυτό.

Κατ' αρχάς θα ήθελα να επισημάνω στο συνάδελφο της Επιτροπής Προϋπολογισμών ότι είμαστε εναντίον του καπνίσματος και θέλουμε να γίνει μεγάλη εκστρατεία ώστε ο κόσμος να μην καπνίζει. Απλώς, εάν ο κόσμος συνεχίζει να καπνίζει και χρειαζόμαστε ως εκ τούτου καπνά, δεν είναι ανάγκη να τα φέρνουμε από τις τρίτες χώρες. Ας τα παράγουμε στην Ευρώπη.

Θα ήθελα να συγχαρώ και να συμφωνήσω με τον κ. Berlato για την έκθεσή του. Ζητώ τη συνέχιση της χρηματοδότησης του κοινοτικού ταμείου καπνού. Με πολύ χαρά, κυρία Επίτροπε, εμείς οι γεωργοί -παρόλο που αφαιρούνται χρήματα από εμάς- δεχθήκαμε την αύξηση κατά 1% του ποσοστού κράτησης που πηγαίνει στο ταμείο για να ενημερωθεί ο κόσμος να μην καπνίζει. Με πολύ μεγάλη χαρά το δεχθήκαμε. Άλλα, ζητούμε από εσάς να συνεχισθεί το καθεστώς του καπνού μέχρι το 2013.

Αξιότιμη κυρία Επίτροπε, είστε ένας πολύ δίκαιος άνθρωπος. Γιατί -μόνο- στους καπνοπαραγωγούς να γίνεται αυτή η διάκριση; Ζητούμε, λοιπόν, να απαλειφθεί αυτό και να συνεχιστεί το καθεστώς, όπως είναι τώρα, μέχρι το 2013. Συν το γεγονός ότι οι καπνοπαραγωγοί, καθώς γνωρίζετε, σε όλες τις χώρες -και μιλάω ειδικά για τη χώρα μου- είναι οι πιο φτωχοί γεωργοί που έχουμε, συχνά στις πιο φτωχές, στις πιο υποβαθμισμένες περιοχές που πολλές φορές δεν μπορεί τίποτε άλλο να καλλιεργηθεί εκεί. Έτσι, εάν σταματήσουμε αυτό το καθεστώς, εάν σταματήσουμε την ενίσχυση, το αποτέλεσμα θα είναι ότι και στις περιοχές θα έρθει η ερήμωση και στις περιοχές θα έρθει η οικολογική υποβάθμιση.

Ως εκ τούτου, ζητώ να συνεχισθεί το καθεστώς, όπως λέει η έκθεση του κ. Berlato, αλλά και οι τροπολογίες του κ. Berlato και οι δικές μου. Επειδή δε γνωρίζω, κυρία Επίτροπε, ότι είστε ένας δίκαιος άνθρωπος, νομίζω ότι θα σας έχουμε σύμμαχο σ' αυτήν μας την πρόταση.

1-128

Alejandro Cercas, en nombre del Grupo PSE. – Señora Presidenta, muchísimas gracias, señora Comisaria, por su presencia aquí. Yo había estado con el Presidente de mi región, tenía de usted un muy alto concepto y hoy lo ratifico.

Hablo en mi nombre y en el de la ponente alternativa de mi Grupo, la señora Rosa Miguélez, para apoyar al señor Berlato, porque, muy brevemente, nos parece la postura más racional.

El informe del señor Berlato trata sólo y exclusivamente del Fondo Comunitario del Tabaco, del Fondo Comunitario para luchar contra el tabaquismo. Pide que haya más tiempo y más dinero para esta lucha. Por tanto, incluso los diputados que están en contra de las primas al tabaco deberían votar a favor de este informe, porque pretende extender en el tiempo y en el espacio la lucha contra el tabaco.

Sin embargo, la palabra tabaco atrae tantas pasiones que aquí, en este Parlamento, hay mucha gente que lo confunde todo. Están confundiendo el Fondo Comunitario del Tabaco con las primas comunitarias y dicen que se pide que continúen las primas. No es verdad. Se habla del Fondo hasta el 2013.

Confunden la producción y el consumo. El problema de Europa no es la producción. En Europa se produce muy poco tabaco. El problema de Europa es el consumo del tabaco que viene desde fuera de Europa.

Confunden el tabaco con el tabaquismo. Es como confundir el alcohol con el alcoholismo. No es lo mismo una planta, que es una planta agrícola, que puede tener muchos usos, incluso medicinales, que una enfermedad como el tabaquismo.

Si quisieran erradicar el consumo, deberíamos atacar mucho más la importación, la elaboración, la publicidad, todo el inmenso juego económico que hay alrededor del tabaco, y no a los pobres trabajadores de mi tierra, que apenas introducen el 5 % del tabaco que se fuma en Europa.

Y, para terminar, señora Comisaria, no se está financiando el tabaco en sí, se está financiando el tabaco porque produce mucho empleo. Y no sólo entre los productores de tabaco, sino en todas las comarcas. Incluso muchos productores de

tabaco desean dejar de trabajar porque van a ganar más sin trabajar. Pero nuestras comarcas se van a hundir, se van a perder miles de puestos de trabajo para mujeres, para inmigrantes, como ya ha pasado en otras zonas de Europa.

No piden más que tiempo, tiempo para hacer una reordenación de su cultivo.

Señora Comisaria, muchas gracias por su paciencia y espero que eche una mano, no al señor Berlato, sino a los trabajadores que están mirando hacia esta Casa esperando que no haya tanta doble moral y que no haya gente que confunda sus deseos con la realidad y sus intereses con los intereses de la gente más humilde.

1-129

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich habe den Eindruck, dass hier – wie man in Westfalen sagt –, mit der Wurst nach der Speckseite geworfen werden soll, dass man nämlich über den Fonds retten will, dass eine Ankoppelung der Tabakprämien bis 2013 durchgeführt wird. Der Fonds, der ja auch über die schädlichen Folgen des Rauchens aufklärt, wurde hier im Parlament zur Stützung der eigentlichen Tabakprämien eingeführt, weil es im Hohen Haus mehrheitlich erheblichen Widerstand gegen das Rauchen gab, und man immer wieder sagte: Wie können wir das denn fördern, wenn das Rauchen so gefährlich ist?

Ich bin immer ein Befürworter der Tabakprämie gewesen, weil ich meine, dass das nichts miteinander zu tun hat. Aber dann soll man auch nicht scheinheilig sagen: Wir machen etwas gegen das Rauchen, wenn man etwas anderes – nämlich die Beibehaltung der Prämien – will. Hier geht es nicht um die Beibehaltung der Prämien, sondern im Wesentlichen um die angekoppelten Prämien. Es soll nicht entkoppelt werden. Es wird immer so getan, als würde bei der Entkopplung den Tabakanbauern die Prämie genommen. Wir wissen – das haben wir bei der Baumwolle ja auch diskutiert –, dass das nicht stimmt. Die Gelder gehen weiter in die Betriebe, nur sind diese nicht mehr gezwungen, Tabak anzubauen. Und das halte ich auch für vernünftig.

Ich kann mich erinnern: Während einer Reise des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung nach Nordgriechenland haben wir die Ärmsten der Armen besucht. Wir haben die armen Regionen gesehen, die aber nicht wegen der Entkopplung arm waren – die gab es damals noch gar nicht –, sondern weil die Tabakindustrie für den dort angebauten Tabak nicht den entsprechenden Preis bezahlte und vielmehr die Prämien, die damals gezahlt wurden, für sich in Anspruch nahm und den Preis so weit nach unten drückte, dass von den Prämien für die Tabakanbauer nichts mehr übrig blieb. Wir fanden das damals unglaublich und haben uns gefragt, warum Tabakanbauer, die in dieser Region Gewürztabak anbauen, der weltweit als Spezialtabak in die Zigaretten verarbeitet wird, nicht so viel bekommen, dass sie allein von dem Anbau leben können – auch ohne Prämien.

Wenn jetzt in den Regionen durch die Entkopplung, oder in einigen Ländern, wo die Entkopplung ganz durchgeführt worden ist, kein Tabak mehr angebaut wird, dann nicht deswegen, weil in diesen Regionen nichts anderes zu machen ist, sondern weil sie durch den Tabak nicht die Kosten decken können, die sie für den Anbau aufbringen müssen. Daher müsste hier eine Auseinandersetzung mit der Industrie geführt werden, damit sie die Tabakanbauer endlich ordentlich bezahlt.

Frau Kommissarin, ich fände es besser, die Aufklärung über das Rauchen anderen zu überlassen – da haben wir ja inzwischen in der Europäischen Union Aufklärung genug geleistet – und die Gelder stattdessen in die ländliche Entwicklung und in Diversifizierungsmaßnahmen für diese armen Regionen fließen zu lassen. Außerdem sollten die Mittel noch aufgestockt werden, damit in diesen Regionen andere Arbeitsplätze als nur im Tabakkbereich angeboten werden.

1-130

Janusz Wojciechowski, w imieniu grupy UEN. – Pani Przewodnicząca! Rzadko się zdarza, aby decyzje nad którymi debatujemy w tej izbie miały aż tak poważne skutki dla wielkiej liczby ludzi. Dziś decydujemy o kwestii być albo nie być producentów tytoniu w Europie. Jest to produkcja, z której żyje około 120 tysięcy rolników a razem z pracownikami sezonowymi prawie 400 tysięcy ludzi, zarówno w starych jak i nowych państwach członkowskich. Przykład Grecji już pokazał, że tak zwana reforma sektora tytoniowego w rzeczywistości oznacza jego likwidację. To jest wyrok śmierci na 120 tysięcy, w większości niewielkich, rodzinnych gospodarstw. Znam takie gospodarstwa w Polsce, ale także tu, blisko pod Strasburgiem prowadzą je rolnicy francuscy. Wielki dramat ludzi, którzy z uprawą tytoniu związały swoje życie. W imię czego mieli by to stracić? Przecież likwidacja uprawy tytoniu nie sprawi, że ludzie przestaną palić papierozy. Będą je palić z tytoniu importowanego. Taka reforma nikomu nie pomoże, a wielu zaszkodzi.

Dlatego w pełni popieram sprawozdanie posła Berlato, który słusznie staje w obronie plantatorów tytoniu i przyłączam się do głosów posłów Glavakisa i Cercasa.

1-131

Διαμάντω Μανωλάκου, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κυρία Πρόεδρε, η καπνοκαλλιέργεια δέχεται τη μεγαλύτερη διώξη των ταυτίζοντας την αντικαπνιστική εκστρατεία με την αντικαπνική πολιτική. Αυτό έχει ως αποτέλεσμα να θεωρούνται ανθυγειενά τα καπνά που παράγονται στην Ευρωπαϊκή Ένωση, όχι όμως και τα εισαγόμενα. Αυτό είναι αντιφατικό, αντιεπιστημονικό, είναι άδικο. Τα αποτελέσματα αυτής της πολιτικής είναι γνωστά. Παρά τις εκστρατείες οι

καπνιστές αυξάνονται. Ωστόσο η παραγωγή στην Ευρωπαϊκή Ένωση μειώνεται δραστικά. Θέσεις εργασίας χάνονται, δεκάδες χιλιάδες μικρομεσαίων καπνοκαλλιεργητών ξεκληρίζονται, όμως οι εισαγωγές καπνών αυξάνονται ξεπερνώντας τα 1,2 δισεκατομμύρια ευρώ το χρόνο.

Στην Ελλάδα μειώθηκε η καπνοκαλλιέργεια κατά 73%. Οι καπνοκαλλιεργητές οδεύουν στο δρόμο της ανεργίας. Περιοχές ερημώνουν αφού στα εδάφη τους δεν υπάρχει εναλλακτική καλλιέργεια.

Θεωρούμε ως αναγκαίο να καταργηθεί η διάταξη που μεταφέρει από το 2010 το 50% των άμεσων ενισχύσεων στο δεύτερο πυλώνα. Να σταματήσουν -άμεσα- όλες οι παρακρατήσεις επί των επιδοτήσεων για να συνεχισθεί η καπνοκαλλιέργεια αφού το 70% καλύπτεται με εισαγωγές. Να συνδεθούν οι επιδοτήσεις με την παραγωγή και να αποτελούν οργανικό κομμάτι των ελάχιστων εγγυημένων τιμών που θα ανταποκρίνονται στο κόστος παραγωγής κάθε ποικιλίας.

Εκτιμώντας ότι η έκθεση Berlato περιέχει θετικά στοιχεία προς αυτήν την κατεύθυνση, εμείς οι ευρωβουλευτές του ΚΚΕ θα την ψηφίσουμε.

1-132

Hélène Goudin, för IND/DEM-gruppen. – Fru talman! Den subventionerade tobaksodlingen är ett klart exempel på den dubbelmoral som präglar EU och Europaparlamentet. EU har stolt proklamerat att kampen mot ohälsa ska prioriteras och spenderar några få miljoner svenska kronor på informationskampanjer varje år, samtidigt som EU bakvägen subventionerar olönsamma tobaksodlare med flera miljarder kronor varje år.

Betänkandet innebär att avtrappningen av dessa stöd förlängs fram till 2013. Föredraganden försöker två sina händer renा från tobakskonsumtionens negativa följer. Enfaldigt hävdas att eftersom EU:s tobaksproduktion är så liten, bara 4 procent, är påverkan på slutkonsumtionen obefintlig. Vad är detta för resonemang? Skulle det motivera fortsatta subventioner? Jag anser att EU:s tobaksodling är 4 procent för stor. Dessutom är den europeiska tobaken så dålig att endast en bråkdel säljs på den europeiska marknaden. En tredjedel bränns upp. Tobaksindustrins särintressen har fått regera tillräckligt länge. Våra medborgare kräver att vi tar vårt politiska ansvar.

Kollegor, det sista blosset smakar illa! Det är dags att fimpia dubbelmoralen! Jag uppmanar er därför att rösta nej till betänkandet imorgon.

1-133

Esther Herranz García (PPE-DE). – Señora Presidenta, las ayudas al sector tabaquero serán recortadas en un 50 % en el 2010 como consecuencia de la última reforma. Se trata, creo, de una medida sin precedentes, que sitúa a los productores tabaqueros en una clara desventaja frente al resto de los productores agrícolas comunitarios. Ningún otro sector agrícola ha sufrido un recorte tan drástico, al que hay que sumar, además, las reducciones derivadas de la modulación de las ayudas directas que mañana acordará el Consejo de Ministros.

Creo que no está de más recordar algunas cifras sobre las características de este sector. Al menos el 80 % del tabaco europeo se produce en regiones desfavorecidas. En Extremadura, en España, en donde se concentra el grueso de la producción española, la reforma afecta a 20 000 familias, con una facturación anual que representa el 26 % del valor total de la producción final agrícola de la región extremeña.

En España el tabaco se concentra, además, en explotaciones de pequeña dimensión, con un alto nivel de empleo femenino tanto en el campo como en la industria. Por otra parte, no hay que olvidar que la Unión Europea solo produce el 5 % del tabaco mundial e importa el 70 % del tabaco que consume, por lo que la desaparición de la producción tabaquera comunitaria está lejos de suponer una garantía de reducción del consumo.

El llamado chequeo de salud de la PAC es un momento idóneo para reflexionar sobre las consecuencias que esta decisión podría tener en regiones como Extremadura, en donde un tejido social y económico importante se ha desarrollado en torno a ese cultivo y en donde apenas hay soluciones para un recambio en el cultivo.

La reforma de este sector se contradice, además, con las expectativas que alberga el conjunto de los sectores agrícolas comunitarios, a los que se les han dado garantías de estabilidad al final de las actuales perspectivas financieras en 2013.

El informe que aprobó la Comisión de Agricultura, favorable a una prórroga del Fondo Comunitario del Tabaco, tiene en cuenta, por una parte, el interés del consumidor al tiempo que pone en entredicho la validez de la decisión de recortar las ayudas a los agricultores, porque dicho Fondo se financia con una retención sobre las subvenciones directas.

1-134

PRZEWODNICZY: MAREK SIWIEC
Wiceprzewodniczący

1-135

Lily Jacobs (PSE). – Tabak kost jaarlijks aan ongeveer een half miljoen Europese burgers het leven. Zelfs onder niet-rokers vallen ieder jaar 19.000 doden door de gevolgen van passief roken.

Hoe weet ik dat? Dat is de boodschap in de televisiespotjes die de Europese Unie zelf in alle 27 lidstaten laat uitzenden als onderdeel van een grootscheepse antirookcampagne. En daar hebben wij met zijn allen 18 miljoen euro voor uitgetrokken. Maar dat bedrag is een schijntje in vergelijking met de subsidies die de Europese Unie jaarlijks aan tabakstellers verstrekt. Dit jaar nog geeft Brussel daar 320 miljoen euro aan uit. Drie jaar geleden was dat nog bijna 1 miljard euro.

Is het niet heel erg vreemd dat wij roken proberen te bestrijden en tegelijkertijd de productie van tabak met Europees belastinggeld financieren? Bovendien drukt de voortzetting van de financiering in tegen het hele idee achter de hervormingen van ons landbouwbeleid, namelijk dat wij af moeten van de productiesubsidies. Voorzitter, het voorstel van de Europese Commissie om de steun aan het tabaksfonds ook in 2008 en 2009 voort te zetten, heeft mijn volledige steun, maar dit fonds mag niet gebruikt worden als excus om subsidies aan tabak in 2013 voort te zetten. Hoewel ik enorm respect heb voor de argumenten van mijn collega's, geloof ik in dit geval dat de volksgezondheid vóór moet gaan.

1-136

Roberta Angelilli (UEN). – Signor presidente, onorevoli colleghi, voglio complimentarmi innanzitutto con il relatore per l'ottimo lavoro svolto. Questa relazione infatti raggiunge un duplice obiettivo: rafforzare le azioni di lotta al tabagismo con la proroga del finanziamento del Fondo europeo del tabacco e allo stesso tempo uniformare il settore tabacco agli altri OCM che arriveranno a scadenza naturale con la campagna del 2012.

Non dobbiamo, comunque, dimenticare che la lotta contro il fumo non si deve condurre attraverso l'eliminazione della coltivazione del tabacco in Europa, poiché l'Unione europea è il principale importatore mondiale di tabacco greggio e si approvvigiona da paesi terzi per oltre il 75% del proprio fabbisogno, a vantaggio di tabacchi spesso prodotti senza garanzie di controllo sanitario. Un'eventuale eliminazione degli aiuti determinerebbe solo la fine della produzione, un automatico aumento delle importazioni e non sortirebbe alcun effetto contro il tabagismo.

1-137

Kartika Tamara Liotard (GUE/NGL). – Het is moeilijk te zeggen wat absurder is, dat de Europese Unie subsidie geeft voor het verbouwen van tabak of dat Europa een klein deel van die subsidies weer gebruikt voor een fonds dat roken van tabak moet ontmoedigen. Dit soort volstrekt hypocriete maatregelen zijn precies de reden waarom de EU zo weinig geloofwaardigheid heeft onder de burgers. Het argument dat de EU relatief weinig tabak produceert, doet niet terzake. In elk pakje zit immers nog steeds één door de EU gesubsidieerde sigaret. Die sigaret is dan trouwens ook nog eens van zo'n inferieure kwaliteit dat wij haar in Europa niet eens willen roken en wij haar elders dumpen.

De subsidie voor tabak moet niet worden verlengd, zoals dit Parlement wil. Een deel van de subsidies moet ook niet worden gebruikt voor antirookcampagnes als schaamlap, zoals de Commissie wil. Ik heb tabak van die subsidies, zij moeten gewoon onmiddellijk worden afgeschaft.

1-138

Bogdan Golik (PSE). – Pani Komisarz! Panie Przewodniczący! Projekt pana Berlato wiąże kwestie zdrowotne z rolniczymi. Zwiększenie środków z 5 do 6 % oraz zaproponowanie wydłużenia funkcjonowania tego systemu na lata 2009-2012 znacząco zwiększy, aż o 81 milionów euro, pulę środków przeznaczonych na fundusz. Wielu rolników, jak również wiele organizacji w pełni popiera projekt rozporządzenia. Zarówno polskie, jak i europejskie środowisko plantatorów tytoniu oczekuje, iż konsekwencją przyjęcia sprawozdania będzie wydłużenie funkcjonowania istotnego dla zdrowia publicznego wspólnotowego funduszu tytoniowego oraz utrzymanie sektora upraw tytoniu dla stu tysięcy plantatorów w Europie.

Projekt ten bez żadnych dodatkowych wydatków budżetowych daje możliwość utrzymania systemu dopłat, częściowo powiązanych z produkcją tytoniu. Unika się w ten sposób dyskryminacji plantatorów tytoniu w stosunku do innych sektorów rolnictwa.

Pani Komisarz! Ważne jest, żeby od jutra, przy okazji prezentacji *health check* powrócić do bardzo ważnej debaty na temat przyszłości upraw tytoniu w Europie.

1-139

Andrzej Tomasz Zapalowski (UEN). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Dzisiejsza debata jest jedną z tych, gdzie krzyżują się argumenty producentów rolnych i środowisk walczących o zdrowe, europejskie społeczeństwo. Jednakże, czy społeczeństwo europejskie będzie zdrowsze paląc tytoń o znacznie gorszej jakości pochodzący z importu z krajów trzecich, bo niszcząc własną produkcję będziemy go importować nie w 70%, ale w 100%. Należy się także zastanowić, czy poprzez dyskryminowanie rolników, producentów tytoniu, zamiast rozwijać obszary wiejskie, nie doprowadzimy, w pewnych regionach Unii Europejskiej, do jeszcze większej zapaści gospodarczej i wzrostu bezrobocia. Oczywiście można potem pompować tam pieniądze pomocowe skierowane do bezrobotnych, bo jesteśmy tak bogaci, że możemy pozwolić sobie na niszczenie własnego rolnictwa kosztem na przykład rozwoju rolnictwa dalekowschodniego, które musimy wspierać, aby tam walczyć z bezrobociem.

W pełni popieram sprawozdanie posła Berlato.

1-140

Thijs Berman (PSE). – Europese boeren die tabak verbouwen zouden daarvoor geen cent van de EU moeten ontvangen. Natuurlijk waren subsidies voor tabak jarenlang een vaste bron van inkomsten voor boeren, een soort sociaal beleid dat die naam niet verdiende. Maar belastinggeld hoort uit principe niet te worden uitgegeven aan ziekmakende producten. Er is daarom maar één keuze voor die subsidies: afschaffen.

Wat in het verslag-Berlato wordt voorgesteld, is een absurde poging om de subsidies voor tabak nog minstens tot 2012 te laten voortduren. Dat mag niet gebeuren, en daar is nog een andere reden voor. Het is vanuit de ontwikkelingslanden gezien puur onrecht om Europese tabak te subsidiëren. Dat is oneerlijke concurrentie met arme boeren en het gaat recht in tegen het ontwikkelingsbeleid van de Europese Unie, een schoolvoorbeeld van de manier waarop het ene beleidsterrein kan snijden in het andere.

Stimuleer de Europese boeren om gewassen te telen die nu een hoge prijs opbrengen, bijvoorbeeld graan, en dat is hard nodig. Maar wees solidair en laat de subsidies voor tabak in rook opgaan, uit naam van de volksgezondheid en uit naam van de samenhang van het Europese beleid voor de ontwikkeling van de armste landen in de wereld. Dat is solidariteit.

1-141

Armando Veneto (PPE-DE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci sono alcuni dati certi sui quali non si discute. Il primo: è certo che il disaccoppiamento totale riduce la produzione. Il secondo: pur evitando che in Europa si coltivi tabacco, questo non significa che la riduzione di coltivazioni di tabacco in Europa comporti una riduzione del popolo dei fumatori. Il terzo elemento è costituito dalla circostanza che noi stiamo candidando alla fame centinaia e migliaia di persone senza ottenerne un risultato concreto.

Io credo allora che debba essere, per un verso, utilizzato l'aiuto alla tabacchicoltura per spiegare ai consumatori gli effetti nocivi del fumo – e da questo punto di vista è pacifico che il denaro viene proprio dagli aiuti – e nello stesso tempo dobbiamo mettere in condizioni i tabacchicoltori di uscire ma lentamente con il tempo necessario dall'intero comparto. Io chiedo, quindi, che si voti la relazione Berlato.

1-142

Zbigniew Krzysztof Kuźmiuk (UEN). – W tej debacie chcę zwrócić uwagę na trzy kwestie. Po pierwsze, rozdzielenie płatności od produkcji to ciągle powtarzany pomysł Komisji Europejskiej. To w oczywisty sposób zmniejsza rolniczą produkcję europejską. Pani Komisarz Fischer Boel po raz kolejny ten pomysł dzisiaj powtórzyła, tym razem w odniesieniu do uprawy tytoniu.

Po drugie, trzeba przypomnieć, że uprawa tytoniu zarówno w starych, jak i nowych państwach członkowskich ma miejsce w regionach naj słabiej rozwiniętych, w małych, rodzinnych gospodarstwach rolnych. Likwidacja upraw oznacza osłabienie możliwości rozwojowych tych regionów, jak również zagrożenie dla istnienia małych gospodarstw.

Wreszcie, po trzecie, uprawa tytoniu jest wprawdzie uprawą kontrowersyjną, ale jej ograniczenie w Europie oznacza wzrost importu tytoniu z krajów trzecich. Poseł Berlato mówił, że w ostatnim roku import tytoniu wyniósł aż 1mld 200 mln euro.

Mam nadzieję, że te zastrzeżenia zostaną uwzględnione w stanowisku Komisji Europejskiej.

1-143

Iωάννης Γκλαβάκης (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, επαινώ τους συναδέλφους που εκφράστηκαν με τόση εναισθησία εναντίον του καπνίσματος και πιστεύω ότι δύο -μα όλοι- είμαστε εναντίον του καπνίσματος, αλλά, αγαπητοί φίλοι, σας επισημαίνω τη διαφορά: άλλο το κάπνισμα και άλλο η καπνοκαλλιέργεια. Να δώσουμε όσο περισσότερα χρήματα μπορούμε, να μιλήσουμε όσο περισσότερο μπορούμε και να κάνουμε ότις περισσότερες ενέργειες μπορούμε, για να πεισθούν οι συνάδελφοι και οι συμπολίτες μας να μην καπνίζουν. Άλλα, αφού καπνίζουν ούτως ή άλλως, δεν μπορώ να καταλάβω γιατί πρέπει να εισάγουμε τα καπνά και να μην τα καλλιεργούμε εμείς εδώ. Και μάλιστα θα ήθελα να επικαλεστώ και την περιβαλλοντική σας εναισθησία. Η καπνοκαλλιέργεια είναι μια καλλιέργεια με λίγο νερό, με λίγα λιπάσματα, με λίγα φυτοφάρμακα σε άγονα εδάφη από φτωχούς γεωργούς. Είμαι σίγουρος ότι η οικολογική και αλλά και η ανθρώπινη εναισθησία σας, ακόμη και σε εσάς που μιλάτε εναντίον του καπνίσματος και συνδέετε το κάπνισμα με την καπνοκαλλιέργεια, θα σας κάνει να αλλάξετε γνώμη. Διότι, εάν έχουμε τέτοια νοοτροπία θα μπερδέψουμε την περίφημη οινοπαραγωγή με τον αλκοολισμό. Επειδή υπάρχει ο αλκοολισμός θα πάγουμε να παράγουμε κρασιά;

1-144

Mariann Fischer Boel, Member of the Commission. – Mr President, thank you to all of you that have contributed to this debate and thank you once again for supporting the prolongation of the transfer into the Tobacco Fund.

I am of course aware that discussions on tobacco policies are a very sensitive issue and I can tell you that I experienced that recently during my visit to Greece in April. I must say clearly as well that the prolongation of the tobacco fund is not an invitation to reopen the tobacco reform from 2004, and I think you have to be aware that this reform is a done deal. And I think you have to take into account as well that this reform was supported by all the tobacco-producing Member States. Therefore, it would be a bit difficult to restart the whole discussion again.

I think it is important as well to remember that we are not stopping subsidies to the tobacco producers. We are actually continuing to pay the highest direct payment or the highest subsidies, more than anyone else in the agricultural sector. No other crop is actually receiving that high a direct payment.

So we will stick to the fact that we will decouple in 2009, and from 2011 we will transfer into the rural development policy.

Therefore, instead of wasting or using a lot of time and lots of efforts against what was agreed in the Council in 2004, I think Member States and tobacco producers, the whole tobacco sector, should look into the rural development policy instead and see what the possibilities are, because lots of money will be available for restructuring, for trying a different business in the agricultural sector.

With a bit of imagination – although I know that you cannot produce everything in these areas – I am sure that a solution could be found if there is cooperation between Member States, the tobacco sector and the tobacco producers, to try to find viable solutions for these areas, in the period after 2011 as well.

1-145

Sergio Berlato, relatore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei ringraziare i colleghi che sono intervenuti e la signora Commissaria. Vorrei ricordare che, per quanto riguarda il futuro del settore tabacchicolo europeo, la richiesta recentemente avanzata formalmente nei confronti della Commissione, a firma dei ministri della quasi totalità degli Stati membri produttori, compresi i paesi che hanno optato per disaccoppiamento totale ed i nuovi Stati membri, affinché la Commissione stessa presenti una proposta di regolamento al fine di prorogare le stime attuali di sostegno per il tabacco fino all'anno 2013. Tale tema ritengo dovrà essere necessariamente affrontato nell'ambito della discussione attualmente in corso sulla verifica dello stato di salute della PAC.

Concludo, signor Presidente, nell'invitare i colleghi – che a prima vista potrebbero sembrare meno interessati ad un provvedimento che riguarda solo una trattenuta sugli aiuti agli agricoltori dei cinque vecchi Stati membri – che hanno mantenuto gli aiuti parzialmente accoppiati chiamando tutti a riflettere sul fatto che l'utilizzo di tali risorse e l'azione informativa del fondo continueranno ad essere destinati a beneficio della salute di tutti i cittadini dell'Unione.

Voglio anche ricordare che forse stiamo vivendo un equivoco di fondo: questa relazione non riguarda e non decide sul prolungamento degli aiuti ai produttori di tabacco, ma semplicemente si tratta di votare una relazione che parla di una proroga al finanziamento del Fondo comunitario per il tabacco. Per quanto riguarda il prolungamento degli aiuti, sarà una decisione che sarà presa in futuro, ma il tema della relazione è ben distinto e riguarda appunto la proroga del finanziamento del Fondo comunitario per il tabacco e non la proroga dei finanziamenti ai produttori di tabacco nell'immediato e prossimo futuro.

1-146

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 20 maja 2008 r.

1-147

25 - Ocena programu Peace i strategie na przyszłość (debata)

1-148

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporzązone przez Bairbre de Brún w imieniu Komisji Rozwoju Regionalnego w sprawie oceny programu na rzecz pokoju oraz strategii na przyszłość (2007/2150(INI)) (A6-0133/2008).

1-149

Bairbre de Brún, Rapórtéir. – A Uachtaráin, chuir an Clár um Shíocháin agus Athmhuintearas cuid mhór leis an phróiseas síochána agus le próiseas athmhuintearais náisiúnta in Éirinn.

Dáileadh EUR 750 milliún ón chéad chlár, PEACE I, idir 1995 agus 1999 agus EUR 994 milliún ón dara clár, PEACE II, idir 2000 agus 2007. Dáilfear EUR 333 milliún sa tríú clár, PEACE III, ó seo go dtí 2013.

Is mór an tairbhe a baineadh as na suimeanna airgid le tacaíocht a thabhairt dóibh siúd ar spéis leo teacht as coimhlint agus páirt a ghlacadh sa phróiseas athmhuintearais. Ina theannta sin, is é a bhí sna suimeanna úd ná infheistíocht mhaith mar a fheicimid leis an gheilleagar fiontrach ag teacht chun cinn i dTuaisceart Éireann agus sna ceantair teorann.

Ar ndóigh is próiseas leanúnach é próiseas an athmhuintearais agus tógáil síochána. Anois, i mBéal Feirste tá feidhmeannas comhroinnt cumhactha ag déileáil le ceisteanna áitiúla do dhaoine áitiúla. Deich lá ó shin, bhí comhdháil infheistíochta mhór ar siúl i mBéal Feirste mar a raibh infheisteoirí ag scrúdú go briomhar deiseanna infheistíochta. Taispeánann na céimeanna seo muinín nua sa pholaitíocht agus inár dtodhchaí eacnamaíoch. Bhí páirt mhór ag ionchur PEACE chun an mhuinín sin a spreagadh agus ag ionchur ón Chiste Idirnáisiúnta d'Éirinn – arb é an tAontas Eorpach an ranníocóir is mó anois ann.

Agus na rannpháirtithe anois ag cur tú le cur i bhfeidhm an tríú clár, PEACE III, is pléisiúr dom barúil na parlaiminte i leith na hoibre atá déanta go dtí seo a thabhairt agus roinnt breathnuithe ar ról PEACE amach anseo a chur chun tosaigh. Ba mhaith liom mo bhuiochas a ghabháil le baill an Choiste um Fhorbairt Réigiúnach as ucht a dtacaiochta agus leis na scáthrapoirtéirí go háirithe as ucht ionchur seo acu go dtí seo.

Is iad rannpháirteachas, aithint idirspleáchas gach duine, cur chun cinn na héagsúlachta, agus diothú Rathúil neamhionannais atá ina n-eilimintí tábhachtacha de thógáil síochána agus atóigál sochaithe, mar an gcéanna le cosaint agus cur chun cinn chearta an duine.

Leis na cláir PEACE, cumhactaíodh na daoine is mó a ndeachaigh an choimhlint go mór i bhfeidhm orthu chun cabhrú le síocháin a thógáil go gníomhach agus go muiníneach. Tá cumasú daoine áitiúla mar chuid lárnach den chlár PEACE agus ba mhaith liom an deis seo a thapú chun ómós a thabhairt do na heagraiochtaí deonacha, don lucht gnó, do na grúpaí pobail, do na comhairlí áitiúla agus dóibh siúd atá ag obair le hiarchimí, agus le híospartaigh agus le marthanóirí as ucht a dtiomantaí dhaingin don phobal agus don phróiseas athmhuintearais.

Níor chóir don chomhoibriú stopadh idir rannpháirtithe i geláir arna maoiniú ag PEACE nuair a thiocfaidh na cláir sin chun deiridh. Iarraimid ar na ranna rialtais an obair sin, a chruthaigh go raibh sí éifeachtach, a chothú agus a chinntí go leanfar den chistíú don obair luachmhar seo. Ba chóir bealach a fháil go háirithe lena bhféadfaidh grúpaí tacaiochta fospartach agus marthanóirí leanúint de thacaíocht airgeadais a fháil tar éis deireadh a bheith tagtha le cistúchán PEACE.

Ar ndóigh is féidir rud éigin a thabhairt ar ais fostá agus taithí a mhalaírtí faoi na nithe ar éirigh go maith leo i dtograí cistithe ag PEACE I mar aon leis an Chiste Idirnáisiúnta d'Éireann. Ba chóir go roinnfí an t-eispéireas arna fháil ó na tograí seo leo siúd a bhíonn ag gabháil d'obair eile tógála síochána go hidirnáisiúnta agus tá na féidearthachtaí faoi chaibidil faoi láthair.

Is é atá sa tuarascáil ná iarracht a dhéanamh na ceachtanna atá le foghlaim a chur faoi bhur mbráid agus fáiltítm roimh an díospóireacht seo anocht.

1-150

Danuta Hübner, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, Ms de Brún, let me start by thanking you very much for the excellent work on the evaluation of the PEACE programme and also strategies for the future. The Commission shares with you the opinion that the European Union's interventions in support of the peace process in Northern Ireland have contributed in bringing the two communities closer together and have helped the development of cross-community and cross-border linkages.

The Commission also recognises that peace-building is a long-term and multi-dimensional process and we also recognise that peace-building requires a flexible approach and the willingness to allow for experimentation and the adoption of innovative measures. But perhaps the most important lesson learned from the PEACE programme is the effectiveness of the bottom-up approach. This has enabled people and organisations working on the ground to tackle the problems and issues faced by the communities at local level. It has brought people from both communities together and given them, very importantly, a sense of ownership of, and the responsibility for, the peace process.

Targeting those most affected by the conflict is important, but the projects dealing with young people, our future, have been equally important in changing attitudes and perceptions. Last but not least we have learned that the projects in support of women are essential since the role of women in peace-building and promoting reconciliation is a key factor in bringing stability and durability to the process.

The Commission also considers that the experience of the EU interventions in Northern Ireland and the peace-building initiatives should indeed be recorded with the objective of passing on good practice to other areas of the world, emerging from conflict or facing similar problems of social integration. I know that Northern Ireland is actively working on the establishment of a centre for conflict resolution and they have my support in taking this forward.

Allow me also to mention the successful Northern Ireland workshop during the Open Days in October last year. Indeed, not only was the event fully booked but it generated a network which is currently being set up for sharing experience on peace and reconciliation. It will also be followed up by a workshop during this year's Open Days, in early October.

I shall stop here. I thank you for your excellent report and shall now listen to Parliament's debate.

1-151

Lambert van Nistelrooij, namens de PPE-DE-Fractie. – Als er in Europa heel bijzondere omstandigheden zijn, moeten wij ook met heel bijzondere maatregelen komen. In dit geval is er echt maatwerk geleverd dat met innovaties tot stand is gekomen dankzij de middelen uit het Regionaal Ontwikkelingsfonds.

Hier hebben wij echt de harten van de mensen bereikt, hier hebben wij de keukentafel bereikt en hier hebben wij in maatschappelijke organisaties kunnen werken waar vertrouwen zo belangrijk is. Vertrouwen in die omgeving waaraan inderdaad, met de grote spanningen die in Noord-Ierland zijn geweest, zo'n behoefte was. In dit verband ben ik het geheel met commissaris Hübner eens dat dit een goed voorbeeld is van een geval waarin dit soort instrumenten, dit soort middelen moeten worden ingezet, zoals ook in vergelijkbare situaties, bijvoorbeeld op Cyprus.

De heer Nicholson, de schaduwrapporteur van de PPE-DE-Fractie, heeft zijn vliegtuig gemist, vandaar dat ik als eerste spreek. Mag ik dan toch zeggen dat ik als coördinator het PEACE III-programma van harte ondersteun, met name de rol van de mensen en- ik wees er al op - de grensoverschrijdende aspecten. Het feit dat daarbij ook mensen in de rest van Ierland worden betrokken, alsmede de infrastructuur zijn van groot belang.

1-152

Catherine Stihler, on behalf of the PSE Group. – Mr President, you cannot put a price on peace, but the series of PEACE programmes in Northern Ireland since 1995 have supported the peace process in Ireland with a goal of reinforcing a peaceful and stable society and promoting reconciliation in the region. I congratulate Bairbre de Brún on this own-initiative report, which describes the positive results and best practice gained from this EU programme. The peace-building aspect of the programme is crucial for the future of Northern Ireland and offers lessons for other EU Member States with a history of conflict.

The PEACE II programme allowed for valuable exchanges of experience between areas – including Albania, Belarus, Moldavia, Serbia, Ukraine and Bosnia. I welcome the current discussion on the possibilities of creating a Europe-wide network of regions and cities that are coming out of conflict, that have experience in coming out of conflict or that are living with conflict and exclusion. Reconciliation is a long-term process and I support the continuation of the PEACE programme. Within the process it is important to involve local communities, and Mrs de Brún's report highlights the wide range of projects including childcare, after-school projects, enterprise parks and small business enterprise, in both the rural and urban areas. Many of the projects funded under PEACE were set up to serve local requirements. They also attracted a wide range of diverse participants to seek a common aim or benefit and help in developing models for public engagement in policy development. Women's groups played a very positive role in peace-building. I thank Mrs de Brún and I hope that all will support this constructive report.

1-153

Marian Harkin, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, first of all I want to congratulate the rapporteur, Bairbre de Brún, on her excellent report, which highlights the significant contribution of the PEACE programme to fostering peace and reconciliation in Northern Ireland and the border counties. It also outlines how lessons learned and best practice achieved should be shared with those who are engaged in other international peace-building work.

I am pleased that the rapporteur accepted my amendment, which states that it is vital that peace-building programmes, in particular those involving community and voluntary groups, continue to be financially supported when the PEACE funds come to an end. Indeed, the report makes it clear that government departments on both sides of the border should ensure mainstream funding continues for this very important work, once EU funding finishes. It is crucial that we do not pull the plug on community and voluntary groups that are engaged in this valuable work. That would break trust with communities and would diminish much of the good work under way. Community and voluntary organisations need to be able to work to a strategic plan and not on a short-term basis where they cannot plan for the future.

In this context, it is also important that those groups are not caught out in the funding gap between PEACE II and PEACE III. I have written to the Commission and received a response on this issue. Before I came down to the Chamber tonight, I once again had a look at the long list of community groups on both sides of the border who have received PEACE funds and who have been actively involved in peace-building, in reconciliation and in regeneration projects. The EU can be assured that PEACE money was well spent and that the added value of volunteer time and volunteer work has made the PEACE programme a model for value for money.

We often speak in this House of bringing Europe closer to the citizens. The PEACE programme was, and is, a tangible mechanism to connect Europe with the citizens. As Commissioner Hübner has said here this evening, it shows the value of

the bottom-up approach and also highlights the important role of women in peace-building. This is an example of the EU reaching out to its citizens, acting as a catalyst for change and, in this case, citizens responding fully and wholeheartedly.

1-154

Seán Ó Neachtain, thar ceann an Ghrúpa UEN. – A Uachtaráin, ba mhaith liom a rá ar dtús go bhfáiltíom roimh an tuarascáil seo. Nuair a bhí Tuaisceart Éireann deighilte ag achrann agus ag aighneas thug ceannairí agus Institiúidí an Aontais Eorpach tacaíocht speisialta agus spreagadh do mhuintir an Tuaiscirt chun iad a threorú ar bhóthar na síochána. Mar a dúirt an rapórtéir Bairbre de Brún, b'fhiú EUR 1.65 billiún an méid sin agus EUR 333 milliún eile le teacht amach romhainn.

Tréaslaím leis an rapórtéir Bairbre de Brún. Ach is aisteach an rud é, i measc na ndaoine is mó a fuair buntáiste agus a fuair tacaíocht ón bhfeachtas seo chun cúnamh airgid a thabhairt, tá an dream atá ag cur i gcoinne Chonradh Liospón faoi láthair agus i gcoinne an phróisis Eorpach – sin iad Sinn Féin. Ní dhéanann ceannaire Shinn Féin, Gearóid Mac Ádhaimh, tagairt don EUR 1.65 billiún go minic. Mar dá mbeadh muid ag éisteacht leo, ní bheadh Éire san Aontas Eorpach ar chor ar bith. Ní bheadh muid sa gcóras chun airgead a fháil don phróiseas síochána ón Eoraip. Agus caithfidh mé a rá gurb shin é an rud a chuireann díomá ormsa anseo tráthnóna sa bParlaimint.

1-155

Jim Allister (NI). – Mr President, this is a report of verbiage, not substance, just as much of the PEACE funding itself was spent upon froth.

The irony, of course, of an IRA/Sinn Féin MEP being rapporteur on a report on peace will not be lost on thousands of people in Northern Ireland whom her wicked organisation made victims through its pernicious terrorist campaign.

It is no surprise to me that she can produce a report talking about peace without a single blushing reference, without a scintilla of regret as to how we came to need peace: because, make no mistake about it, of her IRA's decades of terror.

Nor am I surprised that she makes no mention of one of the gross failures of the PEACE programme, namely the inequality in distribution between the two communities in Northern Ireland, with the Protestant Unionist community not getting its fair share of funding. Not something, of course, likely to concern Miss de Brún.

Finally, let me place on record that the relative peace we have today in Northern Ireland is primarily due not to some EU peace programme but to the remarkable tenacity, courage and sacrifice of our marvellous security forces, who faced down the IRA which robbed us of peace for so long.

1-156

Ioannis Kasoulides (PPE-DE). – Mr President, the PEACE programme has contributed to the peace process in Northern Ireland not only in terms of financial assistance but also by helping to bring the two communities together. Its approach has been to work with civil society and NGOs to promote active citizenship. It has allowed the individuals involved to seek solutions to their own problems. This is an example of the Commission's contribution to peace-building and reconciliation, and it should be congratulated on this.

The report refers to sharing the experience gained by PEACE with other regions facing similar problems. As a Member from Cyprus, I think it would be extremely interesting to put this experience into effect in the case of Cyprus. I call on the Government of Cyprus and on the Commission to examine this possibility as a component in the provisions of any political settlement.

1-157

Σταύρος Αρναουτάκης (PSE). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόγραμμα PEACE απέδειξε τη συνεισφορά του προς την κατεύθυνση της ειρηνικής συνύπαρξης και της συμφιλίωσης των διαφορετικών κοινοτήτων στη Βόρεια Ιρλανδία. Με δεδομένη την υποστήριξή μας για τη συνέχιση του προγράμματος αυτού στην Ιρλανδία, επιτρέψτε μου να υπογραμμίσω τα εξής:

Το πρόγραμμα αποτελεί ένα λαμπρό παράδειγμα και καλή πρακτική που μπορεί και πρέπει να εφαρμοστεί και σε άλλες περιοχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως στην Κύπρο. Η μεθοδολογία εφαρμογής του προγράμματος PEACE και κυρίως η διαχείρισή του από τις τοπικές εταιρικές σχέσεις και Μη Κυβερνητικές Οργανώσεις, η ανάπτυξη διακοινοτικών σχεδίων, η διευκόλυνση πρόσβασης στη χρηματοδότηση σχεδίων ή ομάδων που δεν είχαν δυνατότητα χρηματοδότησης από άλλες κοινοτικές ή εθνικές πηγές, αποτελεί μια πολύτιμη εμπειρία που ανοίγει το δρόμο για τη μεθοδολογία και την προσέγγιση η οποία θα πρέπει να ακολουθηθεί εντύπερα στα προγράμματα των διαρθρωτικών ταμείων με προσέγγιση από τα κάτω προς τα επάνω και, ιδιαίτερα, στα προγράμματα που στοχεύουν στην τοπική ανάπτυξη καθώς και την καταπολέμηση της φτώχειας και του κοινωνικού αποκλεισμού.

1-158

Jean Marie Beaupuy (ALDE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, comme mes collègues, je tiens tout d'abord à souligner les excellents résultats obtenus grâce à PEACE I et PEACE II, et notamment

pour les bénéficiaires eux-mêmes en Irlande, en Irlande du Nord, qui aujourd'hui ont retrouvé à la fois dignité et espoir. Sur ces bases là, je voudrais souligner deux points particuliers, Madame la Commissaire, pour lesquels je souhaite que vous puissiez obtenir un réel succès.

Premièrement, comme l'a demandé Mme de BRÚN dans son rapport, c'est que les gouvernements britannique et irlandais fassent véritablement chorus avec les décisions du Parlement, de la Commission et du Conseil européen pour que les mesures transitoires et les mesures complémentaires soient mises en œuvre grâce à ces deux gouvernements.

La deuxième chose, Madame la Commissaire, puisque vous êtes responsable de la *task force*, eh bien cela ne vous étonnera pas, je vous demanderai de veiller à l'approche intégrée pour qu'il y ait cohérence entre les différents acteurs, cohérence entre les différents programmes, les différents fonds, cohérence entre les différents territoires.

Enfin, *the last but not the least*, j'espère qu'effectivement, à l'échelle mondiale, l'exemple irlandais sera une belle leçon.

¹⁻¹⁵⁹

Daniel Hannan (NI). – Mr President, why are we passing this resolution? Is it a specific remedy to an identified problem? Or are we rather passing it to make ourselves feel better, to feel that we have done our little bit for the peace process?

I ask that question with some regret. I am as big a supporter of the peace process in Northern Ireland as any Member of this Chamber and, indeed, possibly rather more than some. Being on one side Ulster Catholic, on the other, Scots Presbyterian, I have always felt that I have something of a personal stake in power sharing.

But the peace process is not guaranteed by external subventions. On the contrary, there is a danger that this flow of money turns what was an enterprising and thrifty part of the world in to a subsidy junkie, dependent on handouts from elsewhere.

Ask yourselves – I put this quite seriously – when you sign those cheques for those hundreds of millions of euros, whether you actually think you are buying stability and peace in that part of the world, or whether you are not just allowing yourselves to feel slightly better for a few minutes.

The idea that political violence is caused by deprivation is simply not borne out in reality. It is one of the many ideas that derive from Karl Marx and, like a lot of his ideas, it sounds plausible on the page, but it turns out not to be true in reality.

The most subsidised territory in the world, more than anywhere in Africa per capita, is Palestine, which is also one of the most violent.

The truth is that, if we want to support the peace process in Northern Ireland, we have to create a genuine democracy there, where there is a genuine opposition and the ability to change your government. If you do that, we will not need the money.

¹⁻¹⁶⁰

Colm Burke (PPE-DE). – Mr President, I welcome this report from Bairbre de Brún, and I would like to congratulate all the people who made a contribution to the report, in particular the shadow rapporteur, Jim Nicholson, Marian Harkin and all the people involved.

The Peace III Programme is up and running, with EUR 333 million going into an area, helping the whole infrastructure and Community development in Northern Ireland and in the border counties. I think the three PEACE programmes have made a huge contribution in bringing about peace in this area. I would like to congratulate all the people involved in getting it together, but also all of the political parties in Northern Ireland and the community groups who have worked together to make sure that the peace programme continues to work.

I also welcome the task force that has been set up in Northern Ireland, but I think that a task force is also needed in the six border counties in the Republic to deal with infrastructure development in that area. It is unfortunate that the Irish Government has not done likewise in relation to those six counties. It is something that should be looked at because those counties also suffered over a period of 30 to 35 years. We need that kind of initiative in those six county areas. I would welcome the Irish Government putting that in place.

Again, thank you to all those involved.

¹⁻¹⁶¹

Rolf Berend (PPE-DE). – Herr Präsident! Es gibt wohl kaum jemanden hier im Parlament, der den Erfolg des Programms PEACE grundsätzlich anzweifelt, was seinen konkreten Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt angeht, aber auch was die Sanierung des Engagements vor Ort – der aktiven Bürgerschaft und der Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Friedensbildung betrifft.

Der Initiativbericht hebt zu Recht die positiven Erfahrungen dieses einzigartigen und sehr innovativen Strukturprogramms hervor und zeigt gleichzeitig auf, was in Zukunft verbessert werden kann, welche Herausforderungen noch zu bewältigen sind und welche Schlussfolgerungen gezogen werden können.

Als EU-Regionalpolitiker liegt mir ganz besonders die Notwendigkeit der Entwicklung grenzübergreifender Arbeit sowie die Zusammenarbeit der lokalen Handelskammern, öffentlichen Einrichtungen und freiwilligen Organisationen auf beiden Seiten der Grenzen am Herzen. So befürworten meine Fraktion und ich diesen Bericht natürlich uneingeschränkt.

1-162

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, since nobody else is asking for the floor, I would just like to make a comment. I suppose I am not really surprised, but perhaps a little disappointed, to hear the comments by Mr Jim Allister here tonight. We are discussing the PEACE programme and not the conflict. Like all conflicts, this conflict's roots go deep and it did not start in recent times, and like all conflicts it is much more complicated than indicated by Mr Allister. But regardless of those who question the efficacy of the PEACE programme and indicate their disapproval of EU funding, there is no doubt that the PEACE funds acted as a catalyst and, as I said earlier, through voluntary effort and voluntary time achieved value for money. Perhaps the best thing to say is that there is an end to the conflict and that the PEACE funding played a role in helping to achieve this very positive outcome.

1-163

Jim Allister (NI). – Mr President, it is all very easy and very well for Miss Harkin to come to this House and to talk in the way she has talked.

How many constituents has she buried, murdered by terrorists? How many people have died in her constituency because the organisation that Miss de Brún represents decided they would die in pursuit of a political campaign?

The IRA murdered 2 000 of my constituents, so no one will lecture me in this House about the deep-seated feelings that I have, and no one will contradict me with justification for pointing out that the people that put so many of my constituents in their graves are the IRA, which Miss de Brún represents in this House.

To now see them in the government of my country is stomach-churning, and to find that they are there because they murdered and as a buy-off so that they will not murder again makes it even worse.

1-164

Danuta Hübner, Member of the Commission. – Mr President, I would like to say that this debate has clearly confirmed the importance of the peace process in Northern Ireland and that important lessons have been learned during this process. The Commission will continue its contribution to consolidating the reconciliation process and will also facilitate the sharing of the lessons learned from the experience of peace-building with all other areas facing similar problems. In these efforts, the support of the European Parliament will certainly matter very much.

I would like to make two further comments:

To Jean Marie Beaupuy, the task force for Northern Ireland has been established to enhance and facilitate the participation of the people of Northern Ireland in all European Union policies and also to better coordinate and to build more coherence between different processes contributing to the consolidation of the peace and reconciliation process.

The second comment is that in these efforts the Commission would also like to help people in Northern Ireland to reduce the existing dependency on the public sector, on state aid and on the reliance of support coming in the form of grants. The conference which was mentioned by Bairbre de Brún was also exactly aiming at contributing to this process of bringing more private investment – a more vibrant private sector – to life in this part of the island. Once again, thank you very much for all your comments.

1-165

Bairbre de Brún, Rapóirtéir. – A Uachtaráin, gabhaim buiochas leo siúd a labhair sa díospóireacht anocht. D'éist mé go cúramach leo agus leis na pointí a luaigh siad. Tá síorma orm fosta faoin mhéid a dúirt an tUasal Allister agus ní aontaím lena líomhaintí. Ba mhaith liom obair Pharlaímint na hEorpa agus an Choimisiúin thar na blianta ó thaobh na gclár PEACE a mholadh.

Ba mhaith liom buiochas a ghabháil go háirithe leis an Choimisinéir Hübner as an tiomantas pearsanta a thaispeán sí ón chéad lá di sa phost agus lena cuairteanna rialta ar Thuaisceart Éireann. Is iad Coimisinéir Hübner agus na Coimisinéirí a chuaigh roimpi cairde buana phróiseas síochána na hÉireann agus leoga is maith an rud ról leanúnach an Choimisiúin a fheiceáil tríd an tascfhórsa a bhunaigh an tUachtaráin Barroso.

Thug PEACE ar phobal teorann a bhí scartha ó am na críochdheighiltéachta ar an phobal coiteann arís. Tharraing sé an t-aos óg náisiúnach agus aontachtach le chéile chun foghlaim faoi chultúr a chéile. Aithnímid go háirithe ról tábhachtach na

mban i dtógáil siochána agus an obair thábhachtach, luachmhar trasphobail agus trastearann. Aithnímid gur féidir ceachtanna a fhoghlaim agus a úsáid i dtíortha eile.

Tugann mo Thuarascáil chun suntais gurb iad na daoine is imeallaí sa todhchaí a bhain an tairbhe is mó as PEACE, go díreach mar ba chóir dó a bheith. Ach, ag an am céanna, má tá grúpaí ann nár thapaigh an deis chun iarratas a chur isteach faoi PEACE I nó PEACE II, ba chóir iad a spreagadh chun páirt a ghlacadh annanois. Is í an chéad chéim eile nach mór a chinntí nach geriochnaíonn obair mhaith PEACE agus gur féidir le glúine amach anseo leanúint leo chun tairbhe a bhaint as an obair luachmhar a thosaigh trí na cláir PEACE agus trí thacaiocht iontach ó institiúidí na hEorpa.

1-166

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 20 maja 2008 r.

Oświadczenie pisemne (art. 142)

1-167

Ramona Nicole Mănescu (ALDE), în scris. – Programul PEACE reprezintă nu doar un mijloc de menținere a păcii, ci și un instrument care favorizează dezvoltarea economică și coeziunea teritorială. Implementarea sa de către guvernele și organizațiile non-guvernamentale regionale conduce la implicarea unei game largi de comunități, organizații locale și grupuri marginalizate, în procesul de guvernare și dezvoltare. Mai mult, finanțarea prin PEACE a unor proiecte la nivel regional contribuie la facilitarea dialogului, reconciliierii și acordurilor care au drept obiectiv satisfacerea interesului comun și prin urmare, evitarea oricărui tip de conflict.

Irlanda de Nord este un exemplu de bună practică pentru toate celelalte state membre care au experimentat conflicte sau care se confruntă în prezent cu probleme ce le amenință pacea.

Iată de ce susțin crearea unei rețele a regiunilor și orașelor europene cu un potențial risc de conflict și consider că promovarea parteneriatelor la nivel local, împărtășirea celor mai bune practici ca și cooperarea eficientă dintre regiunile și Organismele de finanțare intermediare sunt factori esențiali în determinarea comunităților locale de a coopera și conlucra în vederea menținerii păcii.

De asemenea, pledez pentru implementarea unor programe asemănătoare PEACE și în sud-estul Europei, cu precădere în Balcani, cu atât mai mult cu cât evenimentele din ultimii ani trag un semnal de alarmă.

1-168

26 - Strategia w sprawie regionów najbardziej oddalonych: osiągnięcia i plany na przyszłość (debata)

1-169

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Margie Sudre w imieniu Komisji Rozwoju Regionalnego w sprawie strategii regionów najbardziej oddalonych: osiągnięcia i plany na przyszłość (2008/2010(INI)) (A6-0158/2008).

1-170

Margie Sudre, rapporteur. – Monsieur le Président, Madame le Commissaire, mes chers collègues, le bilan de la Commission sur le partenariat renforcé pour les régions ultrapériphériques est pour le moins partiel, ne traduisant pas toujours les difficultés rencontrées sur le terrain. Pourtant, la réduction de leur déficit d'accessibilité, l'amélioration de leur compétitivité, leur intégration régionale restent des objectifs appropriés aux priorités de ces régions.

L'image des Açores, des Canaries, de la Guadeloupe, de la Guyane, de Madère, de la Martinique et de la Réunion, souvent assimilées à des régions sous perfusion de crédits communautaires ou nationaux, sans que ne soit mis en évidence l'impact positif de ces financements, est peu contrebalancée par la valeur ajoutée réelle qu'elles procurent à l'Union en termes environnementaux, culturels ou géostratégiques.

Les Fonds structurels continuent de concourir au développement des régions ultrapériphériques. Je souhaite cependant que la Commission adapte toujours mieux ses politiques actuelles et futures aux réalités ultrapériphériques pour apporter une réponse à leurs contraintes permanentes. Une méthodologie trop systématique de quantification des surcoûts serait disproportionnée et ne tiendrait pas compte des spécificités de chacune de ces RUP. L'importance croissante donnée à l'évaluation des politiques communautaires ne doit pas créer d'outil statistique superflu.

Je regrette le désintérêt de prime abord – je dis bien, de prime abord – qui a été affiché par la DG Commerce lors de la négociation des accords de partenariat économique. Je demande instamment à la Commission de continuer à rechercher

des compromis respectueux des intérêts des RUP dans le cadre des accords définitifs qui seront conclus avec les pays ACP et de donner une véritable consistance au plan d'action sur le grand voisinage, pour le grand voisinage.

Dans le domaine des transports, mon rapport s'inquiète de l'inclusion de l'aviation civile dans le système européen d'échange de quotas d'émission de CO₂. Il ne faut pas remettre en cause les efforts qui ont été réalisés pour compenser le déficit d'accessibilité des RUP.

Les interventions communautaires doivent être un catalyseur de l'esprit d'initiative pour développer des pôles d'excellence en s'appuyant sur les secteurs qui valorisent les atouts et les savoir-faire des RUP, tels que la gestion des déchets, les énergies renouvelables, l'autosuffisance énergétique ou encore la biodiversité.

Je me félicite de la consultation publique sur l'avenir de la stratégie de l'Union à l'égard des RUP mais considère que les thématiques choisies comme le changement climatique, l'évolution démographique ou la gestion des flux migratoires, l'agriculture et la politique maritime, si elles constituent des enjeux incontournables, ne couvrent pas l'ensemble des préoccupations majeures de nos régions. Ainsi, je regrette que la portée de l'article 299, paragraphe 2, du traité, socle de la politique de l'Union en faveur de ces RUP, n'ait pas été inscrite en tant que telle à l'ordre du jour des débats pour leur conférer le ton juridique, institutionnel et politique qu'ils exigent.

L'importance des services publics pour la cohésion économique, sociale et territoriale des RUP, la question des aides d'État, le maintien des régimes fiscaux différenciés, le caractère persistant du chômage et des inégalités, les moyens de surmonter l'exiguïté des marchés locaux, l'insertion dans l'espace européen de la recherche, la participation effective aux politiques européennes d'innovation et de lutte contre la fracture numérique, l'articulation des financements pour la coopération avec les pays voisins me semblent des sujets de réflexion aujourd'hui incontournables.

Pour conclure, j'aimerais insister sur les objectifs de mon rapport, assurer les conditions du développement économique des RUP et ainsi garantir aux populations ultramarines une réelle prospérité, renforcer leur compétitivité, convaincre que l'avenir de l'Europe passe aussi par ces territoires éloignés.

Je vous remercie par avance du soutien de votre vote demain.

1-171

Danuta Hübner, Member of the Commission. – Mr President, let me first of all say that we appreciate this report very much. This is a very professional report and I would like to thank Margie Sudre not only for the report but also for her presence and strong involvement in the Conference of Outermost Regions that we held last week in Brussels.

I would like also to extend my gratitude to the Regional Development Committee and also the Fisheries Committee, particularly its draftsman, Mr Guerreiro, for the contribution to the reflection on the future strategy for the outermost regions, and also to Mr Fernandes, Mr Marques and Mr Casaca. I would like to extend my gratitude for the contribution to the public consultation that we launched last September. This phase of consultation has just ended with the conference last week.

What came out from this conference very strongly is the challenge of double integration of the outermost regions, and also the idea of the outermost regions as test beds with pilot projects, especially in areas like renewable energy. It was also very clear in the conference that outermost regions have a wealth of unique opportunities and that they represent a living force as well as a strength for the Union as a whole.

On the report itself, let me stress that I fully share the importance Parliament attaches to the need to preserve a strategy specifically adapted to the characteristics and the assets of the outermost regions, and we are ready, in the Commission, to widen the scope of the strategy to new challenges. Clearly those identified by the Commission – climate change, demographic change and migration management, agriculture and the maritime policy – are not exclusive and we are open to other ideas.

I can also agree with Mme Sudre when she calls for an improvement in the coordination between the Regional Fund and the European Development Fund. I also believe it important to further integrate the outermost regions into the European Research Area as well as promoting cooperation with neighbouring regions. In this regard, I believe that the reformed cohesion policy has clearly helped to strengthen the position of the outermost regions under the cooperation objective.

The 'outermost region dimension', if I may call it so, has been safeguarded and intensified following the reform of many Community policies: not only the cohesion policy, but also agricultural and rural development, regional state aid frameworks, the European POSEI programmes or the EU maritime policy.

I strongly believe that these policy developments correspond well to the needs of the outermost regions. With the September 2007 communication, we underlined the need to exploit all of the opportunities offered by the reforms of

European policies during the period 2007-2013, and from my different and numerous visits to the outermost regions I can see that many initiatives have been taken in that direction, although I believe that these initiatives should be further strengthened and developed.

Concerning the way in which the Commission conducted the Economic Partnership Agreement negotiations as well as the Emission Trading Scheme discussions, allow me to say that the outermost regions have been an integral part of the discussions from the very start and the Commission has systematically informed and also involved the representatives of the outermost regions in the discussions.

Having said this, let me also assure you that the Commission will continue to take account of the specific interests of the outermost regions in current, but also in future, negotiations of this nature.

1-172

Pedro Guerreiro, relator de parecer da Comissão das Pescas. – O parecer da Comissão das Pescas, única comissão parlamentar a decidir elaborar tal parecer, integra um valioso conjunto de propostas em prol dos interesses das regiões ultraperiféricas, entre outras a consideração da área correspondente das suas zonas económicas exclusivas como zona de acesso exclusiva, o apoio comunitário à renovação e modernização das frotas de pesca e a criação de um programa comunitário de apoio à pequena pesca costeira e artesanal, o apoio comunitário à investigação científica pesqueira, à protecção e recuperação dos recursos haliúnicos e à aplicação de medidas socioeconómicas para compensar os pescadores dos planos de conservação dos recursos, o reforço e a perenidade de apoios comunitários como o POSEI Pescas.

Porque consideramos que estas importantes propostas da Comissão das Pescas devem ser reflectidas na resolução a aprovar amanhã em sessão plenária, reapresentamos um conjunto de oito alterações, para as quais solicitamos o vosso apoio.

1-173

PRZEWODNICZYZ: ADAM BIELAN
Wiceprzewodniczący

1-174

Oldřich Vlasák, za skupinu PPE-DE. – Vážený pane předsedo, paní komisařko, dámy a pánové, specifická situace nejvzdálenějších regionů si zcela jistě zaslouží zvýšenou pozornost Evropské unie. Je nesporné, že dosavadní evropská politika týkající se nejvzdálenějších regionů měla několik příznivých dopadů, nicméně je skutečností, že stále existují strukturální obtíže, kterým se je třeba v budoucnu věnovat. Je však potřeba si uvědomit, že některé problémy nejvzdálenějších regionů vyřešit nelze, neboť se jedná o problémy sui generis vyplývající z toho, že se jedná o značně odlehlá území ostrovní povahy, kromě francouzské Guyany, jež mají svá geografická a strukturální specifika, která nezměníme.

Chtěl bych proto na tomto místě varovat před přílišným sociálním inženýrstvím realizovaným z centra. V případě diskutované problematiky nejvzdálenějších regionů je třeba se více než jindy zamýšlet nad možnostmi uplatnění principu subsidiarity. Je nesporné, že nejvzdálenější regiony potřebují jiné podmínky z hlediska veřejné pomoci a regulace vnitřního trhu. To by měla zohledňovat i evropská legislativa, která musí umožnit zachovat specifickost těchto regionů a mírnit omezující okolnosti. Je však otázkou do jaké míry jsou v tomto případě efektivní komplikované evropské finanční programy. Státní a regionální pomoc se znalostí místních poměrů je podle mého názoru mnohem efektivnější cestou podpory nejvzdálenějších regionů. Evropská strukturální politika by se podle mého názoru měla spíše řídit myšlenkou, že finanční prostředky by měly směřovat primárně do nejchudších regionů, kde jsou nejvíce potřeba, bez ohledu na to, zda se jedná o ostrov, horu nebo nezalidněnou oblast.

1-175

Emanuel Jardim Fernandes, em nome do Grupo PSE. – Senhor Presidente, eu gostaria de começar por saudar a Sra. Comissária e a Comissão por esta iniciativa que vem, certamente, abrir um novo caminho para as respostas aos problemas das regiões ultraperiféricas e das suas populações.

A abertura de uma audição pública veio propiciar uma maior participação. Penso que há já um grande contributo, como também a reunião a que a Sra. Comissária se referiu. Saíram daí grandes pistas. Mas eu queria centrar-me no projecto de parecer. É um parecer equilibrado. É um parecer onde foi possível chegar a consensos. É um parecer que aponta para alguma complementaridade às perspectivas que a Comissão apontou ao referir as alterações climáticas, etc.

Eu gostaria aqui de referir, antes de mais, a questão da Estratégia de Lisboa, que considero fundamental para poder dar resposta aos problemas das regiões ultraperiféricas nesta nova fase, à necessidade de adequar todas as políticas e todos os programas a esta situação e também a questão da garantia de financiamento.

Gostaria também de me referir, e para terminar... É certo, a Comissão das Pescas viu-o no parecer, está vertido no essencial. Há, no entanto, alguns pormenores que poderão ser referidos. O que era difícil era, de facto, juntar a globalidade

de um sector, quando o que se pretende é uma estratégia para as regiões ultraperiféricas abrangendo todas as áreas possíveis do desenvolvimento.

1-176

Jean Marie Beaupuy, au nom du groupe ALDE. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, à l'époque où notre planète est devenue un très petit village, puisqu'on se déplace facilement d'un bout à l'autre de notre terre, il faut saisir que ces régions ultrapériphériques sont une grande chance pour l'Union européenne. Comme l'a dit notre rapporteur, Mme Sudre, dans différents paragraphes, nous bénéficiions de grands atouts aux niveaux agriculture, pêche, recherche, technologie, tourisme dans nos régions ultrapériphériques. C'est là le plus grand espace maritime avec 25 millions de km². Il faut donc s'appuyer sur ces atouts, comme cela est indiqué dans ce rapport, pour que véritablement nos régions ultrapériphériques puissent réussir notre avenir collectif.

Je voudrais prendre comme deuxième point le cas particulier des villes, en tant que président de l'intergroupe Urban avec plusieurs de mes collègues de l'intergroupe Urban ici ce soir, car c'est bien dans les villes que se concentrent les questions de chômage qui sont trois fois plus importantes que dans notre continent. C'est sur les villes que se concentrent les migrations, c'est sur les villes que se concentrent les développements démographiques.

Madame la Commissaire, vous avez là une occasion extraordinaire d'imposer aux différents fonds européens, mais aussi aux différentes politiques, aux différents projets gouvernementaux, régionaux et locaux, l'approche intégrée. Nous n'aurons pas d'efficacité dans ces régions ultrapériphériques, nous n'aurons pas de possibilité d'utiliser au mieux les atouts dont ils disposent s'il n'y a pas le développement de cette approche intégrée.

Merci d'avance, Madame la Commissaire, d'utiliser nos règlements européens pour que l'approche intégrée soit un facteur de succès de tout ce que nous mettons en place.

1-177

Mieczysław Edmund Janowski, w imieniu grupy UEN. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! W imieniu grupy UEN wyrażam uznanie dla pani poseł Sudre za podjęcie tego tematu. Solidarność europejska wymaga uwzględnienia specyficznej sytuacji, w jakiej znajdują się obszary najbardziej odległe. Naszym obowiązkiem, również moralnym, jest troska o spójność ekonomiczną i społeczną tych regionów. Zapisana w traktacie z Lizbony spójność terytorialna, choć nie w dosłownym, geograficznym rozumieniu, także winna mieć swój wymiar obejmujący najbardziej oddalone rejony Unii.

Należy podkreślić potrzebę wzmacniania partnerstwa, rozumianego jako polepszenie dostępności, wzmacnianie konkurencyjności i poprawienie integracji regionalnej. Oczywiście nie wolno zapominać, że podmiotem tych wszystkich działań są mieszkańcy terytoriów zamorskich. Ważne są dla nich kwestie transportu morskiego i lotniczego, bezrobocia, turystyki, rybołówstwa, zapewnienia właściwego poziomu edukacji oraz opieki zdrowotnej, powszechny dostęp do Internetu szerokopasmowego. Pamiętajmy także o zdarzających się, niestety, w tych obszarach klęskach żywiołowych. Obszary te mają one swoje atuty, ale także swoje problemy. Sprawozdanie pani poseł Sudre bardzo je nam przybliża.

1-178

Pedro Guerreiro, em nome do Grupo GUE/NGL. – Consideramos positivamente o relatório, apesar de integrar alguns pontos sobre os quais discordamos.

Valorizamos a adopção de propostas que apresentámos na Comissão do Desenvolvimento Regional do Parlamento em prol das regiões ultraperiféricas, de que são exemplo a defesa de que as especificidades das regiões ultraperiféricas necessitam de uma estratégia baseada em políticas e medidas que não estejam sujeitas a critérios de transitoriedade nem a evoluções conjunturais de riqueza, que estejam adaptadas às diferentes necessidades de cada uma destas regiões e contribuam para dar resposta aos constrangimentos permanentes a que estão sujeitas.

O sublinhar da importância dos serviços públicos para a coesão económica, social e territorial das regiões ultraperiféricas, entre os quais nos domínios dos transportes aéreos e marítimos, dos correios, da energia, das comunicações, não esquecendo o acesso à Internet de banda larga ou a urgente aprovação de medidas que contribuam para combater o carácter persistente do desemprego, da pobreza e das desigualdades na distribuição do rendimento nestas regiões, das mais elevadas na União Europeia.

No entanto, consideramos que poderiam e deveriam ser clarificados e reforçados alguns aspectos, como, por exemplo, que as medidas comunitárias de apoio às regiões ultraperiféricas deverão ter um carácter permanente e ser adequadamente financiadas, dados os constrangimentos também permanentes a que estão sujeitas, ou que, para garantir uma maior coerência e eficácia das medidas em prol destas regiões e da concretização do seu estatuto, é necessário não só garantir o carácter específico da ultraperifericidade de forma transversal nas diferentes políticas comunitárias, como criar um programa comunitário de apoio a estas regiões com os adequados meios financeiros e que integre todas as medidas existentes.

Daí as nossas propostas de alteração.

1-179

Rolf Berend (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der gute Initiativbericht der Kollegin Sudre verfolgt zwei grundsätzliche Ziele: Zum einen bewertet er die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Kommissionsmitteilung und zum anderen liefert er – wie ich meine – hervorragende Voraussetzungen zur Diskussion über die Zukunftsaussichten für Regionen in äußerster Randlage. Auch wenn die Berichterstatterin die Auffassung vertritt, die vorgelegte Bilanz sei zumindest teilweise zu günstig ausgefallen, so sollten wir doch stolz sein, dank europäischer Hilfe solche Ergebnisse in den entlegenen Regionen vorweisen zu können.

Zum einen bedeutet das keineswegs eine Verringerung der Unterstützung dieser Regionen, da ja ohnehin eine rechtliche Verpflichtung im EG-Vertrag besteht. Zum anderen wissen wir, dass die Wertschätzung der besonderen Vorteile der Regionen in äußerster Randlage die einzige geeignete Strategie ist, um eine endogene und dauerhafte Entwicklung dieser Gebiete zu gewährleisten.

Es geht in der Tat – wie die Berichterstatterin zu Recht resümiert – nicht nur darum, aufrechtzuerhalten, zu bewahren und zu schützen, sondern vielmehr darum, Attraktivität und Ausstrahlungskraft zu schaffen und weiterhin eng zusammenzuarbeiten. So wird im Bericht richtigerweise gefordert, dass die Diskussion über die Zukunft der Strategie zur Unterstützung der Regionen in äußerster Randlage nicht nur mit Blick auf Herausforderungen wie Klimawandel, demographische Entwicklung, Steuerung der Migrationsströme, Landwirtschaft und Meerespolitik zu führen ist, sondern dass auch Positionen, die sie im Rahmen anderer Gemeinschaftspolitiken einnehmen soll, in Betracht zu ziehen sind. Die neue Generation der europäischen Programme muss auch der Beginn der erforderlichen Diversifizierung der Volkswirtschaften in äußerster Randlage sein und darf sich nicht darauf beschränken, den erreichten Entwicklungsstand, der größtenteils dank der EU erzielt wurde, nur aufrechtzuerhalten.

Unter diesem Aspekt sollten wir dem Bericht unsere uneingeschränkte Unterstützung zukommen lassen!

1-180

Iratxe García Pérez (PSE). – Señor Presidente, señora Comisaria, reitero los agradecimientos a la Sra. Sudre por el desarrollo del trabajo en este informe y la posibilidad de consenso mayoritario en la Comisión de Política Regional con respecto a la política dirigida a las regiones ultraperiféricas que compartimos.

Debe ser una política basada en tres ejes fundamentales: reducción del déficit de accesibilidad, mejora de la competitividad y refuerzo de la integración regional.

La contribución de los Fondos Estructurales al desarrollo de estas regiones ha sido muy importante y lo seguirá siendo en el futuro para mantener el nivel de cohesión alcanzado y seguir avanzando en la reducción de las disparidades. Por ello, es necesario que la Comisión dé pruebas de mayor flexibilidad. Se debe facilitar la gestión del Fondo FEDER para las regiones ultraperiféricas mediante una definición lo suficientemente amplia de su ámbito de actuación que haga posible la absorción de la totalidad del Fondo.

Otro de los retos fundamentales es la mejora de la accesibilidad y, por ello, es importante que reciban un trato diferenciado en el ámbito de los transportes.

El cuarto informe de cohesión hace frente a los nuevos retos y desafíos y, sin duda alguna, esperamos que la Comisión tenga en cuenta que estos desafíos también son importantes en las regiones ultraperiféricas.

1-181

Κυριάκος Τριανταφυλλίδης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, ένα σημαντικό ζήτημα που δεν έχει τύχει επαρκούς προσοχής από την Επιτροπή είναι αυτό της στήριξης νησιωτικών περιφερειών στην Ευρωπαϊκή Ένωση, πέραν αυτών που αναφέρονται στη Συνθήκη, και οι οποίες παρουσιάζουν όμως παρόμοια χαρακτηριστικά.

Τα νησιά-χώρες μέλη που βρίσκονται στην περιφέρεια της Ένωσης πρέπει να αντιμετωπιστούν σε ίση βάση αναφορικά με τις λεγόμενες ιδιαίτερα απομακρυσμένες περιφέρειες. Αυτό είναι απαραίτητο προκειμένου να τηρηθεί η αρχή της ίσης μεταχείρισης, επειδή νησιά κράτη μέλη, αλλά και νησιωτικές περιοχές κρατών μελών, αντιμετωπίζουν σε κάποιο βαθμό παρόμοιες αυστηρές εδαφικές και γεωγραφικές αναπτυρίες, όπως άλλωστε και οι ιδιαίτερα απομακρυσμένες περιφέρειες. Θα πρέπει επομένως τα μικρά νησιωτικά κράτη μέλη και οι νησιωτικές περιοχές κρατών μελών να τυγχάνουν της ίδιας μεταχείρισης με τις ιδιαίτερα απομακρυσμένες περιοχές και να εφαρμόζεται παρόμοια προνομιακή στρατηγική, όπως και για τις περιφέρειες αυτές, π.χ. ξεχωριστό καθεστώς κρατικών ενισχύσεων, έτσι ώστε να καταστούν γέφυρα επικοινωνίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε περιοχές όπως αυτή της Ανατολικής Μεσογείου.

1-182

Εμμανουήλ Αγγελάκας (PPE-DE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, αν και φαινομενικά η έκθεση της κ. Sudre δεν μπορεί να αγγίξει ένα μεγάλο μέρος των ευρωπαϊκών χωρών, δεδομένου ότι ελάχιστες διαθέτουν τόσο ιδιαίτερα απομακρυσμένες περιφέρειες όπως, μεταξύ άλλων, οι Αζόρες, η Μαδέιρα και άλλες, ωστόσο η προσέγγισή της μου κίνησε το ενδιαφέρον. Διαπίστωσα ότι η έκθεση μπορεί να εμπνεύσει μια ανάλογη πολιτική και για χώρες που διαθέτουν νησιωτικές -πόσο μάλλον πολυνησιωτικές- περιφέρειες καθώς και ορεινές περιφέρειες- όπως η χώρα μου, η Ελλάδα.

Πρόκειται για περιοχές των οποίων ο γεω-πολιτιστικός χαρακτήρας αποτελεί μοναδικό πλούτο αλλά και μειονέκτημα μαζί.

Ως εκ τούτου συγχαίρω την κ. Sudre για το έργο της, αλλά και για το γεγονός ότι μου πρόσφερε μια αφορμή για να καταθέσω και εγώ ορισμένες προτάσεις για τις προαναφερθείσες περιοχές. Προτείνω, κατά συνέπεια, να ληφθούν μέτρα για την αξιοποίηση των γεω-πολιτιστικών χαρακτηριστικών των νησιών και των ορεινών περιοχών, από πλευράς αναπτυξιακής στρατηγικής για τη διατήρηση και ενδυνάμωση της αρχής της εδαφικής συνοχής καθώς και την ανάπτυξη ενός συστήματος στατιστικών δεικτών, ώστε να γίνεται καλύτερη εκτίμηση των διαφορών μεταξύ νησιωτικής και ηπειρωτικής χώρας. Επίσης, μεγαλύτερη ευελιξία στην εφαρμογή πολιτικών ευρωπαϊκών και κρατικών ενισχύσεων σε παραγωγικές δραστηριότητες που λαμβάνουν χώρα στα νησιά, για ισότιμη πρόσβαση στην εσωτερική αγορά και καθιέρωση ενός καθεστώτος λειτουργικών ενισχύσεων στα νησιά, για την επίδραση των κλιματικών αλλαγών στα νησιά και ιδίως την επιδείνωση υπαρχόντων προβλημάτων όπως η λειψυδρία, για τη διευκόλυνση της συγκοινωνιακής διασύνδεσης μεταξύ νησιών και ορεινών περιοχών και της ηπειρωτικής χώρας. Τέλος, ιδιαίτερη προτεραιότητα πρέπει να δοθεί στην ενεργειακή ασφάλεια των νησιών, με την ανάπτυξη και υλοποίηση έργων παραγωγής ενέργειας με χρήση νέων τεχνολογιών και ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, καθώς επίσης και στην ανάπτυξη της ευρυζωνικότητας και την ενίσχυση και διασφάλιση της βιωσιμότητας του νησιωτικού και ορεινού τουρισμού.

Για όλα αυτά συγχαίρω και πάλι την κ. Sudre, εκφράζω την ολόθερμη υποστήριξη στην έκθεση και πιστεύω ότι κάποια στιγμή η Επιτροπή θα εκπονήσει και κάποια παρόμοια έκθεση για τις περιοχές που ανέφερα.

1-183

Manuel Medina Ortega (PSE). – Señor Presidente, en algunas de las intervenciones que ha habido esta tarde no parece tenerse en cuenta que hay una realidad diferente en las regiones ultraperiféricas. No se trata de que sean regiones pobres. Estamos hablando de pequeños territorios insulares y muy aislados, que están situados a miles de kilómetros del territorio de la Unión Europea y en los que habitan en total 4 millones y medio de personas.

La Unión Europea podría abandonar estos territorios a su suerte, lo cual quiere decir condenarles a la miseria o forzar a sus habitantes a emigrar al territorio de la Unión Europea, lo cual supondría aceptar otros 4,5 millones más de inmigrantes.

La Comisión Europea, por fortuna, ha entendido la situación de esos territorios y ha preparado un régimen especial desde hace mucho tiempo. Ahora la Comisión nos somete una consulta. La señora Sudre ha elaborado un valioso informe en el que responde a esa consulta, insistiendo en algunos puntos, como por ejemplo, el mantenimiento de la Unidad RUP o propuestas muy concretas en materia de mantenimiento de servicios públicos, de desarrollo de la innovación y de ruptura de la brecha digital. Creo que el Parlamento deberá aprobar el informe de la Sra. Sudre en los términos que ella ha planteado.

1-184

Catherine Neris (PSE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, le rapport qui sera soumis demain au vote du Parlement rappelle avec pertinence que les spécificités des régions ultrapériphériques sont également une partie de leur force. Freinées par les handicaps, elles disposent parallèlement d'incontestables atouts qu'il est aujourd'hui urgent de valoriser pour assurer un développement effectif et durable pour l'avenir. Dynamiser nos îles nécessite aussi de grandir, de garantir la pérennité des filières agricoles de qualité, qui contribuent à la diversité de nos productions communautaires. C'est favoriser l'essor d'un véritable pôle touristique basé sur des richesses de nos paysages et de notre patrimoine culturel. C'est enfin profiter de la situation géographique des RUP, notamment dans les Caraïbes et l'océan Indien, en favorisant une meilleure coopération avec les pays tiers voisins et en valorisant notre insularité pour développer une véritable excellence en termes de recherche scientifique, et en particulier dans les secteurs maritime, climatologique et environnemental.

Ces objectifs ne pourront toutefois être atteints que dans un cadre réglementaire particulier, celui de l'actuel article 299(2) du traité, dont l'esprit devra guider l'application spécifique des politiques publiques européennes, en particulier dans le secteur de l'énergie et des transports, mais aussi dans les politiques commerciales internationales en tenant impérativement compte des intérêts des RUP dans la négociation des accords de partenariat économique. Le volontarisme des RUP, réel, sans faille, va de pair avec le besoin d'être traité d'une manière équitable, c'est-à-dire différenciée.

Gageons que la Commission saura en tenir compte dans l'élaboration de sa réflexion.

1-185

Lambert van Nistelrooij (PPE-DE). – De positie van die ultraperifere gebieden is bijzonder. Het gaat inderdaad om die verafgelegen kleine eilandjes en ik denk dat mevrouw Sudre een goed evenwicht heeft gevonden door dat specifieke karakter te belichten en daar de instrumenten goed op toe te snijden.

Als Nederlands parlementslid wil ik melding maken van ontwikkelingen binnen het Koninkrijk der Nederlanden. Wij hebben drie van die kleine eilandjes - Sawa, St. Maarten en Bonaire - die inderdaad zullen overgaan naar die andere status en daarmee ook onder de ultraperifere gebieden komen te vallen. Ik verwacht evenwel niet dat het zó snel zal gaan dat de

inwoners daarvan nog vóór de verkiezingen van 2009 kunnen meestemmen. Onder het nieuwe Verdrag van Lissabon kunnen wij hen sneller opnemen. Daarvoor hoeven wij het Verdrag niet te wijzigen. Misschien kan mevrouw Hübner aangeven of de Commissie helemaal klaar is om deze drie kleine, samen 19.000 inwoners tellende eilandjes in ons geheel op te nemen.

1-186

Sérgio Marques (PPE-DE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, caros Colegas, para além de felicitar a colega Margie Sudre pelo excelente relatório que produziu, gostaria de deixar três notas sobre a estratégia futura da União Europeia para com as suas regiões ultraperiféricas.

Uma primeira nota para saudar a Comissão Europeia pelo incentivo à participação no debate sobre o balanço da política europeia para as RUPs e a estratégia futura a aplicar. Aprovar a consulta pública *on-line* e a grande conferência da semana passada promovida pela Comissão Europeia sobre esta temática.

Uma segunda nota para referir que uma estratégia europeia para as RUPs é tão necessária no futuro como tem sido até hoje. Existe o perigo de se pensar que o desenvolvimento económico e social entretanto conseguido pelas RUPs torna menos necessária a acção europeia. Tenhamos, no entanto, sempre presente que a realidade muito específica das regiões ultraperiféricas é permanente, o que continuará a exigir uma resposta europeia diferenciada e adaptada a esta realidade muito própria.

Uma terceira e última nota para referir a importância de tudo dever ser feito para concretizar também nas regiões ultraperiféricas a Estratégia de Lisboa, cuja aplicação nestas regiões é mais problemática devido às suas características muito particulares.

Recomendaria, por isso, à Sra. Comissária Hübner que a Comissão Europeia promovesse a realização de um estudo visando a identificação das dificuldades das regiões ultraperiféricas na implementação da Estratégia de Lisboa e formas concretas de a ultrapassar.

1-187

Madeleine Jouye de Grandmaison (GUE/NGL). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, il m'est agréable de saluer la qualité du rapport de notre collègue, Mme Sudre.

Plus de dix ans après l'entrée en vigueur du traité d'Amsterdam, dans son article 299(2), nous ne pouvons que constater que la politique mise en œuvre par l'UE a conduit à des avancées indéniables. Cependant, nous devons aujourd'hui aborder une nouvelle étape fondée sur un renversement d'approche dans les relations entre l'UE et les RUP. Cela suppose une meilleure prise en compte par l'UE des atouts des RUP, ainsi que le préconise le séminaire de la semaine dernière. Il me semble que cette nouvelle stratégie devrait, avec le rattrapage des retards, mettre l'accent sur le développement, le développement indéniablement conditionné par la valorisation de nos potentialités. Ceci vaut pour la recherche scientifique, pour les ressources maritimes, pour la biodiversité, pour la politique sociale européenne, pour le changement climatique ou pour l'apport incomparable en termes de diversité culturelle. J'ai déposé quelques amendements en ce sens. J'espère qu'ils seront satisfaits.

Donner corps à cette nouvelle approche, c'est donner aux RUP les moyens d'être de véritables partenaires de l'Europe et c'est en cela que nous devons considérer une nouvelle manière de voir: un partenariat partagé au bénéfice de tous.

1-188

Danuta Hübner, Member of the Commission. – Mr President, very briefly in reply to what Mr van Nistelrooij asked, yes, we have been working with the Dutch Government for the last year-and-a-half on this. Fortunately the changes which were permitted by the Treaty have been introduced, so we hope that one day we will have the three new territories.

With regard to the comments made, let me first of all say that, in line with the request formulated by the European Council in December, the Commission will be producing a communication this autumn that will take the outermost region strategy forward with, I hope, decisiveness and pragmatism. That is our approach to address both new challenges, but first of all to facilitate grasping all the opportunities.

Mme Sudre, I see your report as helping to build a bridge between the present and future strategies for the outermost regions and that is a very important role of this report. I also very much believe that the right way forward is indeed first of all to build on the assets of the outermost regions, That was stressed by several Members.

Let me also mention in this context our future Green Paper on territorial cohesion, which will be an essential feature of the French presidency. The outermost regions have a strong role to play in this process of preparing the territorial dimension of the cohesion policy because the outermost regions truly personify our efforts to bridge the territorial divides inside Europe. That is why I would welcome their strong involvement in the public consultation related to the Green Paper on territorial cohesion.

On the last issue, let me simply reassure you that the Commission will continue to promote a coordinated and integrated approach and will seek to achieve synergies between different Community policies affecting the outermost regions.

1-189

Margie Sudre, rapporteur. – Monsieur le Président, je voudrais remercier évidemment tous les intervenants pour leur contribution à ce débat et je voudrais renouveler mes remerciements à la Commission pour l'initiative qu'elle a eue la semaine dernière à propos de la stratégie à tenir pour les RUP.

Je souhaiterais répondre à quelques-uns de mes collègues, je les remercie pour les félicitations qu'ils ont apportées pour ce rapport; je voudrais simplement répondre à M. Guerreiro que, ce qu'il demande, cet appui à la rénovation et aux études concernant la pêche, le renforcement de l'aide, tout cela est déjà contenu dans le Fonds européen pour la pêche. Tout cela est contenu déjà dans la politique assumée par l'Union européenne, par la Commission au sein de la commission de la pêche et nous sommes là dans un rapport qui concerne la politique du développement régional. C'est pour cela que j'ai pris en compte toute l'importance que la pêche apporte à notre développement sans toutefois lui consacrer l'énorme place qu'aurait souhaitée M. Guerreiro. Je lui rappelle que nous parlons là de politique du développement régional.

M. Medina Ortega a déjà répondu à nos collègues grecs qui demandaient que la même politique soit appliquée à toutes les îles et a expliqué la différence qu'il y avait à des milliers et des milliers de kilomètres du continent européen. Quels que soient les progrès que nous ferons, nous serons toujours à des milliers de kilomètres et c'est ce qui fait notre spécificité. Quelle que soit aussi la compréhension que j'ai des problèmes que connaissent les insulaires, nous ne pouvons évidemment pas appliquer les mêmes dérogations et les mêmes règles à des îles qui ne se trouvent qu'à quelques heures en bateau ou à quelques minutes en avion. Donc, ce n'est pas du tout un manque de prise en considération de la situation des îles mais c'est, je voudrais le souligner, toute la différence qu'il y a entre vos îles proches du continent et les nôtres qui sont extrêmement éloignées.

Monsieur Guerreiro, vous êtes réintervenu pour dire qu'il ne fallait pas se baser sur des critères transitoires. Bien sûr que notre situation n'a rien de transitoire, elle est permanente, mais nous ne pouvons pas demander que les aides soient assurées de façon permanente et *ad vitam aeternam* sur le même niveau, puisque notre espérance est de rattraper la moyenne communautaire.

1-190

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 20 maja 2008 r.

Oświadczenie pisemne (art. 142)

1-191

Toomas Savi (ALDE), in writing. – This report gives a good overview of the problems that the Azores, the Canary Islands, Guadeloupe, French Guiana, Martinique, Réunion, Saint-Martin and Saint-Barthelemy are facing as geographically distant regions of the European Union, but it also points out the disparities in the treatment of different overseas territories of the Member States.

There are still several regions under the sovereignty of Member States that do not share the same status as the outermost regions. For example the citizens of the British Virgin Islands or Greenland are citizens of the European Union, but European Parliamentary elections are not held in those regions, while the citizens of Aruba are citizens of the European Union who happen to be entitled to vote in the European Parliamentary elections. But even more confusing is the fact that none of the aforementioned territories is actually a part of the European Union.

It is my firm belief that the European Union's relationship with the Member States' overseas territories and citizens of all those territories should become uniform, bearing in mind the equal treatment of the citizens of the European Union.

1-192

27 - Strategia polityki wspólnotowej w zakresie polityki konsumenckiej na lata 2007-2013 (debata)

1-193

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporzązone przez Lasse Lehtinena w imieniu Komisji Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumentów w sprawie strategii polityki konsumenckiej UE na lata 2007-2013 (2007/2189(INI)) (A6-0155/2008).

1-194

Lasse Lehtinen, esittelijä. – Arvoisa puhemies, käsiteltävään oleva mietintö on käynyt valiokunnassa läpi perusteellisen käsitteilyn, josta kiitän edustajatovereita ja ennen kaikkea varjoesittelijöitä muista poliittisista ryhmistä. Hyvässä

yhteisymmärryksessä olemme panneet merkille komission kiitettävän pyrkimyksen pitää kuluttajakysymykset esillä kaikilla politiikan alueilla.

Tämä maanosa ei pysty kilpailemaan globaaleilla markkinoilla, jollei se pysty kilpailemaan keskenään sisämarkkinoilla. Kansalliset 27 minimarkkinaa on yhdistettävä maailman laajimmaksi vähittäismarkkinoiksi.

Toimivat sisämarkkinat edellyttävät luottamusta lisääviä toimia kuluttajien hyväksi. Vahvoilla ja riippumattomilla kuluttajajärjestöillä on tärkeä rooli kuluttajien luottamuksen lisäämiseksi.

Luottamusta lisäävien toimien joukossa on yksi, joka nousi muita voimakkaammin esiin keskusteluissamme ja aiheutti myös ainot mainittavat erimielisydet. Kysymys on kuluttajien mahdollisuudesta saada välineet korvausten hakemiseen, jos jokin menee vikaan. Tässä mietinnössä katsotaan, että järjestelmä, joka suojaaa kuluttajia kollektiivisella oikeussuojalla rajat ylittävissä kiistakysymyksissä, on välittämätön.

Komissaari Kuneva on jo aiemmin luvannut ryhtyä pohtimaan, millainen joukkokannejärjestelmä saattaisi Euroopassa toimia. Meillä Euroopassa tuntuu olevan laaja yksimielisyys ainakin siitä, millainen se ei saa olla. Se ei saa muistuttaa oleellisilta osiltaan yhdysvaltalaista ryhmäkannejärjestelmää, jonka pääasiallisia hyötyjä ovat juristik, eivät kuluttajat. Euroopassa meidän on tavoiteltava järjestelmää, jossa korvausvaatimukset ovat suorassa yhteydessä tosiasialliseen vahinkoon. Näin oikeudenjako ei olisi luonteeltaan rankaiseva vaan kuluttajalle oikeutta tekevä. Kollektiivisilla oikeussuojakeinoilla ei siis annettaisi kuluttajille uusia oikeuksia, vaan varmistettaisiin, että nykyiset oikeudet voidaan hyödyntää parhaalla mahdollisella tavalla.

Konservatiivit ryhmänä ovat olleet haluttomia viemään eteenpäin ajatusta joukkokanteesta. Syksi on esitetty, että komissio on jo luvannut ruveta valmistelemaan sitä koskevia esityksiä. Parlamentti on kuitenkin nimenomaan Euroopan kansalaisten valitsema poliittinen päättäjä, jonka enemmistön tahdon on tultava näkyviin. Meillä on sekä lupa että velvollisuus ajatella ja ehdottaa komissiolle uusia ja yksityiskohtaisiakin ratkaisuja kansalaisten ongelmiin asioihin.

Olen ehdottanut, että komissio tutkii, olisiko hyödyllistä perustaa rajat ylittäviä tapauksia varten erityinen kuluttajasiamehen virka komission alaisuuteen. Tuo korkea virksamies voisi eräiden kansallisten mallien mukaisesti toimia portinpartijana, eräänlaisena valikoivana viranomaisena, kun oikeussuojakeinoja pannaan täytäntöön. Toivottavasti mietintö siihen sisältyvine kompromisseineen saa mahdollisimman laajan tuen.

1-195

Meglena Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank Parliament for supporting the objectives and actions of our Consumer Policy Strategy for the years 2007-2013 and of course for the great support and work of the rapporteur.

I welcome the view of Parliament on the necessity to transform the 27 national mini-markets into a pan-European retail market – the largest in the world. To achieve this, we need to increase the confidence of consumers to shop across borders. We often say that trust is the currency of the modern economy. I believe that, through our endeavours and substantial efforts, helped by the set of our strategy, we could, step by step, achieve this goal.

In this context, I also very much appreciate the support given to the proposed framework directive on consumer contractual rights, which is the tool for achieving the goal. I am particularly pleased with the agreement of Parliament on the need for targeted full harmonisation where bottlenecks to the functioning of the internal market are identified.

On the Consumer Markets Scoreboard, I am grateful for the welcome given by the European Parliament to this initiative and look forward to your full support later this year. The Scoreboard is central to the aim of the strategy of better understanding how the internal market is working for our consumers – to measure the outcome of the internal market for consumers. When the Scoreboard is fully developed, we will really be able to deliver better regulation and evidence-based policy-making. Equally important, we will demonstrate to our citizens that we understand and can respond to their day-to-day concerns.

You raised the question of redress. I would like to thank you for your support for the Consumer Policy Strategy's focus on redress and enforcement. Redress, together with enforcement, is a key part of this Strategy. Like you, I strongly believe that, in order to make the internal market work, European consumers must be confident that they can enforce their rights and obtain redress across the whole European Union. I also believe that a complementarity of means of redress – judicial and non-judicial, both individual and collective – would allow the most efficient and appropriate treatment of consumer disputes. This would benefit both consumers and reputable businesses alike. Personally, I think that collective redress – both judicial and non-judicial – could be an effective means for strengthening the redress framework that we have already set up for European consumers. We have done this through the encouragement of ADR – alternative dispute resolution –

mechanisms, the establishment of a European cross-border small claims procedure and the newly adopted Directive on Mediation.

Of course any future action in this area will need to be assessed carefully. As you know, I have launched two studies aimed at further exploring the issue of collective redress. The first one will examine the effectiveness and efficiency of existing collective redress mechanisms; it will assess whether consumers suffer a detriment in those Member States where collective redress is not available and examine the existence of negative effects for the single market.

The second study will provide information on the problems faced by consumers in obtaining redress for mass claims and will analyse the economic consequences of such problems for consumers, competitors and the relevant market.

I plan to use the results of these studies and the information collected from stakeholders and Member States for preparing a communication to be adopted by the Commission by the end of 2008. The aim of this communication will be to consult publicly and widely on the options available in the field of consumer collective redress.

At the same time, I am evaluating how the Directive on Injunctions was implemented by the Member States and the impact that it has had on the enforcement of consumer rights in the EU. My conclusions will be set out in a report that should also be adopted by the Commission at the end of this year.

Again, thank you to Parliament for sharing the vision of the new, market-based consumer policy – one where informed and empowered consumers confidently look for, and benefit from, the best offers in terms of price and quality in the largest retail market in the world.

1-196

Piia-Noora Kauppi, *Draftsman of the opinion of the Committee on Economic and Monetary Affairs*. – Mr President, I would like to welcome the Commission communication, as well as the report of Mr Lehtinen as both are overall very balanced pieces of work.

Moreover, they rightly bring out an important notion that must be addressed at EU level – consumer policy is and must be part of the internal market.

This leads me to what the Committee on Economic Affairs has rightly brought into the report: completing the internal market is in itself great consumer policy. EU-wide competition brings prices down and increases quality and consumer choice. The EU-wide access to consumers to these choices must be asserted.

In an internal market, consumers are drivers of the market economy and can, through their choices, protect their own interests. Therefore, the consistent implementation of existing directives regarding the internal market is of paramount importance.

The Committee on Economic Affairs' opinion correctly highlights two areas that are of particular importance in this respect. First, financial services: a real internal market in banking, loans, insurance etc. is needed to empower European consumers. This is especially pressing as democratic developments are making best possible investment services increasingly relevant to all. Big hurdles remain to be overcome here.

Second, e-commerce. This is linked to functioning financial markets and conditioned by the development of payment systems, but it is also important to practically all aspects of the internal market as the internet offers a real European marketplace. So we must make sure that European e-commerce really functions and consumers have right choices there.

1-197

Diana Wallis, *Draftsman of the opinion of the Committee on Legal Affairs*. – Mr President, in the Committee on Legal Affairs we agree with you, Commissioner: let us get rid of these 27 mini-markets; but, in order to do that, you need a much more common legal framework. I think our starting point that would help us get there is if we saw all elements of the Commission who are involved with the internal market working also coherently together. The one issue that has long interested us, and we felt that perhaps there was not sufficient mention of, was the contract law project and the common frame of reference.

We do not want to feel that this is being forgotten and everybody is moving on to the next thing which we support you in, in terms of collective redress, but let us also devote our efforts still towards the common frame of reference. We would like to have seen more emphasis on ADR forms of redress, particularly in the on-line world which is something we, as a committee, have long supported. With collective redress, yes, we are happy that you look at it and we go forward in that area, but please do not let us end up where we have with contract law, bedevilled with questions over legal base and other issues.

1-198

Anna Hedh, föredragande av yttrande från utskottet för kvinnors rättigheter och jämställdhet mellan kvinnor och män. – Herr talman! Jag vill rikta ett stort tack till kommissionsledamot Meglena Kuneva och föredraganden, Lasse Lehtinen.

Jag välkomnar strategin och är väldigt glad över att man ser konsumenterna som en viktig grupp att värna om. Vi vet att vi aldrig får en blomstrande inre marknad om vi inte har nöjda och trygga konsumenter. Men jag delar föredragandens uppfattning att det krävs en kontinuerlig uppföljning av strategin för att vi verkligen ska få den att utvecklas till att gynna konsumenterna.

Som föredragande för strategin i jämställdhetsutskottet är jag dock besviken över att det ansvariga utskottet inte tog hänsyn till mer än ett av våra 13 ändringsförslag. Där finns många viktiga och bra förslag. Vi hade velat se ett tydligare genusperspektiv. Konsumentpolitiken är definitivt inte könsneutral. Man bör ta hänsyn till kön precis som man tar hänsyn till barn, gamla och handikappade. Jag hoppas att man kan återkomma till detta i nästa uppföljning!

1-199

Colm Burke, on behalf of the PPE-DE Group. – Mr President, my thanks to Mr Lehtinen and to the shadow rapporteurs for the good cooperation over the last few months. This report introduces some very positive elements in the area of consumer policy moving forward. Consumers can only exercise their rights if they are aware of those rights, and empowerment of consumers in the EU is a central element of this report, and this will be achieved through education and awareness campaigns. Special focus will be given to equip consumers with the skills and tools needed to increase their confidence in the digital environment.

The report commends the Commission's efforts to strengthen cooperation in the area of product safety and at international level, in particular with Chinese and US authorities. Continued dialogue and information-sharing on product safety is in the interest of all parties and is central to building consumer confidence.

In relation to consumer redress, together with my PPE-DE colleagues I strongly support easy and effective access to redress for all consumers in the EU. We know that non-judicial forms of redress are the preferred solution of most consumers as they serve consumers' interests most rapidly at the lowest possible cost.

As I have stated since the outset of discussions, I do not support calls for legislative action to introduce an ill-thought-out system of collective redress in the EU. The Commission is currently preparing various studies on existing systems of consumer redress in the Member States and rather than pre-empt the results of the Commission studies I, together with my PPE-DE colleagues, call for a strong role for Parliament and the Member States in assessing the results of the studies before deciding upon further action. It is not in consumers' interests to hastily introduce a system of collective redress which would be both costly and ineffective. In all other respects I support the report.

1-200

Evelyne Gebhardt, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, lieber Herr Berichterstatter Lehtinen! Danke für den wirklich sehr guten Berichtsentwurf, den Sie uns vorgelegt haben und mit dem wir auch sehr gut werden arbeiten können.

Drei Punkte möchte ich insbesondere herausarbeiten, die in diesem Bericht von großer Wichtigkeit sind. Zum einen geht es darum, dafür zu sorgen, dass Instrumente, die wir in der Europäischen Union bereits haben, um die Sicherheit und Vorsorge voranzubringen, eine wichtige Rolle spielen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass das RAPEX-System weiter verbessert wird, um noch besser im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher zu arbeiten.

Zum anderen ist es auch ganz wichtig, dass ein so wichtiges Instrument wie SOLVIT vorangebracht und verbessert wird. Da besteht noch ein ganz erhebliches Informationsdefizit der Verbraucherinnen und Verbraucher, denn allzu viele wissen gar nicht, dass es SOLVIT gibt und wo sie auch einiges an Problemen regeln lassen können. Und das ist von großer Wichtigkeit.

Ich begrüße es auch sehr, dass die Europäische Kommission daran geht, das EE-Zeichen noch einmal zu überprüfen. Das ist ein Zeichen, von dem viele Bürgerinnen und Bürger glauben, es sei ein Sicherheitszeichen, was leider nicht der Fall ist. Wir sollten dafür sorgen, mit Ihnen und Herrn Kommissar Verheugen zusammen, dass dieses Zeichen so ausgestaltet wird, dass wir in Zukunft den Bürgerinnen und Bürgern sagen können: „Ja, mit diesem Zeichen haben Sie Sicherheit, sie können sich darauf verlassen!“. Das ist eine ganz wichtige Sache.

Letzter und wichtigster Punkt für meine Fraktion ist allerdings das System der Sammelklagen, das wir als Sozialdemokraten einfordern. Das ganze bestehende Recht nützt nichts, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher dieses Recht nicht durchsetzen können. Sei es, weil es grenzüberschreitend und daher sehr schwierig umzusetzen ist, sei es, dass es um viele kleine Beträge und kleine Schäden geht, die allerdings die Bürgerinnen und Bürger mit der Zeit ganz schön schröpfen können. Hier ist es absolut notwendig, dass wir die Europäische Kommission nicht nur ermuntern, sondern tatsächlich auffordern, ein solches System zu prüfen und zu entwickeln und uns so rasch wie möglich ein

entsprechendes Gesetzeswerk vorzulegen, damit wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch wirklich diese Sicherheit und einen entsprechenden Schutz geben können.

Ich bedaure es sehr, dass sich die EVP-Fraktion dagegen verwehrt, dieses System auch wirklich mit der Stärke und der Hingabe zu verlangen, die notwendig wären, damit in Zukunft die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Bürgerinnen und Bürger wirklich Vertrauen in die Europäische Union und in den Binnenmarkt haben. Denn es gehört dazu, dass sie wissen, dass sie einen entsprechenden Schutz genießen, wenn sie in Europa einkaufen gehen.

1-201

Alexander Lambsdorff, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte zunächst dem Kollegen Lasse Lehtinen zu diesem guten und ausgewogenen Berichtsentwurf gratulieren. Wir sind uns in sehr vielen Punkten einig. Das hat auch damit zu tun, dass die Vorarbeit der Kommission hier sehr gut war. Da gibt es wenig Streitpunkte.

Die verbraucherpolitische Strategie wird eines der Hauptthemen in der nächsten Phase des Binnenmarkts sein. 490 Millionen Verbraucher stehen im Mittelpunkt der drei größten Herausforderungen der Europäischen Union: Wachstum, Arbeit und die Notwendigkeit, die Bedürfnisse der Bürger zu erkennen und zu befriedigen. Der Binnenmarkt hat das Potenzial, zum größten Einzelhandelsmarkt der Welt zu werden. Die ALDE unterstützt daher das gezielte Bestreben der Kommission, aus 27 kleinen Märkten einen großen Einzelhandelsmarkt zu schaffen.

Wir begrüßen auch, dass der Entwurf das horizontale Element in der Verbraucherpolitik stärkt und die Ernennung von so genannten *consumer liaison officers* anstrebt. Insbesondere die Stärkung der Verbraucherzentren und das spezielle Augenmerk auf die Bedürfnisse von älteren Mitbürgern und Kindern in der Verbraucherpolitik seien hier erwähnt.

Ich will jetzt auch noch etwas zum Thema Sammelklagen sagen, wo wir ein Problem haben. Wir haben wenig Informationen und viel Dogma. Ich glaube, es ist auch zu früh zu sagen, dass das Parlament Dich, Meglena, in dieser Sache geschlossen unterstützt. Wir haben gerade von der EVP gehört, dass sie das nicht tut. Ich meine, die EVP verkennt die realen Probleme. Es gibt Schäden, die Streuschäden sind, die viele Verbraucher grenzüberschreitend betreffen. Es ist legitim, dass die Kommission sich darüber Gedanken macht und das Ganze in einer Studie prüft. Auf der anderen Seite haben wir das Dogma bei der PSE, die auf jeden Fall dieses Instrument als politisches Instrument fordert, unabhängig davon, wie die realen Probleme aussehen. Und die realen Probleme sind mannigfach.

Da gibt es zum Beispiel das Problem der Rechtsgrundlage. Wo steht im Europäischen Vertrag, dass wir hier als Kommission, als Parlament in die Zivilprozessordnung und die Strafprozessordnung der Mitgliedstaaten eingreifen dürfen? Was hat Diana Wallis gerade für den Rechtsausschuss gesagt? Das Problem des Vertragsrechts steht im Raum. Die Frage *opt-in, opt-out*, die Rolle des Ombudsmanns – viele Probleme sind zu klären. Und es reicht einfach nicht, zu sagen: Wir wollen nicht das amerikanische System. Auch die Amerikaner haben ursprünglich mal die besten Absichten gehabt mit ihrem System. Die haben ja nicht von Anfang an absichtlich ein schlechtes System geschaffen.

Wir sollten deswegen eine agnostische, eine kritische Haltung bewahren. Wir sollten die Studie abwarten, wir sollten die vorgelegten Ergebnisse ernst nehmen und dann gut informiert und undogmatisch dieses Thema in Ernsthaftigkeit diskutieren, wie es diesem Parlament gut ansteht.

1-202

Leopold Józef Rutowicz, w imieniu grupy UEN. – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie pana posła Lehtinena obejmuje istotne zagadnienia związane ważną dla obywateli Unii strategią projakościową na najbliższe lata. Chciałbym odnieść się do kilku problemów tej strategii. W tworzeniu prawa krajowego i unijnego powinien być większy wkład organizacji konsumenckich, których działanie i finansowanie w pewnych krajach napotyka na problemy. Unia powinna udzielić większej pomocy merytorycznej i finansowej tym organizacjom. Należy podjąć stosowaną w niektórych krajach procedurę prawną pozwów zbiorowych, stosowanych wobec nieuczciwych uczestników rynku oraz wprowadzić pozew europejski.

Europejskie centra konsumenckie w poszczególnych krajach wraz z organizacjami konsumentów i rzecznikami praw konsumenckich powinny zwiększyć działanie informacyjne i edukacyjne, mające na celu szczególnie ochronę najslabszych uczestników rynku. Zwiększenie efektywności działań prokonsumenckich można uzyskać przez włączenie do centrów konsumenckich SOLVITU i RAPEXU. Popieramy to sprawozdanie.

1-203

Eva-Britt Svensson, för GUE/NGL-gruppen. – Tack herr talman! Konsumenternas rättigheter har ofta svagt stöd och måste därför stärkas. Därför vill jag tacka föredraganden och kollegorna i utskottet för den inre marknaden och konsumentskydd som lyckats att stärka konsumentstödet till de grupper som har det största behovet av skydd: barn och äldre.

Ett starkt konsumentstöd kräver aktiva konsumentorganisationer. Ensam är inte stark. Det är genom dessa organisationer som konsumenterna blir starka och får ökade kunskaper och information. Därför måste dessa organisationer ha en trygg och säker finansiering. Men den osäkerhet som idag finns vid köp över landgränser måste lösas genom en möjlighet att

föra grupp talan mot företag som bryter mot lagen. Det största problem för konsumenterna idag är att det är svårt att få en tvist mellan olika länder prövad eftersom det saknas organ för att lösa sådana gränsöverskridande tvister. EU bör i första hand utveckla organ för att lösa tvister, inte skapa mer EU-lagstiftning. Förslaget om att inrätta en EU-konsumentombudsman anser jag vara ytterst tveksamt. Varför inrätta mer tjänster som ska finansieras på EU-nivå och därmed riskera att anslagen till konsumentorganisationerna minskar? Det vinner inte konsumenterna på.

Avslutningsvis beklagar jag att ändringsförslagen från utskottet för kvinnors rättigheter och jämställdhet mellan kvinnor och män – som vanligt, tvingas jag tyvärr säga – röstades bort i utskottet för den inre marknaden och konsumentskydd. De hade varit värda ett bättre öde.

1-204

Hanne Dahl, for IND/DEM-Gruppen. – Hr. formand! Det glæder mig at tale her i salen for første gang og inden for et udvalgsområde, hvor jeg ser frem til at arbejde. Det er naturligvis positivt, at Europa-Parlamentet med denne betænkning tager initiativet til at sikre forbrugernes rettigheder. Men jeg frygter, at denne lovgivning et stykke hen ad vejen kun bliver til lappeløsninger. Det bliver lapper, der skal dække over, at EU er sådan indrettet, at det altid er hensynet til varernes, kapitalens og serviceydelsernes fri bevægelighed, der vinder over hensynet til forbrugerne og andre bløde områder. Det synes jeg, at debatten her i dag bærer præg af.

Jeg vil give to meget konkrete eksempler på måder, hvorpå vi må sikre forbrugernes rettigheder. Det er helt afgørende, at vi sikrer forbrugernes ret til at klage i deres eget land og på deres eget sprog, og det er helt afgørende, at man får lov til at kontrollere fødevarer og andre varer, der kan udgøre en sundhedsmæssig risiko ved indførsel i de enkelte lande. Det bør være tilladt, at de enkelte lande kan gennemføre kontrol og kræve en højere standard, end EU's regler giver, af hensyn til miljø og forbrugernes sundhed. EU's strategi for forbrugersundhed må basere sig på et princip om forsigtighed i stedet for et ideologisk skoleridt, der kun tjener det formål at tillade alle varer at flytte sig fuldstændigt frit over grænserne. Og det gør man ved at sikre klageadgang og juridisk ansvarlige enheder, hvor borgerne bor, og tillade, at man kan stoppe for indførsel af varer, hvis der foreligger sundhedsmæssige grunde til at gøre det.

1-205

Sergej Kozlík (NI). – Vážený pán prezident, ctený Parlament, vážení hostia. Predložená správa správne uznáva pozitívnu úlohu, ktorú euro zohralo pri znížení nákladov na finančné operácie. Dôležité pre spotrebiteľov bolo aj ulahčenie porovnávania cien pri cezhraničnom styku a zvýšenie potenciálov vnútorného trhu v oblasti maloobchodu. Súhlasím, že je treba povzbudiť nové členské štát, aby pokračovali v reformách a boli schopné prijať euro ihned, ako splňa maastrichtské kritériá, aby mohli využívať pozitívne účinky spoločnej meny na vnútornom trhu.

Príležitosť pre aktívnu realizáciu tejto tézy bude mať Európsky parlament zanedlho, keď bude prerokovávať stanovisko k rozšíreniu eurozóny o Slovenskú republiku. Slovensko s nemalým úsilím a výrazným predstihom splnilo maastrichtské konvergenčné kritéria. Odmietať prístup, keď ako palica sa zo strany niektorých kolegov začína vyťahovať gumový a vägny kontraargument o trvalej udržateľnosti týchto kritérií. To by bol nekonečný príbeh.

1-206

Charlotte Cederschiöld (PPE-DE). – Mr President, in the internal market consumers and providers, as well as goods and services, should be able to move freely.

Consumers must not be less protected in other Member States than at home if we want to ensure and enhance cross-border activities. Therefore, I welcome the horizontal approach in the consumer policy and the better protection it will lead to.

It means empowered consumers and strong consumer protection as well as a business-friendly internal market legislation. However, we are concerned about the hasty approach concerning collective redress.

It is too early for Parliament to take a position. We need thorough studies of the existing systems in the Member States and an assessment of the need of a European collective redress system. We do not have enough knowledge at this stage of the consequences in terms of risk abuse, higher costs for consumers and businesses and more regulation.

I do not believe that anyone supports the introduction of a European system in the EU knowing all the drawbacks and disproportionate consequences it would bring. For now, we encourage other means of redress which are more rapid and at lower costs and leave the regulation to the Member States to be decided nationally. Existing instruments and non-legislative tools can be used at EU level.

We call on the Commission to carry out the study and present its results to Parliament and the Member States. Why go further than what is needed in order to achieve the objectives of the Treaty? Why take away the possibility of choice for Member States keeping different dispute-solving mechanisms? There are many questions to be answered.

There is no clear indication so far that an EU-collective redress system brings added value to the internal market and its consumers and businesses. The EU should not legislate without strong reasons.

1-207

Bernadette Vergnaud (PSE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, je tiens d'abord à féliciter Lasse Lehtinen pour son excellent travail et son écoute. Son rapport entend améliorer une stratégie de la Commission déjà fondée sur des principes de protection et de responsabilisation des consommateurs.

Ainsi, j'approuve l'approche horizontale prônée par le rapporteur afin de concilier protection des consommateurs – notamment les plus vulnérables – et efficacité du marché intérieur. De même, il est fondamental de renforcer le rôle des organisations de consommateurs lors de l'élaboration des propositions législatives.

Concernant la sécurité des produits, la Commission doit non seulement poursuivre ses efforts de contrôle des marchés, mais aussi rapidement définir les principes d'un marquage CE qui offre une réelle garantie de qualité, de traçabilité et de sécurité.

Enfin, il est indispensable d'améliorer l'accès aux voies de recours en proposant un système européen de recours collectif pour permettre aux consommateurs d'exercer tous leurs droits en cas de préjudice avéré tout en évitant les dérives négatives du système américain. Voter en ce sens ne peut que renforcer la confiance des citoyens envers un modèle européen de marché ouvert et protecteur.

1-208

Andreas Schwab (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die verbraucherpolitische Strategie der Kommission umfasst verschiedene Themenbereiche, die wir zu ganz großen Teilen unterstützen. Und, liebe Frau Kuneva, wir unterstützen auch Sie in ihrem persönlichen Engagement für die Vollendung des Binnenmarktes unter besonderer Berücksichtigung der Verbraucher und ihrer Rolle im Binnenmarkt.

Es gibt verschiedene Bereiche: Die Stärkung der europäischen Verbraucherzentren und die Stärkung des SOLVIT-Systems sind bereits angesprochen worden. Dies unterstützen wir fraktionsübergreifend. Wir sprechen uns auch für die Notwendigkeit eines horizontalen Ansatzes in der Verbraucherpolitik aus und bedauern zugleich die schwache Betonung des Vertragsrechts. Wir müssen aufpassen, dass uns das Vertragsrecht nicht ausfranzt und wir hier einen Flickenteppich bekommen. Die Abstimmung im Ausschuss heute Abend hat es gezeigt: Verbraucher vertrauen dem Recht dann, wenn sie ziemlich sicher sind, dass sie es kennen. Wenn die Fristen in allen Rechtsbereichen unterschiedlich sind, werden die Verbraucher ein Stück weit Vertrauen verlieren. Deswegen brauchen wir den gemeinsamen Referenzrahmen, weil wir einheitliche Standards brauchen, damit die Verbraucher Vertrauen fassen können.

Das Gleiche betrifft auch die Sammelklagen. Nun ist ja hier von verschiedenen Seiten schon gesagt worden, es gebe verschiedene Ansätze. Der Ansatz der EVP-Fraktion ist ganz klar: Wir sind uns einig in der Analyse, dass die Durchsetzung von Verbraucherinteressen an bestimmten Stellen gerade im grenzüberschreitenden Umfeld Schwachpunkte aufweist. Wir vermissen aber die Analyse, woher diese Schwachpunkte röhren. Da hat heute Abend im Plenum auch niemand etwas dazu gesagt. Studien sind uns versprochen worden. Die werden wir sehr konkret und sehr genau lesen. Wenn in diesen Studien aber nur die Rechtslage analysiert wird und nicht die Unterschiede in der Durchsetzung der jeweiligen nationalen Rechtslagen in den Mitgliedstaaten, werden wir am Ende durch diese Studien keinen Mehrwert erhalten.

Deswegen, liebe Frau Kuneva, darf ich Ihnen sagen, dass wir sehr ergebnisoffen sind und Verbesserungen bei der Durchsetzung bestehender Rechte sehr konstruktiv gegenüberstehen, aber dass diese Verbraucherrechte nur dann verbessert durchgesetzt werden können, wenn sie am Ende in der Praxis auch wirklich funktionieren. In Deutschland gibt es das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, wo viele Kläger gegen die Deutsche Telekom in einem Aktionärsprozess klagen, und dort zeigt sich, dass Theorie und Praxis bei Sammelklagen oft sehr weit auseinander liegen.

1-209

Gabriela Crețu (PSE). – Este evident că un consumator bine informat cu privire la drepturile sale poate să atingă un nivel superior de satisfacție și să-și apere interesele. Dar pe lângă cunoaștere, cetățeanul are nevoie și de un instrument la dispoziție pentru a putea solicita compensații atunci când drepturile i-au fost efectiv încălcate. Din acest motiv, considerăm că acțiunile de grup sunt necesare și binevenite într-o formă eficientă pentru consumator și echilibrată pentru piață. La fel de necesară este continuarea și întărirea procesului de supraveghere a pieței interne.

Considerăm că barometrul de opinie existent este foarte util și vom susține finanțarea sa și în bugetul pe 2009, solicitând însă un accent mai mare pe înregistrarea și compararea prețurilor bunurilor și serviciilor comercializate în cele 27 de state. Nu în ultimul rând, să nu uităm că drepturile consumatorilor trebuie să funcționeze și în domeniul serviciilor, inclusiv serviciile financiare și cele din mediul digital, unde gradul de risc este mult mai ridicat, iar dovada încălcării drepturilor mai dificil de făcut.

1-210

Malcolm Harbour (PPE-DE). – Mr President, I want to thank Lasse Lehtinen for a very comprehensive report, which contains an enormous amount of extremely significant ideas. As the Commissioner said earlier, to enable consumers to

become better informed and more confident and to exercise that critical choice, we want innovative and safe products and services. All of those things will come from support for consumers and enhancing their rights.

I say this to Lasse particularly because I am disappointed that he has allowed all this good work to be overshadowed by one single issue. The problem with this issue about collective redress is that our colleagues in the Socialist Group seem to have already jumped to a conclusion that they want some new European legislation. I was delighted to hear you confirm, Commissioner, that you have two studies – not just one – looking at this issue in depth. We on this side of the House want to await the report before we jump to conclusions, but it appears that our colleagues on the Socialist side think that this is already a great thing and that, because we do not support it, we are some anti-consumer. You only have to read some of the press releases – the colourful releases, the red-coloured releases – that have come out on that side of the House. I just want to reject emphatically the fact that this side of the House is against consumer rights because we are not committing an advance to a proposal for which we do not even have the information. I say this to all our colleagues here: wrapping yourself in red tape and potentially adding great cost to consumers is not pro-consumer. Let us wait and see the conclusions.

I say to Alexander Lambsdorff that he has allowed himself to be hijacked by this, but all he has to do tomorrow for us to unanimously support Lasse Lehtinen's report, is to vote for our Amendments 5 and 6, which keep the door firmly open. We will wait for Mrs Kuneva's report and we will look at it and study it with an open mind, but, in the mean time, we will continue to be the great champions for consumers in the internal markets, for their effective rights that will be delivered by the existing legislation we have at the moment.

1-211

Joel Hasse Ferreira (PSE). – Senhor Presidente, cara Comissária, caros Colegas, o relatório Lehtinen considera, e bem, que as necessidades de protecção dos consumidores só poderão ser satisfeitas com legislação mais adequada e mais simples e que precisamos de um quadro legal mais coerente para os direitos dos consumidores.

Solicito então à Comissão e aos Estados-Membros que dêem o financiamento adequado às organizações de consumidores fortes e independentes. E este financiamento é absolutamente essencial para o avanço da construção de um verdadeiro mercado interno de consumidores.

No que concerne ao recurso colectivo, merece toda a atenção e o meu apoio, dadas as boas experiências que existem em diferentes Estados-Membros.

E gostaria também de dizer que, como Lehtinen sublinha, uma sólida protecção dos consumidores será também benéfica para os produtores e vendedores competitivos, criando incentivos para as empresas que produzirem e venderem bens mais duradouros, resultando daí um crescimento mais sustentável.

Mas o relatório vai mais longe e eu aplaudo quando Lehtinen descreve que a protecção dos consumidores deverá ser uma parte integral dos processos de concepção e desenho dos produtos e serviços.

A terminar queria dizer que partilho com ele a conclusão de que uma protecção do consumidor eficaz e melhorada é necessária a fim de atingir o melhor funcionamento do mercado interno. Queria felicitá-lo e dizer-vos que julgo que há as melhores condições para um bom entendimento estratégico neste domínio com a Comissária Meglena Kuneva.

1-212

Małgorzata Handzlik (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Nie muszę chyba przypominać, jak ważna dla funkcjonowania przedsiębiorstw jest satysfakcja klienta. Każdy z nas jako konsument zdaje sobie sprawę, że nieuczciwe praktyki przedsiębiorstw, świadome wprowadzanie konsumentów w błąd czy niezadowalająca obsługa, jaką niesienie za sobą zakup towarów i usług skutecznie zniechęcają nas do ponownego zakupu usług czy towarów od tegoż przedsiębiorcy. Ważne jest jednak, aby konsumentom zawsze towarzyszyła możliwość dokonywania rzeczywistego wyboru, zmiany usługodawcy czy sprzedawcy. Niewątpliwie wybór taki daje konkurencyjny rynek, na którym rynkowym graczom nie opłaca się zniechęcać konsumentów do swoich towarów. Na konkurencyjnym rynku przedsiębiorca wie, że grozi to utratą rynkowej pozycji, a zatem zysków i możliwości dalszego rozwoju. Wierzę, że istnieje taki potencjał na rynku wewnętrznym Unii Europejskiej. Cieszy mnie możliwość kształtowania rynku wewnętrznego i to, że jest to możliwe dzięki konsumentom i że zostało to dostrzeżone. Oczywiście nie twierdzę, że na takim rynku już funkcjonujemy. Konsumentom nadal często brakuje wiedzy, w jaki sposób wyszukiwać najbardziej korzystne dla nich oferty, a niektórzy przedsiębiorcy powstrzymują się przed przekazywaniem konsumentom takich informacji. Interesy konsumentów ponadto często nie są uwzględniane w wystarczający sposób przez samych usługodawców.

Dlatego tak ważne jest zapewnienie, aby prawa konsumenta były respektowane, aby istniało prawo konsumenta do kompletnej, czytelnej, prostej i łatwej do porównywania informacji i żeby było to respektowane przez przedsiębiorstwa oraz osoby odpowiedzialne za tworzenie prawa. Nie mniej ważne jest także informowanie i uświadamianie konsumentów o ich prawach, istniejących narzędziach, które mają wspomóc konsumenta w podejmowaniu decyzji na wolnym rynku. Szczególnie dużą rolę odgrywają w tym zakresie organizacje konsumenckie. Nie zapominajmy także, że ochrona praw

konsumenta, jak i możliwość skutecznego ich egzekwowania, są niezmiernie ważne dla prawidłowego funkcjonowania rynku. Jednak jak zauważa sprawozdawca, ochrona konsumenta nie może być wymówką dla protekcyjonalizmu rynkowego. Naszym zadaniem jest takie zbalansowanie ochrony konsumenta, które nie będzie tworzyć barier dla rozwoju przedsiębiorczości.

1-213

Zita Pleštinská (PPE-DE). – Vítam oznamenie Komisie o stratégii spotrebiteľskej politiky EÚ a zároveň oceňujem Vašu snahu, pani komisárka Kuneva, presadzovať spotrebiteľskú kultúru založenú na vyšej úrovni informovanosti spotrebiteľa.

Som presvedčená, že silné a nezávislé spotrebiteľské organizácie sú základom účinnej spotrebiteľskej politiky, preto sa teším, že v bode 7 správy kolegu Lehtinena boli začlenené aj moje pozmeňovacie návrhy, v ktorých Európsky parlament vyzýva Komisiu a členské štáty, aby dostatočne financovali spotrebiteľské organizácie. Ide hlavne o finančnú podporu pre intenzívne vzdelávacie programy zamerané na vzdelávanie pracovníkov spotrebiteľských organizácií. Spotrebiteľské organizácie majú najlepšie znalosti o potrebách spotrebiteľov, preto musia byť prizývané ku konzultáciám vo všetkých oblastiach spotrebiteľskej politiky, ktoré majú dopad na spotrebiteľa.

Stotožňujem sa s obidvoma pozmeňujúcimi návrhmi mojej politickej skupiny EPP-ED k bodu 40 správy týkajúcej sa podávania kolektívnych žalôb. Komisia len v prípade potreby vychádzajúcej z dopadovej štúdie by mala predložiť návrh európskeho rámca, ktorý by umožnil všetkým spotrebiteľom členských štátov efektívny prístup k rôznym mechanizmom odškodňovania za urovnávanie cezhraničných stážností.

1-214

Silvia-Adriana Ticău (PSE). – Aș dori să menționez, în contextul strategiei Uniunii Europene pentru protecția consumatorilor, importanța calității serviciilor și produselor. Dacă în cazul produselor, consumatorii s-au obișnuit deja să apeleze la oficile pentru protecția consumatorilor, în cazul serviciilor, acest lucru nu se prea întâmplă. De multe ori, consumatorii semnează contractele pentru furnizarea de servicii, fără a citi cu atenție clauzele contractuale iar dacă o fac, consider că nu pot propune modificări ale acestora. Practic, nu au aceeași putere de negociere pe care o au furnizorii de servicii, deși unele observații din partea consumatorilor ar putea îmbunătăți conținutul contractelor și spori încrederea acestora.

Doresc să atrag atenția asupra necesității de a proteja turiștii și pasagerii în scopul respectării drepturilor lor pe care, din păcate, de cele mai multe ori aceștia nu le cunosc și nu le revendică. Atenție deosebită trebuie acordată și serviciilor electronice. Încrederea consumatorilor în serviciile digitale este esențială pentru competitivitatea Uniunii Europene și mai ales pentru dezvoltarea economiei bazată pe cunoaștere.

În încheiere aş dori să menționez faptul că trebuie să vorbim și despre calitatea serviciilor publice și, în acest context, despre protecția consumatorilor.

1-215

Magor Imre Csibi (ALDE). – În primul rând, doresc să-l felicit pe domnul Lehtinen pentru raportul consistent. Aș dori însă să fac o observație referitoare la paragraful 35 din raport. Acest paragraf face referire la instituirea unui Ombudsman european pentru consumatorii europeni, în cadrul Biroului Ombudsmanului european. Această propunere mi se pare o procedură foarte complicată și nu foarte eficace.

În primul rând, crearea unei astfel de poziții necesită resurse financiare. Am asista la o redistribuire a fondurilor între centrele europene de protecție a consumatorului și eventualul nou Ombudsman. În al doilea rând, birocrația la nivelul Uniunii Europene ar crește. Nu în ultimul rând, am asista la o suprapunere a atribuțiilor Ombudsmanului nou creat și centrele europene de protecție a consumatorului. Nu cred că un nou instrument ar aduce un plus de eficiență în soluționarea plângerilor consumatorilor europeni. Cred însă că aplicarea eficientă și temeinică a legislației va duce la scăderea nemulțumirilor legate de funcționarea pieței interne.

În final, invit reprezentanții Comisiei Europene să ia în vedere paragraful 7, prin care susținem alocarea de fonduri corespunzătoare organizațiilor de consumatori din întreaga Uniune Europeană.

1-216

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Pane předsedo, globalizace našeho trhu si žádá silná, jasná a dobře vymahatelná práva spotřebitelů a já jsem ráda, že Komise na tom velice úspěšně pracuje. Již loni jsem ve své zprávě upozornila, že důvěru v on-line obchod zvýší vzorové zákaznické smlouvy a lepší mechanismy pro řešení stížností i evropská značka důvěry a charta spotřebitelů. Ale evropský spotřebitelský ombudsman nám, myslím, nepomůže. Potřebujeme spíše finančně posilit fungující spotřebitelské organizace a kontrolní orgány v členských státech, protože ony odhalují stále více nebezpečných výrobků z Asie, zejména jsou to hračky, dětské boty a sportovní náčiní. To, co od nás občané také očekávají, je lepší řešení stížností přeshraničních, jak už tady všichni řekli. I proto má význam sladit pravidla mezi členskými státy. Ovšem kolektivní stížnosti jsou kontroverzní, výhodné spíše pro právníky, ale pro spotřebitele a podnikatele bývají nákladné. A tak vítám, že Komise patrně nejdříve vyhodnotí zkušenosti z německého či britského modelu a teprve potom bude

uvažovat jak dál a nenechá se zatlačit socialisty do slepé uličky. Chci ale upozornit na to, že si velmi vážím práce našeho zpravodaje, stejně tak Komise na revizi spotřebitelského práva.

I-217

Evelyne Gebhardt (PSE). – Herr Präsident! Ich möchte meinem Kollegen Malcolm Harbour eine Freude machen. Ich werde morgen mein rotes Kostüm anziehen, um Ihnen dann zu zeigen, dass die rote Ecke tatsächlich weiß, was sie will. Das ist nämlich der Unterschied zwischen dem, was wir auf der linken Seite wollen, und dem, was die rechte Seite so anstellt, nämlich hinter großen schwarzen Schwaden verstecken, dass sie den Verbraucherschutz als solchen eigentlich gar nicht haben will, sondern dass ihr vor allem an den Interessen der Industrie gelegen ist. Es ist gut, wenn das auch einmal ganz klar wird.

I-218

Meglena Kuneva, Member of the Commission. – Mr President, I understood I have only two minutes, but I wish this talk could be much longer. I very much hope that I will continue with all of you, whenever you have time and interest, to discuss together consumer issues. I would be more than delighted, because I receive a lot of incentives – even in this late session.

I would like to make my political commitment, that I will continue to tackle the issues with sustainable development, working on CEE and GPSD (the General Product Safety Directive) and they how could they be complementary to each other. Of course I will continue with the digital guide, which was one of the very first talks which I had with Ms Roithová. I am, of course, working together with my fellow commissioners; this portfolio is becoming more and more wide-ranging and evolving other portfolios, but I believe that this is part of the beauty of this portfolio.

So, there are many things. Let me agree with all of you in saying that if we would like to have a complete internal market, we need to stress the rights of consumers. This is really the only way to fulfil and to square the second phase of the internal market. I believe that if we are making good progress with our scoreboard, this scoreboard will be part of the internal market's bigger picture, and then we will have already quite a full understanding of how the European internal market is going on.

I was specially touched by Mrs Dahl – I am sorry that she is no longer in the plenary – who said that this was the first time that she had taken the floor. But, referring to the so-called race to the bottom, if we have common rules everywhere in the European Union and not just protecting, in the best way, the national consumer, I think that we should not pick the winners, except one: if the winner is the consumer.

We started, years ago, making a good environment for business, and this was the right thing. But if you want to develop European business, business needs consumers, and we cannot deny that consumers need the same tackling of bottlenecks, so that they can feel comfortable everywhere, as a Swede living in Brussels, for example – we need to have the same rights, we need to have the same rights when we are shopping and enjoying e-commerce and other distance selling.

Let me focus for a while on collective redress. I carefully listened to all of you. Let me mention that, in our 10 benchmarks, which we distributed, discussed and received more than 300 opinions about, half of these collective redress benchmarks were related not to having punitive damages compensated and not to being an expensive procedure. So at least five of these benchmarks are related and address the issue of not having additional costs.

I believe that the best thing is to open our minds and not to make dogma, and this is my plea for support in this aspect. So I would also like to tell you that what we are preparing is communication: this is why we do not have a study on economic, social and environmental impact, as is done for all our legislative proposals. But we are doing something much more in preparation, and this is to have two really very thorough studies, comparative studies.

Let me invite you: before the end of the month we will have three big stakeholders' conferences: with businesses, with consumers and with academics, and our services will provide four places in the workshops for European Parliament representatives. All the outcomes of these three events will be absolutely public, put on our websites and communicated in the best manner, and of course I am around and always open to continue to discuss your hopes and your fears.

I would like to end by thanking you and saying that maybe for the first time, almost nobody mentioned that Europe is going to do a class action. I believe that this is a positive sign.

I-219

Lasse Lehtinen, rapporteur. – Mr President, I would like to thank all my colleagues who spoke here tonight and, of course, Commissioner Kuneva for her constructive attitude that we have become familiar with since she came into office.

I have a couple of remarks. Mrs Kauppi mentioned financial services. The growing area of cross-border banking, insurance sales and wealth management which has some very sophisticated instruments is a growing problem. The rules still confuse consumers even at a national level. So I think that in this area we need a cross-border collective redress system as well,

because it will make financial institutions more responsible and careful when they explain the rights and risks to the customer.

We all know the sad figures that tell us how citizens in Member States are afraid of buying goods and services across borders, which is completely due to a lack of confidence. But I trust that, when we proceed in the good mood in which we have discussed this report among ourselves and with the Commission, we can only succeed in building more confidence among European consumers.

1-220

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 20 maja 2008 r.

Oświadczenie pisemne (art. 142)

1-221

Gábor Harangozo (PSE), in writing. – We welcome the ongoing efforts to further incorporate the level of consumers' awareness as the necessary basis for the effective implementation of the existing consumer protection legal framework, especially with regard to the most vulnerable groups of the population.

Not only is there a need for a more comprehensive legal framework for consumers' rights, but also we ought genuinely to take into consideration consumers' interests when completing the internal market standardisation. It is obvious that a stronger, unique consumer protection system effective all over the Union is in the interest of all citizens. The completion of the internal market is an opportunity to implement harmonisation measures so as to target the problems faced by consumers in their everyday life. Specific attention should therefore be given to sectors related to the new digital environment.

A good consumer is a consumer aware of his or her rights and how rightfully to enforce them. We ought to develop in the Community a genuine consumer culture as part of our education system and to systematically involve consumer organizations in the consultations and the dialogue with industry. We welcome therefore the call to establish a special European Consumer Ombudsman in the European Ombudsman's office on a country-by-country basis.

1-221-250

Roselyne Lefrançois (PSE), par écrit. – J'accueille très favorablement le rapport de M. Lehtinen, qui place la protection des consommateurs au cœur de la réalisation du marché intérieur.

Ce texte rappelle en effet qu'un niveau de protection élevé pour l'ensemble des consommateurs de l'Union européenne n'est possible que par le biais d'une approche horizontale, c'est-à-dire à l'aide de directives sectorielles visant à une harmonisation des législations nationales, et insiste également sur la nécessité de renforcer la confiance de ces mêmes consommateurs. Ceci suppose en particulier de garantir la sécurité de tous les produits en circulation ainsi que des transactions effectuées dans le cadre du commerce transfrontalier de services ou par voie électronique.

Je me réjouis enfin que ce rapport propose d'étudier la mise en œuvre, à l'échelle communautaire, de voies de recours rapides et efficaces pour les consommateurs. La mise en place de systèmes de résolution extrajudiciaire des contentieux permettrait notamment de répondre à ces attentes, de même que l'adaptation en droit communautaire de certains types de recours, tels que les actions collectives, qui existent déjà dans quelques Etats membres.

Il conviendra néanmoins selon moi d'étudier de manière plus approfondie, à la lumière des diverses expériences nationales, les apports et les limites de ce genre de réglementations.

1-221-375

Vincent Peillon (PSE), par écrit. – M. le Président, Mes chers collègues,

Je me réjouis de constater que la Commission européenne, dans le cadre de sa proposition de stratégie communautaire 2007-2013 relative aux consommateurs, ait fait du renforcement de la protection des consommateurs de l'UE une de ses priorités.

Je tiens en outre à remercier mon collègue socialiste finlandais Lasse Lehtinen pour la qualité du travail fourni et les considérables apports de son texte.

Je me félicite ainsi tout d'abord de l'approche horizontale qu'il préconise au niveau communautaire : il est en effet indispensable de tenir compte de l'intérêt des consommateurs dans l'ensemble des politiques de l'Union. Mais j'appuie également sa volonté de renforcer le rôle des associations de consommateurs dans l'élaboration des règles européennes ou encore la protection accrue des personnes les plus vulnérables, notamment les jeunes ou les personnes âgées, en multipliant les campagnes d'informations ciblées.

Enfin, je soutiens avec force la mise en place d'un système de recours collectif européen, lequel permettrait aux consommateurs de différents États membres de regrouper leurs plaintes devant la Justice pour obtenir réparation, évitant cependant les écueils du modèle américain. J'espère donc que, malgré l'opposition des conservateurs, notre Parlement se prononcera pour ces "class actions" européennes.

1-221-500

Katrin Saks (PSE), kirjalinksit. – Tahaksin tänada raportöör Lehtineni tema panuse eest selle rapordi koostamisel.

Komisjoni esitatud tarbijakaitse poliitika strateegia üks olulisemaid eesmärke on viia tarbijakaitse euroliidu siseturu küsimustiku kesksele kohale.

Tahaksin rõhutada, et just läbi selle, et suudame luua parimad võimalikud tingimused oma tarbijatele, astume olulise sammu lähemale Euroopa Liidu eesmärkidele.

Kuidas seda saavutada? Tarbijatele peab olema juurdepääs täpsele informatsioonile, mille põhjal oma otsuseid vastu võtta. Teadlik tarbija on ka aktiivsem tarbija! Hästi toimiv siseturg peab tagama EL kodanikele head valikuvõimalused, mõistlikud hinnad ning võimaluse osta kõrgekvaliteetseid kaupu nagu ka teenused.

Teine tähtis küsimus on kollektiivhagid, mida pole Eestis, erinevalt osast naabermaadest, võimalik esitada. Ma ei taha kuidagi uskuda, et see on kuidagi meie tarbija olukorda paremaks teinud. Pigem vastupidi.

Oluline on õppida teiste kogemusest - kahjunõue peab olema seotud tegelikult kantud kahjuga. Samas on oluline, et tarbija saaks oma õiguste eest seista, mitte ei peaks loobuma seetõttu, et tal ei ole piisavaid ressursse, et käia kohut tihti teisest riigist pärít teenuse või kauba pakkujaga.

Meie selge sõnastus kaitseb siin tarbija huve ja ma arvan, et võtmeküsimuseks on kollektiivhagide vajalikkus piiriülestes küsimustes.

1-222

28 - Porządek dziennego następnego posiedzenia: patrz protokół

1-223

29 - Zamknięcie posiedzenia

1-224

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.30.)